

Stenographisches Protokoll.

99. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. III. Gesetzgebungsperiode. Freitag, 27. September 1929.

Inhalt.

Personalien: Abwesenheitsanzeigen (2789).

Bundesregierung: Zuschrift des Bundeskanzlers, betr. die Angelobung der neuen Bundesregierung durch den Bundespräsidenten und die Enthebung der bisherigen Bundesregierung vom Amte (2789).

Verhandlungen: 1. Regierungserklärung — Bundeskanzler Schober (2789) — Antrag Sever auf Eröffnung der Debatte (2792) — Dr. Danneberg (2792), Kunischak (2807), Dr. Wotawa (2813), Dr. Schönbauer (2817);

2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abg. Buchinger, Hauzeis, Pirchegger, Ing. Taufschitz, Gritschacher, Gierlinger u. Gen. (231/A), betr. Maßnahmen zum Schutze des österreichischen Getreidebaues (B. 372) — Berichterstatter Buchinger (2820 u. 2832), Pölzer (2822), Manhalter (2824), Jarboch (2826), Taufschitz (2829) — Annahme des Gesetzes in 2. und 3. Lesung (2832).

Ausschüsse: Wahl Streeruwitz als Ersatzmann des Finanz- und Budgetausschusses, ferner als Mitglied des Ausschusses für Handel und des Verkehrsausschusses an Stelle Mayrhofer, beziehungsweise Buchinger und Kollmann, Dr. Schönbauer als Mitglied des Verfassungsausschusses an Stelle Ammann (2832).

Zuweisung der Regierungsvorlagen B. 366 an den Ausschuss für soziale Verwaltung, B. 367 an den Ausschuss für Handel, B. 368 und 369 an den Ausschuss für Erziehung und Unterricht, B. 370 an den Verfassungsausschuss (2832).

Eingebracht wurde:

Antrag: Probingner, Dr. Grailer, Dr. Wagner, betr. den Ausbau der Einigungsämter zu Schlichtungsstellen mit dem Rechte der Verbindlichkeitserklärung gefällter Schiedsprüche (237/A).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlagen B. 366, 367, 368, 369, 370, 373 und 374.

Tagesordnung: Maßnahmen zum Schutze des österreichischen Getreidebaues (B. 372).

Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes und Bundesrechnungsschluß für 1928 (B. 371).

Präsident Dr. Girtler eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 45 Min. mittags.

Dr. Hofer und Unterberger sind krank gemeldet.

Präsident: Mir ist folgendes Schreiben des Herrn Bundeskanzlers zugekommen (*liest*):

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates!

Ich beehre mich, die Mitteilung zu machen, daß die vom Nationalrat in seiner heutigen Sitzung gemäß Artikel 70 des Bundes-Verfassungsgesetzes gewählte, unter meinem Vorsitz stehende Bundesregierung am heutigen Tage vom Herrn Bundespräsidenten angelobt wurde und daß somit die Mitglieder dieser Bundesregierung heute ihr Amt angetreten haben.

Gleichzeitig hat der Herr Bundespräsident die mit der Fortführung der Geschäfte betraute bisherige Bundesregierung vom Amt enthoben.

26. September 1929.

Schober.“

Ich erlaube mir, den Herrn Bundeskanzler und die Mitglieder der Bundesregierung dem hohen Hause vorzustellen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Der Herr Bundeskanzler hat sich zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Bundeskanzler Schober: Hohes Haus! Ich erlaube mir, dem hohen Hause die Mitglieder der neuen Bundesregierung vorzustellen und gleichzeitig für die auf uns gefallene Wahl den Dank abzustatten.

Als ich am 22. Juni 1921 zum erstenmal an dieser Stelle das Wort zu ergreifen die Ehre hatte, bezeichnete ich die damalige Bundesregierung als aus der Not unserer Zeit, aus der Not unseres Landes geboren.

Leider muß ich in der Einleitung meiner heutigen Erklärung auf diese damaligen Worte zurückgreifen. Auch diesmal sieht sich die Regierung einer keineswegs einfachen Situation gegenüber. Die politische Lage war in den letzten Monaten stark zugepißt. Aus breiten Schichten der Bevölkerung ertönt der Ruf nach durchgreifenden Reformen auf dem Gebiete der Verfassung und Verwaltung. Es hieße die Augen verschließen und Vogel Strauß spielen,

wenn wir übersehen würden, daß eine starke Volksbewegung Trägerin dieser Gedanken geworden ist. Gerade in einem demokratischen Staatswesen kann und darf eine solche Bewegung als der Ausdruck der Stimmung weiter Kreise der Bevölkerung von der Regierung nicht übersehen werden, auch dann nicht, wenn Vertreter dieser Bewegung der Regierung nicht angehören, wie es bei dieser Regierung der Fall ist.

In diesem Zusammenhang sei mir ein offenes Wort über die Heimwehrbewegung gestattet. Der Aufschwung dieser Volksbewegung ist auf die Geschehnisse von Mitte Juli 1927 zurückzuführen. (*Zustimmung.*) Tadellose Männer aus allen Schichten der Bevölkerung gehören der Heimwehr an in der Erkenntnis, daß viele unserer öffentlichen Einrichtungen dringend abänderungsbedürftig sind. Das bisher eingeschlagene Tempo der Behandlung solcher Fragen auf parlamentarischem Boden war derart schleppend und unbefriedigend, daß der Ruf nach Reformen immer lauter, dringender und stürmischer geworden ist. (*Zustimmung.*) Die Bewegung aber daraufhin als auf Putsch und auf Bürgerkrieg abzielend darzustellen wäre verfehlt und unrecht und hat letzten Endes auch dazugeführt, im Auslande eine ganz falsche Vorstellung von den inneren Verhältnissen in Österreich herbeizuführen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Ich muß also mit aller Entschiedenheit der insbesondere im Auslande verbreiteten Annahme entgegen treten, daß es sich hier um eine auf gewaltsamen Umsturz gerichtete Bewegung handle. Unsere Aufgabe wird es sein, einen entsprechenden Kontakt mit den Heimwehren zu unterhalten (*Zustimmung*) und die Bewegung in jene Bahnen zu leiten, die zu einer Erfüllung ihrer Forderungen, soweit sie berechtigt sind, auf legalem Wege führen. (*Lebhafter Beifall.*) Die öffentliche Diskussion hat sich des Heimwehrproblems mit stärkster Leidenschaft bemächtigt. Die nächste Folge war, daß vielfach Zweifel an der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande laut geworden sind. Es war übertrieben und es erscheint nicht zulässig, die Bevölkerung durch Wort und Schrift in Erregung zu versetzen und im Auslande ein ganz falsches Bild unserer Lage hervorzurufen. Im übrigen stelle ich neuerlich auch vor diesem hohen Hause im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung und bei genauester Kenntnis der Sachlage fest, daß die Machtmittel des Staates, Gott sei Dank, stark, ausreichend und vollkommen verlässlich, Gefahren dieser Art in jeder Hinsicht gewachsen sind. (*Lebhafter Beifall.*)

Was nun die Reform der Verfassung betrifft, wird die Regierung zunächst, um in dieser Arbeit, die ihrer Auffassung nach keinerlei Verzögerung verträgt, rasch vorwärtzukommen, den unter der früheren Regierung bereits ausgearbeiteten Entwurf

für eine Novelle zum Bundesverfassungsgesetz schleunigst einer Prüfung unterziehen.

Jedenfalls kann ich heute schon sagen, daß bei der Novellierung der Bundesverfassung der Grundgedanke maßgebend sein wird, durch Stärkung der Staatsgewalt und Maßnahmen für die gesicherte Führung der Verwaltung die gedeihliche Entwicklung unseres Staatslebens und der Wirtschaft zu verbürgen. (*Beifall.*) Hierbei werden insbesondere folgende Punkte in Betracht gezogen werden:

Die Ausgestaltung der Stellung des Bundespräsidenten (*Zustimmung*), dessen Befugnisse entsprechend erweitert werden müssen. Ich denke namentlich an sein Recht zur Ernennung und Entlassung der Bundesregierung, an das Recht zur Auflösung des Nationalrates, an den Oberbefehl über das Bundesheer und an die Befugnis, unaufschiebbare gesetzändernde Anordnungen zur Abwendung offenkundigen unwiederbringlichen Schadens für das allgemeine Wohl unter bestimmten Voraussetzungen durch Verordnung zu treffen. (*Beifall und Händeklatschen.*) Die Vorkommnisse in den letzten Jahren haben erwiesen, daß die Staatsgewalt die Möglichkeit haben muß, bei erheblichen Unruhen einen „Ausnahmestand“ zu verhängen, denn gerade die Möglichkeit eines sofortigen Eingreifens auf erweiterter Rechtsgrundlage vermindert erfahrungsgemäß die Gefahr, in Situationen zu kommen, deren Behebung große Opfer in jeder Hinsicht kostet. (*Lebhafte Zustimmung.*)

Die Staatsgewalt muß die erforderliche Verfügung über ihre Sicherheitsmittel haben. Daher ist eine Regelung der Polizeifrage in dem Sinne, daß die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit verantwortlichen Zentralorgane über die Bundespolizei unbedingt disponieren können, unentbehrlich. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Polizeifrage neu zu regeln, wobei in erster Linie der Zustand wiederhergestellt werden muß, wie er bis zum 1. Oktober 1925 bestanden hat. (*Lebhafter Beifall.*)

Die Bundesregierung gedenkt die Entpolitisierung der staatlichen Einrichtungen in die Wege zu leiten. Insbesondere müssen die verfassungsgesetzlichen Bestimmungen über die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes so geändert werden, daß bei diesen Garanten der Verfassung und Verwaltung eine volle Entpolitisierung gewährleistet wird. (*Lebhafte Zustimmung.*)

Einer Neuregelung wird auch die Stellung Wiens bedürfen. In ihren Vorlagen wird die Bundesregierung selbstverständlich der hohen Bedeutung Wiens und dem eigenartigen Charakter der Bundeshauptstadt, an der aber auch die Bürger aller Teile der Republik ein ideelles Eigentum in Anspruch nehmen (*Zustimmung*), Rechnung tragen.

Vielfach wird in der Öffentlichkeit auch die Frage erörtert, wie den Berufsständen ein Einfluß auf die Gesetzgebung einzuräumen sei. Die Regierung wird sich mit diesem bedeutungsvollen Problem intensiv beschäftigen.

Ebenso müssen auch — den Wünschen weiter Kreise Rechnung tragend — die Notwendigkeit und die Art einer Änderung unseres Wahlrechts angesichts der großen Bedeutung dieses Problems für unsere weitere staatliche Entwicklung ernst erwogen werden. Auch hier ist die Abhilfe dringend. Nicht unerwähnt kann ich lassen, daß im Zusammenhang mit der Verfassungsreform auch jene Fragen finanzieller Natur, die gewöhnlich unter dem Namen des Finanzausgleiches und der Abgabenteilung zusammengefaßt werden, einer Klärung zugeführt werden müssen. Diese Fragen erscheinen um so dringlicher, als ja bekanntlich einzelne der hiebei in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen in ihrer Geltungsdauer zeitlich befristet sind.

Die frühere Regierung hat sich auch bereits eingehend mit den Fragen einer Reform der Geschwornengerichte, des Preßgesetzes und der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeitsfreiheit befaßt. Auch die jetzige Regierung muß auf die dringlichste Erledigung dieser Fragen den größten Wert legen, wobei sie sich vorbehält, zu den Einzelheiten der bereits eingebrachten Geszentwürfe noch näher Stellung zu nehmen.

Auch den Gebieten der Reformen und Ersparungen in der Verwaltung muß ein besonderes Augenmerk zugewendet werden. Die Bundesregierung wird den Bundesvoranschlag einer genauen Durchprüfung unterziehen. Abgesehen von der Bereitstellung der für die Bundesangestellten erforderlichen Mittel und der zugunsten der für die Wirtschaft — Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie — notwendigen und vorteilhaften Aufwendungen sowie der für die öffentliche Sicherheit des Staates unentbehrlichen Vorkehrungen müssen alle sonstigen Ausgaben möglichst eingeschränkt werden. Weiters werden die erforderlichen Vorfragen getroffen werden, daß auch bei der laufenden Gebarung die Grundsätze möglichstster Sparsamkeit eingehalten werden.

Es kann kein Zweifel sein, daß unsere Verwaltung trotz der in dieser Hinsicht schon durchgeführten Maßnahmen noch immer an einer gewissen Hypertrophie des Behördenapparates leidet. (Zustimmung.) Die Regierung wird es für ihre Pflicht erachten, im Rahmen der Bundesverwaltung geeignete Vorkehrungen zu treffen, um den Behördenapparat auf das möglichste Mindestmaß einzuschränken. Insbesondere wird hiebei untersucht werden müssen, ob und inwieweit innerhalb der unmittelbaren Bundesverwaltung nicht Vereinfachungen in der Gliederung des Amtsapparates möglich sind. Selbstverständlich werden für den Bestand von Behörden in erster

Linie immer die Bedürfnisse der Bevölkerung maßgebend sein müssen. Ich brauche nicht erst zu betonen, daß die Regierung nicht daran denkt, in den selbständigen Wirkungsbereich der Länder irgendwie einzugreifen, wie sie überhaupt auf ein harmonisches und verständnisvolles Zusammenwirken von Bund und Ländern das größte Gewicht legt. Die Regierung kann aber nicht umhin, in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit zu betonen, daß auch die Länder ihrerseits auf die gemeinsame Arbeit mit der Bundesregierung und auf die Gegenseitigkeit dieses Verhältnisses Wert legen und in ihrem Wirkungsbereiche dasselbe Ziel der Sparsamkeit werden verfolgen müssen. Wenn ich von den Ersparungen im Verwaltungsapparat spreche, kann ich pflichtgemäß die Bemerkung nicht unterdrücken, daß auch die Größe unserer Vertretungskörper und die Hypertrophie des Parlamentarismus in Bund, Land, Bezirken und Gemeinden in der Öffentlichkeit und im Ausland eine nicht unberechtigt erscheinende Kritik findet, die die berufenen Faktoren ernstlich mahnen muß, auch in dieser Hinsicht an eine Reform zu denken, denn es darf nicht übersehen werden, daß gerade diese Hypertrophie des Parlamentarismus im Detail weiten Kreisen der Bevölkerung direkt das Interesse an der Demokratie genommen hat. Die Bundesregierung will durch vernünftige Vorschläge und Maßnahmen diesen unwillkommenen Zustand beseitigen und das Interesse und die Achtung der Bevölkerung für die Demokratie wieder erwecken.

So notwendig und dringend die Durchführung des von mir bisher entwickelten Programms für die auf dem Gebiete der Verfassung und Verwaltung durchzuführenden Reformen ist, so sehr ist sich die Regierung gleichzeitig der Pflicht bewußt, all ihre Kraft auch in den Dienst der Wirtschaftsförderung zu stellen. Leider war es der früheren Regierung nicht mehr möglich, ihre weitansgreifenden Pläne in dieser Richtung zu Ende zu führen. Ich glaube aber, versichern zu können, daß sich auch die neue Regierung von den gleichen Bestrebungen leiten lassen wird. Dies gilt vor allem von der Bekämpfung des akuten Notstandes der Landwirtschaft. (Beifall.) Abgesehen von augenblicklich erforderlichen Notmaßnahmen, müssen auch die auf den Schutz der agrarischen Produktion Bezug nehmenden grundsätzlichen Fragen, die eine dauernde Behebung der auf internationalen Verhältnissen beruhenden Agrarkrise bezwecken, untersucht werden, um das im gesamtstaatlichen Interesse so notwendige dauernde Gedeihen unserer Landwirtschaft zu sichern. (Beifall.)

Mein Amtsvorgänger hat bereits für die Untersuchung der Krisenursachen in mehreren Zweigen der Industrie und des Gewerbes Grundzüge festgelegt und Beratungen über Gesundungsmaßnahmen bezüglich einiger notleidender Industrien begonnen. Ich kann versichern, daß auch wir diese Bestrebungen mit aller

Energie fortsetzen und trachten werden, die begonnenen Aktionen rasch zu einem guten Ende zu führen. Ein Erfolg in allen diesen Richtungen müßte gleichzeitig mit der Aufwärtsbewegung von Industrie, Handel und Gewerbe auch ein Ubel an der Wurzel erfassen, das uns seit Jahr und Tag drückt: die Arbeitslosigkeit, die einen so beklagenswerten Umfang aufweist. Die Hebung der gesamten Produktion wird aber auch sonst den Arbeitnehmern zugute kommen. Die gedeihliche Entwicklung eines Staatswesens und der innere Friede hängt nicht allein von den starren Formen eines wohlgegliederten Rechtssystems ab, sondern gleichen Schrittes mit diesem auch von einer produktiven Wirtschaft, von dem Wohlergehen und der Zufriedenheit aller Schichten der werktätigen Bevölkerung. *(Zustimmung.)*

Das Bestreben, die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse zu heben und dadurch die Lebensbedingungen aller Berufsclassen zu verbessern, erscheint mir zweifellos das richtigere Mittel zur Milderung der sozialen Frage zu sein, als ein schließlich beide Seiten schwächender Klassenkampf. *(Zustimmung.)* Bei all den schwierigen Aufgaben, die der Bundesregierung harren, muß sie auf die bewährte tatkräftige Mitarbeit der Beamtenschaft rechnen. Selbst diesem Stande angehörend, weiß ich die Schwierigkeiten einzuschätzen, mit denen unsere brave Beamtenschaft seit dem Umsturz kämpft. *(Zustimmung.)* Ich denke hiebei nicht zuletzt an die materielle Seite. Die Regierung, die der Beamtenschaft von diesem Plage aus durch einen Beamten dankt, erachtet es als ihre Pflicht, im Rahmen des Möglichen eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Beamtenschaft raschestens herbeizuführen. *(Lebhafter Beifall.)*

Ich habe mich bisher mit den Aufgaben der Regierung, soweit es sich um die inneren Angelegenheiten des Staates handelt, befaßt. Es sei mir gestattet, nunmehr auch noch einige Worte über die Führung der auswärtigen Politik der Republik zu sagen. Sie haben, meine verehrten Frauen und Herren, nach dieser Richtung hin von der neuen Regierung keine Veränderung des nun schon traditionellen Kurses zu erwarten. Unsere Politik ist erstens eine Politik der Freundschaft mit allen Staaten und ganz besonders mit unseren Nachbarn. Daraus folgt, daß sie zweitens eine Politik der Neutralität ist und bleiben muß. Wir treten keiner Staatengruppe bei und richten unsere Politik gegen niemanden. Wir wünschen außenpolitisch neutral zu sein und glauben damit nicht nur unsere Interessen, sondern auch denen aller anderen europäischen Staaten am weitesten zu dienen. Zum dritten ist unsere Politik eine friedliche. Sie lehnt in rückhaltsloser Aufrichtigkeit den Krieg als Werkzeug staatlicher Politik ab und unterstützt alle Bestrebungen, die auch im Verhältnis der Staaten zueinander Gewalt durch Recht ersetzen und eine gerechtere, vernünftige und friedliche

Ordnung der Dinge in Europa herbeiführen wollen. Wir wissen uns in dieser Politik eins mit dem Deutschen Reich, dem wir in bösen wie in guten Tagen brüderliche Treue halten wollen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Unter den konkreten Aufgaben, die unsere Außenpolitik in den nächsten Monaten zu lösen haben wird, nenne ich vor allem die Freimachung des Weges zur Aufnahme der großen, schon so dringend benötigten Investitionsanleihe und erwähne in diesem Zusammenhang die höchst wichtigen Verhandlungen, die unsere Delegation bei der augenblicklich in Paris tagenden Konferenz zu führen hat. Außer diesen Verhandlungen stehen uns noch sehr wichtige Handelsvertragsverhandlungen mit verschiedenen Ländern, vor allem mit Deutschland, bevor.

Hohes Haus! Aus meinen bisherigen Ausführungen mögen Sie, geehrte Frauen und Herren, ersehen, daß eine gewaltige und schwierige Arbeit in der allernächsten Zeit unser harret. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß der schleppende Gang des Gesetzgebungsapparates während der letzten Jahre in breiten Kreisen der Bevölkerung einen immer stärkeren Unmut ausgelöst hat. Stellen Sie das mangelnde Vertrauen zum Parlament durch Taten wieder her. Das Tempo spielt hiebei eine sehr große Rolle. Halten Sie sich alle das alte Wort vor Augen: Doppelt gibt, wer schnell gibt. *(Beifall.)* Je raschere Arbeit wir leisten, desto rascher wird die innere Befriedung unseres Landes eintreten. Sie ist die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung, für die Erhaltung unserer Kulturgüter und unserer österreichischen Eigenart. Das Volk erwartet von der Regierung, daß sie mit kräftiger Hand führt. Wir werden gewiß mit aller Kraft bestrebt sein, diese Forderung zu erfüllen. Wir wollen eine Regierung sein der Tat und der Arbeit für das ganze Volk und bei diesem Werke müssen Sie uns helfen. Ich habe schon vor acht und sieben Jahren mit Ihrer Hilfe große und wichtige Aufgaben gelöst und das berechtigt mich zu der Hoffnung, auch diesmal auf die Mitwirkung des ganzen hohen Hauses zählen zu dürfen. *(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Der Bundeskanzler wird beglückwünscht.)*

Über Antrag Sever wird beschlossen, über die Erklärung sofort die Debatte zu eröffnen.

Dr. Danneberg: Hohes Haus! Als vor knapp zwei Monaten das Haus nach einer umfangreichen Arbeit in die Sommerferien ging, da hat wohl kaum jemand daran gedacht, daß die Mehrheit dieses Hauses die Herbsttagung mit der Neuwahl einer Regierung beginnen werde. Die Regierung Streeruwitz, vor kaum einem halben Jahre gewählt, ist gescheitert — nicht, wie Regierungen normal zu scheitern pflegen, an Widerständen, die sie in der

Opposition finden — sondern sie ist gescheitert an den Widerständen und Schwierigkeiten, die sie im Kreise derjenigen gefunden hat, von denen sie selbst eingesetzt und gewählt worden ist.

Als die Regierung Streeruwitz vor kaum einem halben Jahre gewählt wurde, da war das Lösungswort der Mehrheitsparteien in diesem Hause, es müsse ein neuer Kurs versucht werden, mit einem Manne der Wirtschaft, den man brauche und nun für den Posten des Bundeskanzlers hervorgeholt habe. Jetzt haben wir wieder eine neue Regierung, von derselben Mehrheit gewählt, und jetzt ist wieder ein anderer leitender Gedanke vorhanden gewesen: nicht ein Mann der Wirtschaft, sondern jetzt heißt es, ein Mann der Verwaltung müsse her an die Spitze des Staates, ein Mann der Verwaltung, der keiner Partei angehört, auch keiner der Mehrheitsparteien des Hauses, die ihn gewählt haben, ein Mann der Verwaltung, der gewohnt und dessen Lebensaufgabe es war, einen Teil des Gewaltapparats dieses Staates zu kommandieren. Das ist bezeichnend für den Zustand, in dem die Mehrheitsparteien dieses Hauses sich befinden. Sie haben mit ihrer Politik diesen ganzen Staat, für den sie die Hauptverantwortung tragen, so desorganisiert und hergerichtet (*Beifall und Händeklatschen. — Widerspruch*), daß sie nun selber nach Ordnung rufen müssen (*Zwischenrufe*) und diese Ordnung offenbar nicht anders herstellen zu können glauben, als indem sie sich selbst sozusagen unter Polizeiaufsicht stellen. (*Heiterkeit und Zustimmung. — Lebhaftes Zwischenrufe.*)

Nun, hohes Haus, haben wir diese neue Regierung vor uns, und wir haben ihr Programm gehört. (*Zwischenrufe. — Dr. Deutsch: Haben Sie gesehen, wie sich der Herr Abgeordnete benimmt?*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich glaube, wenn niemand zur Vermehrung des Lärms beiträgt, wird es still sein. (*Zwischenrufe.*) Ich bitte um Ruhe! (*Dr. Bauer: Wenn Sie unsere Redner stören, dann wird nächstens der Herr Bundeskanzler auch nicht so ruhig angehört werden!* — *Seitz: Wir haben trotz dieser Rede uns vollkommen ruhig verhalten, während der Bundeskanzler gesprochen hat!* — *Lebhaftes Zwischenrufe.*)

Präsident (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Dr. Danneberg (fortsetzend): Meine Herren! Wir haben also jetzt eine neue Regierung vor uns, und wir haben eben aus dem Munde des Herrn Bundeskanzlers das Programm dieser Regierung gehört. Ich muß sagen, meine Herren, der erste Gedanke, der sich mir aufdrängt, ist der, daß ich in dieser Rede vor allem das vermissen, was gerade

in diesem Augenblick wohl für jede neue Regierung das Wichtigste gewesen wäre; daß diese Rede kein klares und deutliches und offenes Bekenntnis zu dieser Republik und zur demokratischen Verfassung dieser Republik enthält. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.*) Meine Herren, Sie mögen vielleicht sagen, das sei überflüssig, denn das sei doch selbstverständlich. Aber es scheint mir doch in der heutigen Zeit nicht ganz selbstverständlich zu sein, namentlich dann nicht, wenn man die Bewegung, der der Herr Bundeskanzler in seinem Programm einige Ausführungen gewidmet hat, richtig versteht, wenn man sie nicht durch irgend eine schön gefärbte Brille zu betrachten sich bemüht, damit das Ausland andere Eindrücke empfangen, sondern wenn man diese Bewegung so anschaut, wie sie wirklich ist und wie sie sich in Wirklichkeit auch gibt. Auf die einzelnen Ausführungen, die der Herr Bundeskanzler in seinem Programm gemacht hat, möchte ich im Verlauf meiner Rede dann noch zu sprechen kommen. Hier möchte ich nur einiges vorausschicken.

Der Herr Bundeskanzler hat sich in seiner Rede mit der Heimwehrbewegung des längeren befaßt und gemeint, die Heimwehrbewegung sei eine starke Volksbewegung, die, wie er sich ausdrückte, nicht übersehen werden darf, auch wenn kein Vertreter dieser Bewegung in der Regierung sitzt. Das sei, meinte er dann noch, in einem demokratischen Gemeinwesen selbstverständlich. Ich gestatte mir, die hohe Regierung auf einen anderen Faktor in diesem Staate aufmerksam zu machen, der hoffentlich der Regierung nicht entgangen ist, auch wenn der Herr Bundeskanzler in seinem Programm dieses Faktors keinerlei Erwähnung getan hat. Es gibt in diesem Staat noch eine andere Volksbewegung, und zwar eine, die etwas älteren Datums ist als die Bewegung der Heimwehren, eine Bewegung, die ein halbes Jahrhundert alt ist, eine Bewegung, die zwei Fünftel der ganzen österreichischen Bevölkerung umfaßt, das ist die sozialdemokratische Bewegung. Auch sie hat keinen Vertreter in dieser Regierung, die von der Mehrheit dieses Hauses eingesetzt ist, aber die Regierung wird sehr gut daran tun, auch diese Volksbewegung in unserem Staate nicht zu übersehen (*Heiterkeit und Beifall*), wenn sie die Geschäfte dieses Landes richtig führen will. Man könnte unter normalen Verhältnissen vielleicht sich begnügen, wenn eine Regierung von der Mehrheit gewählt wird, hier als Minderheit zu sagen: Wir haben nicht mitgewählt, wir sind für diese Regierung nicht verantwortlich, wir sind die Minderheit und daher selbstverständlich die Opposition. Aber darauf können wir uns in der heutigen Zeit und in diesem ersten Augenblick nicht beschränken. Und gerade weil der Herr Bundeskanzler am Ende seiner Rede die Bemerkung gemacht hat, daß diese Regierung das Bestreben habe, eine Regierung für

das ganze Volk zu sein, gerade aus diesem Grunde ist es wohl angezeigt, doch ein wenig die Grundprobleme der österreichischen Politik hier ins Auge zu fassen, wenn eine neue Regierung ihre Arbeit beginnt.

Wir haben in unserer Politik seit Jahr und Tag in dieser Republik das Zweiparteiensystem, ein sehr einfaches politisches System. Auf der einen Seite stehen die koalitierten bürgerlichen Parteien, die schon im Jahre 1927 fast ausnahmslos vom Herrn Professor Seipel zu einer Einheitsliste zusammengefaßt worden sind und die jetzt zu einer neuen Einheit in dieser Heimwehrbewegung zu verschmelzen scheinen, in dieser Bewegung, die erklärt, über den Parteien zu stehen, aber in Wirklichkeit, wie man sieht, in einer sehr raschen Weise die bürgerlichen Parteien zerlegt und offenbar zu ersetzen bestrebt ist. Ihnen, dieser Gesamtheit der bürgerlichen Parteien, steht die Sozialdemokratie gegenüber, die in diesem Lande — das wird kein Beobachter der Dinge bestreiten können — die überwältigende Mehrheit der Arbeiter in Industrie, Handel und Gewerbe und im Verkehr, die einen großen Teil der Angestellten in diesem Staate vertritt, in sehr wichtigen Schichten dieser Angestellten die übergroße Mehrheit, eine Partei, der heute auch sehr viele kleine Selbständige in Stadt und Land angehören. Diese beiden Parteien stehen einander gegenüber, und infolge der Struktur dieser Parteien ist es so, daß es sich da nicht einfach um einen politisch-parlamentarischen Gegensatz handelt, wie er eben zwischen den verschiedenen Parteien in jedem Parlamente besteht, sondern daß es sich hier um einen Klassen Gegensatz handelt, der in dem Gegensatz der Parteien seinen Ausdruck gefunden hat, daß der Gegensatz zwischen Mehrheit und Minderheit hier in diesem Hause einen, und zwar den hauptsächlichsten Klassen Gegensatz darstellt, der in einem Staate mit kapitalistischer Ordnung und mit kapitalistischer Struktur zu finden ist.

Das aber, meine Herren, hat sehr gewichtige Folgen, nicht nur für die Arbeit im Parlament überhaupt, sondern auch für die Regierung und ihre Stellung im besondern. Denn jede Regierung, die, wie das einmal bei Regierungen geschieht, von der Mehrheit gewählt ist, jede solche Regierung kann sehr leicht nicht nur die Regierung der Parteien sein, die sie gewählt haben, gegen die anderen, die sie nicht gewählt haben, sondern jede Regierung gerät hier sehr leicht in die Gefahr, eine reine Klassenregierung gegen jene Klasse zu sein, die nicht politisch in den Mehrheitsparteien vertreten ist. (Dr. Hryntschak: Es gibt keine Klassen nach unserer Auffassung! — Zwischenrufe und Heiterkeit.) Ja, darüber kann ich hier nicht streiten! Das Abc müßte man voraussetzen. Darüber kann man hier aus Anlaß einer Regierungserklärung allerdings nicht reden. (Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe!

Dr. Danneberg: Meine Herren, ein solches Klassenregime ist sicherlich möglich, und wir haben es jahrelang hier am Werke gesehen. Denn die Regierung Seipel ist nichts anderes gewesen als eine absolute Klassenregierung mit aller Brutalität (*lebhafter Beifall und Händeklatschen*), deren eine solche Klassenregierung fähig ist. Gewiß, auch so etwas ist möglich, und jahrelang haben wir das hier so gesehen.

Meine Herren! Daß eine solche Klassenregierung auf den erbitterten Widerstand der Minderheit, die hier die andere Klasse vertritt, stoßen muß, das ist ganz selbstverständlich, und auch das haben Sie natürlich erlebt. Für den Staat kann aber aus einem solchen Verhältnis eine große Gefahr, mindestens eine große Bedenkllichkeit erwachsen, denn es ist nicht gut für einen Staat, wenn eine so große und für ihn lebenswichtige Klasse wie die Arbeiterklasse in einem dauernden Gegensatz gegen ihn gerät und diesen Staat als etwas Fremdes und ihr feindselig gegenüber Gestelltes betrachtet, als ein Instrument zu ihrer Niederhaltung, was der Staat ja in früheren Zeiten jahrzehntelang gewesen ist. Das war ja der Zustand in der ganzen Zeit der Monarchie, das war das Problem, das die Herrschenden von damals sehr schlecht oder gar nicht verstanden haben, das war das Problem, das im Deutschen Reiche den Herrschenden im Kriege sehr rasch zum Bewußtsein gekommen ist, mit dem sich damals die ganze Politik und die Wissenschaft in Deutschland beschäftigt hat, auch in der Zeit nach dem Kriege. Meine Herren! Der Zustand, der damals gewesen ist, der muß in der Republik nicht sein. In der Republik kann es auch anders sein, und gerade in unserer Republik hier in Deutschösterreich kann es anders sein. Denn die Arbeiterklasse hat ja an der Errichtung dieser Republik im Chaos des untergegangenen Habsburgerreiches den allgrößten Anteil gehabt. Ihre organisatorische Kraft und ihre Selbstzucht haben dieses Gemeinwesen in den Zeiten schlimmster Verwirrung und in den Zeiten größter Verzweiflung vor dem Allergrößten bewahrt. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen*.) Heute, meine Herren, ich weiß es ja, denken viele Leute gar nicht mehr daran, die Menschen haben ein kurzes Gedächtnis, und Dankbarkeit gibt es in der Politik überhaupt nicht, sonst würden sich ja die Menschen an diese Zeiten anders erinnern als so, daß sie da irgendein Vorkommnis aus aufgeregter Zeit für die Jahrhunderte als ein Beispiel des Terrors der Sozialdemokraten noch immer zitieren, sie würden an alles denken, was damals von den Oktobertagen des Jahres 1918 an in den nächsten Monaten gewesen ist, und sich daran erinnern, was damals die Selbstzucht der Arbeiterklasse als

aufbauender Faktor für diesen Staat bedeutet hat.
(Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Heute haben wir neun Jahre lang eine bürgerliche Regierung, und wir haben eine Zeit voll Glend und Not hinter uns, voll ungeheurer Arbeitslosigkeit, eine Zeit, in der infolge aller Kriegs- und Nachkriegswirkungen die denkbar schlechtesten wirtschaftlichen Verhältnisse herrschten, wir haben eine Zeit hinter uns, in der die Sanierung dieses Landes mit kapitalistischen Methoden auf dem Rücken der breiten Massen der Arbeiterklasse vollzogen wurde, eine Zeit, die geeignet war, die Arbeiter und Angestellten in diesem Staate mit Bitterkeit zu erfüllen.
(Zwischenrufe.) Trotzdem können wir feststellen, daß die Arbeiterklasse sich auch heute noch die Liebe zu dieser Republik, die vor allem von ihr gegründet wurde, durchaus bewahrt hat, trotz allem, was sie in diesen neun Jahren in dieser Republik erlebte, und daß die Arbeiterklasse ein stärkeres Gefühl für diesen Staat trotz seiner bürgerlichen Regierung hat als manche von denen, die zeitweilig an verantwortlicher Stelle dieser Republik gestanden sind.
(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Dieses Staatsgefühl, das die Arbeiter heute haben, ist für einen Staat und gar für einen so jungen Staat wie diese Republik sicherlich etwas ungeheuer Wichtiges, und eine Regierung, die vernünftig vorgeht, müßte, auch wenn sie nur von einer Mehrheit und nicht von der Gesamtheit gewählt und bestellt ist und wenn sie auch zunächst die Interessen der Kreise, die dieser Mehrheit angehören, zu vertreten hat, doch versuchen, dieses Staatsgefühl lebendig zu erhalten und zu pflegen. Es wäre aber ein Irrtum, zu meinen, daß das etwa von irgendwelchen Kulissenverhandlungen abhängig ist, die da zwischen Regierung und Parteien, zwischen Regierung und Opposition geführt werden, sondern das ist nur möglich, wenn die Massen wenigstens so weit Vertrauen zur Regierung haben, daß sie in dieser Regierung in gewissem Sinne wirklich die Vertreterin des Volksganzen sehen. Nun hat der Herr Bundeskanzler in seinen Ausführungen gesagt, seine Regierung wolle eine Regierung für das ganze Volk sein. Ein schönes Wort, und in dieser krisenhaften Zeit wäre es doppelt notwendig, daß es so ist. Aber ob es so sein kann, das hängt natürlich nicht von dem Programm ab, das uns der Herr Bundeskanzler heute vorgetragen hat, sondern das hängt davon ab, ob diese Regierung in der Lage ist, sich in dem Sinne, wie ich es hier gemeint habe, auch das Vertrauen der ihr gegnerisch gegenüberstehenden Teile des Volkes zu erwerben. Und da entsteht die Frage, ob diese Regierung, die wir vor uns sehen, dazu geeignet ist oder nicht.

Der Herr Bundeskanzler kommt aus einem Tätigkeitsgebiet, das durch seine Tradition und seiner Natur nach — das kann nicht anders sein

und das liegt in der Sache selbst und keineswegs in der Person — nicht gerade geeignet ist, den Massen besondere Sympathien einzulösen. Das ist ohne weiteres klar. *(Zwischenrufe.)* Dazu kommt, daß die Ereignisse der letzten Jahre, von denen auch der Herr Bundeskanzler in seinen Ausführungen ein Wort gesprochen hat, eine tiefe Kluft zwischen ihm und den breiten Massen der Bevölkerung aufgerissen hat. *(Partik: Durch die Hetze des Austerlitz!)* Das mag geschehen sein wie immer, aber es ist so, und es wäre töricht, wenn das irgend jemand leugnen wollte. Ich glaube, der Herr Bundeskanzler selbst wird es gar nicht leugnen, sondern er erkennt diese Sache, und es wäre eine sehr oberflächliche Betrachtung, Herr Abg. Partik, wenn man meinen wollte, daß diese Dinge vielleicht auf die „Heze“, wie Sie sich ausdrücken, von ein paar Leuten zurückzuführen seien und daß sonst alles ganz anders wäre. Sie verkennen die Dinge sehr, meine Herren, wenn Sie nicht verstehen, daß es sich hier schon um ein sehr tiefes Empfinden handelt.

Nur eine oberflächliche Betrachtung kann auch meinen, wie wir es jetzt in den letzten Tagen in den Zeitungen zu lesen pflegen, daß die Wiederaufnahme persönlicher Beziehungen zwischen Rathaus und Polizeidirektion, daß die Tatsache des in der Politik sonst ganz selbstverständlichen Verkehrs auch unter politischen Gegnern etwa die Stimmung der Massen auslöschen und tiefführende Überzeugungen über Nacht verdrängen kann. Meine Herren! Man würde sich sehr darüber täuschen, wenn man so dächte. Der Herr Bundeskanzler mag das Vertrauen sehr vieler Leute haben, wie wir in den letzten zwei Tagen gehört und gelesen haben. Er ist, wie selten ein Bundeskanzler, mit Lob überschüttet worden, mit Lob auf Vorschuß in so reichem Maße, daß ihm vielleicht selber ein wenig davor bange ist oder bange sein sollte, gar so und von so verschiedenen Seiten gelobt zu werden, wie ihm das gestern und heute passiert ist. *(Heiterkeit und Zwischenrufe.)* Ich hoffe, daß ihn das nicht blind machen wird für die Tatsachen. Aber, meine Herren, dieses Lob von mannigfachen Seiten her, das ihm zuteil geworden ist, wird ihn nicht darüber täuschen, daß er als Regierungschef, wenn er auch das Vertrauen breiter Massen von Arbeitern gewinnen will, das erst wird versuchen müssen. Denn heute bringen sie ihm nicht ein Quentchen Vertrauen entgegen.
(Lebhafter Zustimmung. — Zwischenrufe.) Das muß hier klar ausgesprochen werden. Ob es dem Herrn Bundeskanzler gelingen wird, das, meine Herren, hängt nicht von dem Programm ab, das er uns hier vorgetragen hat und das ja nur eine Einleitung seiner Tätigkeit sein kann, sondern das hängt von seiner persönlichen Gesinnung ab, die sich in Taten offenbaren muß, das wird von der Art der Lösung der Aufgaben abhängen, die sich der

Herr Bundeskanzler in seinem Programm selbst gesetzt hat und die ihm von den Ereignissen gesetzt werden.

Meine Herren! Was diese Aufgaben anlangt, so möchte ich doch sagen, daß jeder, der die wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich überschaut, wohl der Meinung sein müßte, daß dieses Haus, wenn es nach ein paar Wochen Sommerferien wieder zusammenkommt, eigentlich dort hätte anknüpfen müssen, wo es aufgehört hat, nämlich bei der Erledigung all der wirtschaftlichen Fragen und Sorgen, von denen die verschiedenen Schichten der österreichischen Bevölkerung bedrängt und bedroht sind. Wir haben uns im Sommer hier mit der Wohnungsfrage beschäftigt und eine Wohnbauförderung beschlossen. Es ist Sache der Regierung, darauf zu sehen, daß das nun ernst wird; in einer Zeit solcher Geldknappheit und solcher finanzieller Schwierigkeiten wird das keine leichte Sache sein; das vorzubereiten, da dazuzusehen, damit im Interesse der Wohnungslosen und im Interesse der Arbeitslosen nicht kostbare Zeit verlorengeht, das ist so eine wichtige Aufgabe der Regierung. Der Herr Bundeskanzler hat ihrer nicht gerade speziell Erwähnung getan. Ich hoffe aber, daß sie trotzdem im Programm der Regierung nicht vergessen sein wird.

Die Frage der Investitionsarbeiten in diesem Staate überhaupt — ohne Anleihe gewiß außerordentlich schwierig, aber notwendig nicht nur um der Sache willen, sondern auch wieder um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken —, das ist eine der dringendsten Aufgaben, die die Regierung hat.

Der Herr Bundeskanzler hat selbst einige solcher Aufgaben genannt. Es ist schwer, darüber zu reden, weil er sich hier nur auf allgemeine Redewendungen beschränkt hat, aus denen nicht klar geworden ist, was die Regierung in bezug auf all diese Fragen wirklich unternehmen wird. Der Herr Bundeskanzler hat zum Beispiel von der Sorge geredet, die die Beamtenfrage macht. Das ist gewiß auch eine der dringendsten Aufgaben, die die Regierung hat. Da wäre mir schon lieber gewesen, wenn man vom Herrn Bundeskanzler etwas Konkretes gehört hätte, zumal gerade in den Kreisen der Beamtenschaft eine starke Beunruhigung vorhanden ist. Ich habe erst heute gelesen, daß die sogenannten nichtmarxistischen Gewerkschaften der Angestellten der Gemeinde Wien öffentlich ihrer Unzufriedenheit darüber Ausdruck gegeben haben, daß die Gemeinde Wien ihnen heute im Gemeinderat nur den 14. Monatsgehalt bewilligen will. Der Herr Bundeskanzler wird also, da diese nichtmarxistischen Gewerkschaften in seinem Lager stehen, sich mit ihnen sehr gründlich und bald auseinandersetzen müssen. *(Lebhafter Beifall.)* Denn der Bund hält leider ja nicht einmal beim 13. Monatsgehalt *(Heiterkeit)* und da die Unzufriedenheit der Gewerkschaften der Mehrheitsparteien

so groß ist, sehen wir, daß hier wirklich eine dringende Frage vorliegt, mit der sich die Regierung sehr rasch wird beschäftigen müssen.

Der Herr Bundeskanzler hat der Not der Landwirtschaft Erwähnung getan. Das gehört gewiß zu den größten und wichtigsten wirtschaftlichen Aufgaben, die in der nächsten Zeit hier zu lösen sind. Etwas Näheres haben wir darüber nicht gehört, auch nichts Näheres über die Frage der Bodenreform, deren Lösung wenigstens für das Burgenland *(lebhafter Beifall)* schon von der früheren Regierung versprochen worden ist und die gewiß sehr bald vorgenommen werden muß.

Wir haben auch nichts von mancher anderen Frage gehört. Das Drängen der Kriegsinvaliden, die schon seit Monaten ihre Forderungen anhängig gemacht haben und bisher nicht gehört worden sind, wird die Aufmerksamkeit des Herrn Bundeskanzlers und seiner Regierung erwecken müssen.

Insbesondere aber, hohes Haus, möchte ich doch hervorheben, daß ich eines in den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers überhaupt vermißt habe: die Frage der Arbeiterversicherung, die Frage der Alters- und Invaliditätsversicherung *(lebhafter Beifall)* hat er überhaupt in gar keiner Weise erwähnt. Der Herr Bundeskanzler hat im Laufe seiner Ausführungen einmal gesagt: „Doppelt gibt, wer schnell gibt.“ *(Sehr gut!)* Für die Altersversicherung hat dieses Sprichwort „Doppelt gibt, wer schnell gibt,“ wirklich Geltung. *(Lebhafter Zustimmung.)* Das müßte sich die Regierung sehr vor Augen halten.

Aber, meine Herren, natürlich konnte der Herr Bundeskanzler kein Programm uns mitteilen, ohne einige dieser dringenden wirtschaftlichen Sorgen zu erwähnen. Er hat sie aber keineswegs in den Vordergrund gestellt! Und in der Tat: für viele Leute in Österreich stehen alle diese Dinge heute wirklich im Hintergrund und das, wovon man behauptet, daß es also das Dringendste und das Unerläßlichste sei, ohne das die Menschen in diesem Lande überhaupt nicht mehr leben können, das ist die Frage einer Verfassungsreform, und der Herr Bundeskanzler scheint sich die Ansichten dieser Strömung zu eigen zu machen, denn auch er hat in diesem Sinne von der Verfassungsfrage geredet. Meine Herren! Solange man bei dieser Verfassungsfrage bei allgemeinen Redensarten bleibt, schaut das immerhin noch großartig aus. Die Verfassung ist das Grundgesetz der Republik, und daß das Grundgesetz eine wichtige Sache ist, nun, das kann man schon verstehen. Aber wenn man diese Verfassungsfrage auflöst in die Einzelfragen, um die es sich dabei handelt, und wenn man dann schaut: Worum dreht sich's denn da eigentlich wirklich? dann meine Herren, muß man eigentlich überrascht sein, daß es so viele Menschen in Österreich gibt, die in dieser Zeit der Wirtschaftsnot wirklich keine andere Sorge

zu haben scheinen als die Reform dieser Verfassung. Freilich, es kommt darauf an, was man sich vorstellt. Es gibt heute rabiate Leute in Österreich, die zwar diese Bundesverfassung bestimmt nie in der Hand gehabt haben (*lebhaftes Heiterkeit*), die gar nicht wissen, was dort überhaupt drinnen steht, die aber fest davon überzeugt sind, daß sei so irgend etwas, womit man die Sozialdemokraten vertilgen kann (*neuerliche lebhaftes Heiterkeit*), und daher müsse das sofort gemacht werden. Ja, solche Leute gibt's sicher. Aber, meine Herren, das ist doch wirklich nicht ernst zu nehmen, sondern ernst nehmen kann man die Dinge nur, wenn man sie wirklich auflöst in die Fragen, um die es sich handelt, und dann wirklich prüft, worum es denn dabei geht. Nun, meine Herren, es wird niemand verkennen, daß es schon nicht gleichgültige oder nebensächliche Fragen sind, von denen da geredet wird. Aber doch nicht Fragen, die für die wirtschaftliche Not dieses Landes, für die Behebung der Sorgen, die den Staat und alle Schichten der Bevölkerung bedrängen, irgendeine Bedeutung haben. Ja, die Gelehrten und auch die Politiker, die mögen darüber streiten, ob es zweckmäßig ist, daß der Bundespräsident vom Volk gewählt wird, oder ob es zweckmäßiger ist, daß er vom Parlament gewählt wird; die mögen darüber streiten, ob es zweckmäßig ist, daß das Parlament die Regierung wählt, oder ob es besser ist, daß der Bundespräsident sie ernennt; die mögen darüber streiten, ob es zweckmäßig ist, daß nur der Nationalrat selber seine eigene Auflösung beschließen kann, wie das heute rechtens ist, oder ob es besser wäre, dem Bundespräsidenten so ein Recht der Auflösung des Nationalrates zu geben. Nun gewiß, das sind sehr wichtige politische Fragen, aber es wird uns doch niemand einreden können, daß die Leute hier in der Stadt und die Bauern auf dem Lande herumgehen und sich sagen: Ja, um Gottes willen, noch immer ist der Zustand nicht da, daß der Bundespräsident nicht die Regierung einsetzt, sondern das Parlament! (*Stürmische Heiterkeit und Beifall.*) Ja, meine Herren, wenn der Herr Bundespräsident im April zu entscheiden und die Regierung einzusetzen und nicht das Parlament die Regierung zu wählen gehabt hätte, nun, er hätte vielleicht nicht vier Wochen gebraucht — in einem Tage hätte er es nicht gemacht, da bin ich ganz überzeugt, vielleicht hätte er 14 Tage oder drei Wochen gebraucht —, aber ich bin überzeugt, er wäre auch auf den Herrn Streeruwitz gekommen (*Heiterkeit*), denn das war doch der Mann, den sich damals die Mehrheit erkoren hat. Auch kein Bundespräsident kann in einem demokratischen Lande dem Parlament eine Regierung oktroyieren, sondern nur die Regierung ernennen, die der Mehrheit dieses Parlaments genehm ist. (*Zustimmung.*) Und wenn gestern der Herr Bundespräsident die Regierung einzusetzen

gehabt hätte — ich wette, er hätte auch den Herrn Schober zum Bundeskanzler gemacht, und sowie das Parlament das Kunststück in 24 Stunden zusammengebracht hat, der Herr Bundespräsident hätte nicht länger und nicht weniger lang als 24 Stunden dazu gebraucht.

Das sind doch in Wirklichkeit keine Fragen, von denen man erzählen kann, daß sie die breiten Massen des Volkes in revolutionäre Gärung bringen, weil da nicht eine Lösung vorhanden ist, die dem oder jenem besser paßt als irgendeine andere, sondern das sind gewiß wichtige Fragen, keineswegs nur Doktorfragen, aber doch Fragen, von denen ich nicht glaube, daß sie das Aktuellste sind, was die österreichische Bevölkerung heute wirklich braucht. Ich glaube auch gar nicht, daß irgend jemand in diesem Lande beunruhigt ist, weil diese Fragen heute in der Verfassung so gelöst sind und nicht anders, und ich glaube auch nicht, daß die Leute, die heute angeblich oder wirklich beunruhigt sind, ruhig sein würden, wenn diese Fragen so gelöst würden, wie sie sich das in Wirklichkeit vorstellen. (*Lebhaftes Zustimmung.*)

Aber zu allen diesen Dingen wird man Stellung nehmen müssen. Der Herr Bundeskanzler hat es beklagt, daß das Parlament bei seinen Arbeiten es habe an Tempo fehlen lassen. Ich glaube, in den letzten Monaten, in denen wir hier beisammen waren, ist das Tempo ein ziemlich eiliges gewesen. Der Schnellschritt ist vielleicht nicht einmal immer sehr gut für die Gesehe.

Die Regierung wird also ihre Vorlagen einbringen. Der Herr Bundeskanzler hat erklärt, er werde das, was schon vorliegt, erst selbst prüfen. Dieses Recht, das er für sich — sehr begreiflicherweise — in Anspruch nimmt, das werden — gestatten Sie — auch wir in Anspruch nehmen (*lebhaftes Zustimmung*): uns diese Dinge anzusehen, zu überprüfen, was Sie fordern, und auch unsere eigenen Forderungen dabei anmelden.

Vielleicht, meine Herren, ist es gut, gleich heute, da eine neue Regierung ins Amt gekommen ist, bevor wir uns konkret hier mit solchen Verfassungsänderungen beschäftigen, doch einiges über diese Dinge hier zu sagen und vor allem einige grundlegende Irrtümer, in denen verschiedene Kreise befangen sind, richtigzustellen. Und da möchte ich eines an die Spitze stellen und mit aller Deutlichkeit und mit aller Schärfe hier aussprechen. Unter Drohungen mit Putsch oder Staatsstreich wird hier in diesem Hause über Verfassungsfragen nicht verhandelt werden. (*Lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.*) Meine Herren! Das mag eine Sache der Mehrheitsparteien sein und dem Geschmack der Mehrheitsparteien entsprechen, sich von gewissen Herren, die heute außerhalb des Parlaments das große Wort führen, beschimpfen

und sich drohen zu lassen; das mag auch eine Sache der Regierung sein, sich so behandeln zu lassen.

Die Regierung Schober ist gestern abends — ich glaube, es war 6 Uhr — gewählt worden, um 7 Uhr war schon eine Versammlung, in der man den Herren Ministern gedroht hat, und heute wird es fett gedruckt in den Zeitungen schon mitgeteilt, es seien da irgendwelche in dieser Regierung Schober darunter, die vielleicht dem Heimwehgedanken nicht mit Sympathie gegenüberstehen, die sich also darauf gefaßt machen können, daß sie gleich abmarschieren müssen (*Heiterkeit*) — so wie das dem Herrn Streeruwitz passiert sei —, wenn sie nicht auf das eingehen, was die Heimwehr meine. (*Partik: So eine Angst! — Heiterkeit.*) Es ist ja gut, wenn Sie keine Angst haben, es scheint nur nicht immer so zu sein. (*Heiterkeit und Beifall.*) Ich für mich will hier nur feststellen, daß uns solche Drohungen nicht imponieren (*Beifall*), wenn sie gegen uns gerichtet werden. Was Sie tun, das ist Ihre Sache und darüber ein deutliches Wort zu hören, wäre im Interesse der Bevölkerung sehr wünschenswert — vielleicht hören wir es heute noch.

Ein zweiter grundlegender Irrtum in dieser ganzen Verfassungsfrage ist aber ein anderer, der häufig von Herren, die diesem Hause angehören, und auch von Herren außerhalb des Hauses vorgetragen wird, das ist nämlich der Irrtum, als ob die Verfassung, die wir heute haben und die man abändern will, deshalb reformbedürftig sei, weil sie — ich weiß nicht, wie dieses Wort heißt — ein „bolschewistischer Ballast“ sei — oder so irgend etwas habe ich neulich gelesen, weil sie unter den Drohungen der Sozialdemokraten übereilt und überstürzt zustande gekommen sei. Es gibt aber Leute, die den Putsch, den der Herr Bundeskanzler nirgends wahrnehmen will, heute androhen und hiezu berechtigt zu sein glauben, weil sie sagen, daß die Verfassung, die wir heute haben, unter den Putschdrohungen der Sozialdemokraten entstanden sei und daher in Wirklichkeit gar keine Rechtsgeltung in dem Lande haben könne. Demgegenüber soll doch, wenn dieses Parlament zum erstenmal zusammentritt, in aller Deutlichkeit daran erinnert werden, wie es denn wirklich war. Der Umsturz und die Gründung der Republik waren in den Oktober- und Novembertagen des Jahres 1918. Im großen Deutschen Reiche ist man schon im August 1919 dazu gekommen, in Weimar die Reichsverfassung zu beschließen. Wir haben in Österreich bis zum Ende September des Jahres 1920 gebraucht und gewartet. Erst 23 Monate nach den Stürmen der Revolution ist diese Verfassung im Hause hier beschlossen worden, und sie ist beschlossen worden, ohne daß irgendein Mensch, ohne daß irgendeine

Partei in Österreich, die irgend etwas zählt, mit irgendeinem Putsch gedroht hätte, wenn sie nicht so beschlossen werde, wie sie dann wirklich beschlossen worden ist, sondern diese Verfassung ist verhandelt worden, wie ein großes Gesetzgebungswerk in einem ersten Parlament verhandelt wird, und schließlich ist bei diesen Verhandlungen ein Elaborat herausgekommen, das so war, daß es der Herr Abg. Dr. Ignaz Seipel als Berichterstatter hier von diesem Tische aus hat vertreten können. (*Hört! Hört!*) Es ist ganz nützlich, daran zu erinnern, was damals der Herr Berichterstatter über diese Verfassung, was er über ihren Sinn, ihren Zweck und Inhalt gesagt hat. Der Herr Dr. Seipel hat damals als Berichterstatter vor allem festgestellt, daß alle Faktoren, die berufen sind, bei dem Werke der Verfassungsgebung mitzureden, auch tatsächlich mitgeredet haben, als diese Verfassung beschlossen worden ist. (*Hört! Hört!*) Er hat weiters erklärt, er müsse diese Verfassung besonders verteidigen gegen den Vorwurf, der — ich zitiere wörtlich — in der Tat der schlimmste wäre, daß nämlich ein so wichtiges Werk, das für die ganze Zukunft dieses Staatswesens von der größten Bedeutung sein muß, ohne gehörige Vorarbeit überstürzt erledigt worden wäre. (*Hört! Hört!*) Das war, wohlgemerkt der Herr Seipel vom Jahre 1920 (*Heiterkeit*), der so geredet hat. Er hat damals auch noch etwas anderes gesagt, das sehr richtig und sehr wichtig ist: er hat damals gegenüber Kritikern der Verfassung, die das und jenes daran nicht gut und nicht schön gefunden haben, anderes wieder in ihr vermißt haben, gesagt, daß es bei einer Verfassung auf die Machtverhältnisse ankomme und daß eine Verfassung nicht das Werk bloß theoretischer Erwägungen sein könne. Wörtlich sagte er damals: Man kann die Verfassung nicht konstruieren, denn man hat kein Mittel, eine solche konstruierte Verfassung jenen aufzuzwingen, die unter ihr leben und sich an sie halten sollen. Das, meine Herren, ist eine weise Lehre, die vor allem heute diejenigen Herren beherzigen sollten, die, wie einer von ihnen gesagt hat, der dem Berichterstatter über die Verfassung sehr nahesteht, der Heimwehrbewegung den geistigen Inhalt geben wollen. Diese sollten es vor allem sehr beachten, daß eine Verfassung den Machtverhältnissen Rechnung tragen muß und daß sie niemanden aufgezwungen werden kann, nichts Konstruiertes sein kann. Der Herr Berichterstatter hat damals dargelegt, was wirklich war, daß diese österreichische Verfassung ein Werk von Kompromissen ist, wie es anders auch gar nicht möglich ist, und er hat dargelegt, daß kein Kompromiß geschlossen worden sei, das der Reinheit des demokratischen Grundgedankens der Verfassung Eintrag tun würde. Das waren die Feststellungen, die der Herr Berichterstatter damals gemacht hat, und es ist wirklich die Frage, ob alles

das, was in dieser Verfassung steht und was damals gemeinsame Meinung von Mehrheit und Minderheit gewesen ist, wirklich so schlecht ist, ob es so umbrauchbar ist, daß man es im Eilzugstempo nun plötzlich ändern müsse.

Aber, meine Herren, ich sage ohne weiteres, daß es natürlich ebenso töricht wäre, zu erklären, daß diese Verfassung, die am 1. Oktober 1920 hier beschlossen worden ist, ein Nüchrichtnichts sein soll, an dem kein Paragraph und kein Buchstabe geändert werden dürfte. Nun, wir haben selbst auch schon manchmal Verfassungsanträge in diesem Hause eingebracht, und wir behalten uns vor, das auch wieder zu tun, und wenn über die Verfassung geredet wird, kann man gewiß über alle möglichen Dinge reden, die dort stehen und die vielleicht auch anders sein könnten, ohne dem demokratischen Charakter der Republik irgendwie Eintrag zu tun. Aber, meine Herren, das sind doch in Wirklichkeit gar nicht die Dinge, um die es sich denen handelt, die erklären, daß man ohne Verfassungsreform in Österreich gar nicht mehr leben könne. Was wollen die einen? Da hören wir sagen, im Parlament sei Obstruktion, das sei unerträglich und müsse nun geändert werden. Meine Herren, es war in diesem Parlament manchmal Obstruktion; das war in einer Zeit, in der jenes System hier geherrscht hat, von dem ich vorhin geredet habe, das den erbitterten Widerstand der Minderheit herausfordern mußte, weil es im Rahmen der Verfassungsbestimmungen nichts anderes als eine Klaffendiktatur gewesen ist. Dieses System ist im April zurückgetreten — um mich so auszudrücken. Es ist keine Obstruktion in diesem Hause mehr da, und die schwierigsten Fragen, die dieses Haus jahrelang beschäftigt haben, ohne weitergebracht werden zu können, sind damals in einer mühseligen Arbeit, in einer Zeit, in der man die Verständigungspolitik auf seine Fahnen geschrieben hatte, wirklich einer zum Teil provisorischen, zum Teil anderen Lösung zugeführt worden. Ja, meine Herren, heute erscheint es wirklich nicht als das Dringendste, die Obstruktion ausrotten zu wollen, die gar nicht existiert, und überdies ist sehr die Frage, welche Mittel die richtigen sein können, um einer Obstruktion zu begegnen.

Der Gedanke, der bei den Verfassungsreformern von heute die entscheidende Rolle spielt, ist der Gedanke der Aufrichtung eines Absolutismus in der Politik in irgendeiner Form. Über die Form haben sie ja verschiedene Anschauungen, aber daß es ein Absolutismus sein müsse, das ist ihnen allen klar. Wenn so etwas machtpolitisch möglich ist, gibt es eine absolutistische Lösung auch, nur muß man sie zustande bringen. Es gibt auch eine andere Lösung dieses großen Problems — das ist die demokratische Lösung, die wir Ihnen vor Monaten schon vorgeschlagen haben und über die ja ein Gesetzesantrag dem Hause vorliegt: das ist der Appell an das Volk in

einem solchen Falle. Wir haben das ja in unserer Verfassung vorgesehen, nur nicht in einer brauchbaren Form. Man wollte damals den Gedanken der Volksabstimmung nur in der Verfassung festhalten, aber man war sich klar darüber, daß in jener Zeit vom Jahre 1919 und 1920 Volksabstimmungen ja in Wirklichkeit nicht möglich waren: darum hat man sie damals an Bedingungen gebunden, die das Ganze illusorisch machten. Befreien wir sie heute von diesen Bindungen und Bedingungen und machen wir sie so, wie sie in andern Staaten wirklich eingeführt ist: daß eine namhafte Minderheit von einem Drittel des Parlaments berechtigt sei, bei einem Gegenstand eine Volksabstimmung zu verlangen und prüfen zu lassen, ob das, was die Mehrheit des Parlaments tun will, wirklich mit der Meinung des ganzen Volkes übereinstimmt. Das ist eine demokratische Lösung des Obstruktionsproblems, und es würde das Ansehen des Parlaments nicht schädigen, sondern würde das Ansehen des Parlaments nur festigen, wenn, sofern es notwendig ist, festgestellt werden muß, ob die Mehrheitsmeinung des Parlaments mit der Mehrheitsmeinung des Volkes übereinstimmt. Daß man das mißbrauchen könnte — na, davon ist man meilenweit entfernt. Eine Partei, die ein Drittel der Abgeordneten hier im Parlamente hat, wird keine mutwillige Volksbefragung verlangen, und es wird auch niemand Sehnsucht haben, sich bei einer solchen Volksabstimmung zu blamieren. Daher ist das eine wirkliche Lösung der großen Frage, die man ansprechen sollte. Die Mehrheitsparteien haben leider zu dieser Frage bisher nicht Stellung genommen. Sie werden Gelegenheit haben, wenn sie selber die Verfassungsfragen hier aufwerfen, auch zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Wenn ich gesagt habe, daß die Herren, die Verfassungsreformen anstreben, sie in Wirklichkeit im Sinne eines Absolutismus anstreben, der hier in dieser Republik in irgendeiner Form aufgerichtet werden soll, so muß ich hinzufügen, daß dieses ganze Schreien nach der Verfassung bei denen, die wirklich schreien, noch einen zweiten, sehr tiefen Sinn hat. Sie schreien nach einer solchen Änderung der Verfassung, die an die demokratischen Grundlagen dieser Republik rührt, sie schreien nach einer solchen Änderung der Verfassung, die in Wirklichkeit auf eine Entrechtung der Arbeiterklasse hinausläuft. *(Lebhafte Zustimmung.)* Da kommen die einen und erzählen uns etwas über diese faschistische Neuauflage der alten Idee von der ständigen Ordnung. Das schaut sehr tiefesinnig aus, aber wir haben in Österreich primitive Erfahrungen mit einer solchen ständigen Ordnung, denn wir hatten ja so etwas jahrzehntelang im alten Österreich, und wir wissen, was es heißt, was für eine Sünde wider den Staat und wider alle Vernunft es ist, wenn man die Menschen da in irgendwelche Kurien hinein-

perchen will und glaubt, den Vormarsch des Sozialismus und der Arbeiterbewegung in der Welt aufhalten zu können, indem man die Arbeiter in den Pörsch irgendeiner politischen Kurie einsperren will. Meine Herren, die Arbeiterklasse ist heute viel zu groß und viel zu stark, als daß sie es sich gefallen ließe, von vornherein zu einer ewigen Minderheit in dem gesetzgebenden Körper eines Industriestaates verurteilt zu werden. Das darf sich doch nicht jemand einbilden, der die Verhältnisse im Staate sieht, wie sie wirklich sind.

Es gibt andere, die reden von einer solchen ständischen Ordnung nicht, weil sie sich nicht von vornherein lächerlich machen wollen. Aber die wollen mit anderen Rezepten im Wesen und auf Umwegen eigentlich dasselbe erreichen, sie wollen unserer demokratischen Verfassung in Wirklichkeit Bestimmungen aufspießen, durch die die Arbeiterklasse zur politischen Ohnmacht verurteilt sein soll. Meine Herren, das tun gerade diejenigen, die sagen: ich kenne gar keine Klasse, das tun alle diejenigen, die sagen: es gibt gar keinen Klassenkampf, das ist nur eine böse Erfindung von diesem Karl Marx und ich weiß nicht von wem noch. Gerade die Leute wollen in Wirklichkeit die brutalste Klassenherrschaft wiederherstellen, indem sie die Arbeiterklasse entrechteten wollen. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Meine Herren, wir kennen das alles. Ja, wenn wir in einem Staate lebten, in dem das allgemeine gleiche Wahlrecht jahrzehntelang Praxis war, dann wäre es anders, dann könnte man vielleicht eher den Menschen so etwas einreden. Aber wir sind doch alle Österreicher, und wir haben das alte Österreich mit seinem Kurienparlament, mit seinem Herrenhaus, mit den geborenen Gesetzgebern, den Starhemberg, Czernin und wie sie alle geheißten haben, gekannt, so gut gekannt, daß es uns nur wundert, daß nicht die Bauern das auch so gut kennen, die es doch auch jahrzehntelang erlebt haben. Wir haben doch alle dieses Herrenhaus vor uns gesehen, das jeden halbwegs vernünftigen Beschluß des Abgeordnetenhauses korrigiert und damit zunichte gemacht hat, das das allgemeine gleiche Wahlrecht für das Parlament in seinen Wirkungen eben wieder zunichtemachen sollte. Na, es ist das alte Rezept. Man hat es in England auch, vor gar nicht langer Zeit erst, angewendet. Aber wir haben eine Revolution hinter uns, wir haben so ein Herrenhaus nicht mehr, und so ein Herrenhaus wird auch in dieser Republik nicht eingeführt werden. *(Lebhafter Beifall.)* Wer glaubt, daß so etwas möglich ist, der irrt.

Meine Herren, wie sich das gewisse Herren vorstellen, mit welcher Unverfrorenheit solche Gedanken einer absoluten Entrechtung der Arbeiterklasse vorgetragen werden — natürlich immer mit den Worten: nicht die Arbeiter, sondern die Sozialdemokraten wolle man entrechteten; als ob das nicht ein und

dasselbe wäre (*Widerspruch*) —, wie das vorgetragen wird, braucht man nur in den einzelnen Heimwehrreden und Heimwehrzeitungen zu lesen. Da wird zum Beispiel erzählt: Also, das Parlament — na, ich will mich nicht unparlamentarisch ausdrücken und kann daher den Fürsten Starhemberg hier nicht zittern (*Heiterkeit*) — aber die Herren wissen alle, wie man das ausdrückt, in dieser Volksbewegung (*Heiterkeit*), mit der der Herr Bundeskanzler den Kontakt aufrechterhalten will. *(Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung.)* Parlament also ist überhaupt nichts, weg damit! Länder? Gemeinden? Die auch alle rasch weg und nur die Heimwehr an ihrer Stelle? Das traut man sich auch dem begeistertsten Heimwehrmann nicht mehr vorzutragen. Also die Länder bleiben da, die Gemeinden, die bleiben auch da. Aber da in den Ländern und Gemeinden auch die Sozialdemokraten etwas dreinzureden haben, braucht man zwei Paragrafen, die das gleich unmöglich machen. Man unterscheidet also a) Gemeinden, wo die Sozialdemokraten eine Minderheit sind, und b) solche Gemeinden, wo die Sozialdemokraten eine Mehrheit sind; dort, wo die Sozialdemokraten eine Minderheit sind, dort — so steht es im Heimwehrprogramm — wird der Proporz abgeschafft (*Heiterkeit*), dann hat man auf einmal diese Minderheit nullifiziert. Aber das würde sich ja in jenen Gemeinden schlecht auswirken, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit haben. Und damit der Herr Bundeskanzler richtig orientiert sei, möchte ich hier einfügen, daß es nahezu 400 Gemeinden in Österreich sind, in denen es einen sozialdemokratischen Bürgermeister gibt, 400 Gemeinden, in denen nicht weniger als 47 Prozent der ganzen österreichischen Bevölkerung wohnen — ein Beweis dafür, daß wir auch eine Volksbewegung sind *(Lebhafte Heiterkeit)*, mit der man rechnen muß. Was geschieht also in diesen Gemeinden mit einer sozialdemokratischen Mehrheit? Da würde ja die Abschaffung des Proporzgeses sich gegen die Heimwehrparteien auswirken. Aber der Geist der Heimwehr ist nie um ein Rezept verlegen, und so hat er gleich eines gefunden. In den Gemeinden, wo eine sozialdemokratische Mehrheit ist, dort wird schlecht verwaltet, daher muß man diese Verwaltung wegzagen und einen Regierungskommissär der Heimwehrregierung hinstellen. *(Heiterkeit.)* Allen Ernstes, das sagt nicht irgendein Unterführer irgendwo in einem Wirtshaus, in einer begeisterten Versammlung, sondern das wird gedruckt, das ist in den programmatischen Äußerungen dieser Volksbewegung im Jahre 1929 wirklich darin. Es fehlt nur der Mussolini, der das alles machen soll. Es gibt ja Leute, die glauben, es sei einer da, aber es schaut so aus, als ob das auch einer von jenen Irrtümern in der Verfassungsfrage wäre (*stürmische Heiterkeit, lebhafter Beifall und Händeklatschen*), die man feststellen muß. Meine Herren! Mit solchen

Rezepten wird man hier keine Verfassung machen, mit solchen Rezepten ist eine Verfassungsreform in Österreich in der Tat unmöglich.

Man hat auch andere Pläne, und da scheint es mir schon, denn da ist der Herr Bundeskanzler in seinen Ausführungen etwas konkreter geworden, als ob er sich irgendwie mit solchen Plänen identifizieren würde. Der Herr Bundeskanzler hat davon gesprochen, es müsse ein Notverordnungsrecht für dringende Fälle in Österreich geschaffen werden. Nun, mir kommt nicht vor, daß das sehr dringend ist, denn ich kann mich an keinen Augenblick in diesen zehn Jahren der Republik erinnern, in dem ein solches Notverordnungsrecht wirklich eine staatliche Notwendigkeit gewesen wäre. Ich muß wieder sagen, wir leben in Österreich, und das gebrannte Kind fürchtet das Feuer. Wir haben ja in einem Staat gelebt, der den seligen § 14 hatte, einen sehr harmlosen Notverordnungsparagraphen — seinem Wortlaut nach und nach der Meinung seiner Schöpfer in den sechziger Jahren —, einen Paragraphen, in dem nichts weiter stand, als daß, wenn sich zu einer Zeit, in der der Reichsrat nicht versammelt ist, die Notwendigkeit zu irgendwelchen Maßnahmen heraustritt, diese durchgeführt werden können. Meine Herren, wir wissen, wie schmächtig dieser Paragraph mißbraucht, wie sein Sinn jahrzehntelang ins Gegenteil verkehrt wurde. Er ist eine Waffe des Absolutismus gegen die Volksvertretung geworden.

Aber damals konnte sich so ein Staatsrechtler noch sagen, in dem alten Österreich waren zwei Faktoren, der Kaiser, der die Verfassung gegeben hat, auf der einen Seite und auf der anderen Seite das Volk, verkörpert im Parlament. Der § 14, das ist ein Machtspruch des Kaisers gegen das Volk. Hier in dieser Republik, in der es keinen Kaiser, sondern einen von der Mehrheit gewählten Bundespräsidenten gibt, bedeutet dieser § 14 in neuer Auflage eine Waffe des Absolutismus einer Partei gegen eine andere Partei — noch etwas hundertmal Ärgeres als der § 14 im alten Österreich. (Dr. Mataja: Und der § 96 der Gemeindeordnung in Wien?) Was den § 96 der Gemeindeordnung anbelangt, so scheint dem Herrn Abg. Mataja entgangen zu sein, daß diese Gemeindeordnung der Gemeinde Wien einen Verwaltungskörper regelt und daß der Gemeinderat der Stadt Wien zum Unterschied von diesem Parlament sich nicht mit Gesetzen beschäftigt, sondern daß dort zum Beispiel der Bau irgendeines Hauses oder die Genehmigung für das oder jenes auf der Tagesordnung steht, und wenn die Herren Gemeinderäte zwei Monate auf Ferien sind, so macht das indessen der Senat oder der Bürgermeister. Aber, meine Herren, das Parlament ist ja eine gesetzgebende Körperschaft, ist etwas ganz anderes. Der Wiener Landtag, so wenig wie ein anderer Landtag, hat

einen § 14 oder einen § 96. Ganz selbstverständlich nicht. Wo es sich um die Gesetzgebung handelt, dort bedeutet der § 14 die Beiseiteschiebung der Gesetzgebung, also etwas völlig anderes, etwas ungeheuer Wichtiges.

Dasselbe, meine Herren, gilt auch von jenem Ausnahmezustand, den uns der Herr Bundeskanzler in einer Verfassungsbestimmung beschern zu wollen scheint. Auch da, meine Herren, sind wir Österreicher, die sich erinnern, was dieser Ausnahmezustand bedeutet hat, wie auch diese Bestimmungen im alten Österreich von den Machthabern in den achtziger Jahren und später immer wieder mißbraucht worden sind, um eine ihnen unbequeme Volksbewegung niederzuhalten und sie außerhalb des Gesetzes zu stellen.

Meine Herren! Glauben Sie doch nicht, daß das möglich ist, glauben Sie doch nicht, daß das irgendeinen Sinn hat! Mit einer solchen Gewaltpolitik, selbst wenn sie wirklich möglich wäre und sich durchsetzen könnte, kann doch in Wirklichkeit niemand regieren. Sowenig es die Machthaber des alten Österreich zustande gebracht haben, sowenig werden es die zustande bringen, die glauben, daß heute solche Bestimmungen möglich und notwendig seien.

Aber, meine Herren, wenn gesagt wird, daß man diesen Nationalrat im Volke anders verankern müsse als heute, und zwar durch eine Änderung des Wahlrechtes, wie sich der Herr Bundeskanzler angesprochen hat — er hat sich hoffentlich hier nur versprochen und gemeint: durch eine Änderung des Wahlverfahrens —, so ist das allerdings eine Frage, die einer sehr ernststen Erwägung wert ist und über die die Parteien dieses Hauses in diesen zehn Jahren schon oft geredet haben, ohne zu einem Entschluß zu kommen. Vielleicht kommt man jetzt dazu. Ich hoffe also, daß der Herr Bundeskanzler, als er vom Wahlrecht sprach, nicht etwa gemeint hat, daß man an das allgemeine und gleiche Wahlrecht rühren könne, sondern er hat offenbar nur gemeint, daß man das Wahlverfahren, nach dem der Nationalrat gewählt wird, ändern könne. Und das kann man gewiß.

Ich kann mich allerdings der Argumentation des Herrn Bundeskanzlers nicht anschließen, der meinte, daß das Interesse an der Demokratie verlorengeht, weil es zu viel Abgeordnete gibt. Da sehe ich wirklich keinen rechten Zusammenhang. Aber die Frage, ob der Abgeordnete bei dem heutigen Wahlsystem wirklich den notwendigen Kontakt mit seinen Wählern hat, die Frage, ob es nicht zu viel Abgeordnete gibt, daß ist gewiß eine Frage. (Zustimmung.)

Für die Verringerung der Abgeordnetenzahl bin ich immer eingetreten und habe dabei einen sehr heftigen Widerstand der Mehrheitsparteien gefunden (lebhaftes Heiterkeit), wenn ich solche Forderungen

vertreten habe. Ich war es ja, der den Gemeinderat der Stadt Wien von 165 Mitgliedern auf 120 abgebaut hat, und wenn es nach mir ginge oder gegangen wäre, so wären noch weniger als 120 auch genug gewesen. (*Hört! Hört!*) Ich bin auch hier dafür eingetreten, daß dieses Parlament, das im Jahre 1919 183 Mitglieder hatte, wesentlich verringert werde. Wir sind damals nur auf 165 heruntergegangen. Jetzt kommt, wie mir scheint, das stürmischste Begehren nach einer Verringerung der Abgeordnetenanzahl von der großdeutschen Partei. (*Lebhaftes Heiterkeit.*) Das ist nicht zum Lachen, sondern das ist ein Beweis einer Selbstlosigkeit, die man schätzen muß. (*Anhaltendes Heiterkeit.*) Denn bei der großdeutschen Partei vollzieht sich ja eine Verringerung der Abgeordnetenanzahl, auch ohne daß die Gesamtzahl der Abgeordneten des Parlaments verkleinert wird, von einer Wahl zur anderen. Wenn die Herren diesen Prozeß noch künstlich beschleunigen wollen — an uns wird es nicht fehlen, da mitzuhelfen, und wenn die größte Partei des Hauses, die christlichsoziale Partei, dieselbe Bereitwilligkeit zeigt, dann kann dem Wunsche der großdeutschen Partei sehr bald Rechnung getragen werden. (*Beifall und Handklatschen.*)

Aber die andere Frage — nicht die der Verringerung der Abgeordnetenanzahl, die sicher auch an und für sich etwas sehr Erwägenswertes ist —, die Frage der besseren Verankerung des einzelnen Abgeordneten bei seinen Wählern, das scheint mir eine wirklich ernste Frage zu sein. Wir haben in Österreich das Proportionalwahlrecht mit Listen eingeführt. Es ist das gerechteste Wahlrecht, das man sich überhaupt denken kann, aber es hat natürlich in der Praxis seine Schattenseiten und seine Mängel gezeigt: die großen Wahlkreise vor allem und alles, was damit zusammenhängt. Kritik daran ist ja von rechts und links schon oft geübt worden. Das sind sicher Fragen, die man sehr ernsthaft erwägen muß, und wenn nun das Parlament meint, auf solche Weise sich selbst besser verankern zu können, indem man kleine Wahlkreise schafft und was dergleichen Dinge mehr sind, dann sind das lauter Dinge, die, soweit der Proporz dabei nicht angetastet wird, gewiß auch unsererseits ganz ernsthaft erwogen werden können.

Zu den Verfassungsfragen, die aufgeworfen werden, gehören dann noch zwei andere, von denen der Herr Bundeskanzler in seiner Rede auch gesprochen hat. Das eine ist die Frage der Polizei. Der Herr Bundeskanzler hält eine Reform der Verfassung in diesem Punkte für notwendig, und er hat in einem Satz sehr klar ausgesprochen, was er da meint. Er hat gesagt, es müsse ein Zustand herbeigeführt werden, wie er bis zum 1. Oktober 1925 bestand. Das ist der Tag, an dem die Kompetenzartikel der Bundesverfassung in Kraft getreten sind und sich also in der Kompetenz zwischen Ländern und Bund

mancherlei verschoben hat. Diese Kompetenzartikel sind kein Werk der Sozialdemokratie, das möchte ich vor allem feststellen, und keine Straßendemonstration hat sich mit dieser Frage beschäftigt. (*Sehr gut!*) Diese Kompetenzartikel sind uns — ich erinnere mich noch sehr genau, denn ich habe jenem Siebnerausschuß, der im Jahre 1920 die Verfassung ausgearbeitet hat, selbst angehört —, diese Kompetenzartikel sind uns von Sachleuten und nicht von Politikern vorgelegt worden. Sie sind dann abgeändert worden unter dem Druck — nicht der Sozialdemokraten, sondern der Landesvertreter, der christlichsozialen Landesregierungsmitglieder, zugunsten der Länder und zuungunsten des Bundes. Man hat dann diese Kompetenzartikel im Jahre 1925 in aller Ruhe noch einmal wochenlang überprüft, die Regierung hat allerhand Abänderungsvorschläge gemacht und der Nationalrat hat sie beschlossen. „Sozialdemokratischer Terror“, „sozialdemokratische Straßenpolitik“ — oder wie man das nennt — hat dabei gar keine Rolle gespielt.

Aber jetzt gefallen auf einmal diese Kompetenzartikel, da sie nämlich in Wirklichkeit zum Teil erst im Jahre 1928 in Wirksamkeit getreten sind, allen möglichen Leuten nicht, und der Herr Bundeskanzler hat lebhaften Beifall geerntet, als er hier erklärt hat, die Polizei müsse auf den Stand und auf die Kompetenz gebracht werden, die sie im Oktober 1925 gehabt hat. Nun, was hat sich denn seither geändert, meine Herren? Ich weiß nicht, was sich in anderen Ländern seither geändert hat, ich kenne das nur für Wien, aber, was Wien betrifft, kann ich nur folgendes sagen: Man hat seit dem Jahre 1925 ein Kinogesez gemacht (*Heiterkeit*), und in diesem Kinogesez steht drinnen, daß verschiedene Agenden, die bisher die Polizei gehabt hat, nunmehr der Magistrat der Stadt Wien führt. Das ist, glaube ich, im Jahre 1926 im Wiener Landtag beschlossen worden. Drei Jahre sind seither vergangen. In Wien gibt es Kinos, die etwa 66.000 Sitzplätze haben — man hat noch nie gehört, daß da vielleicht ich weiß nicht welches Unglück geschehen wäre oder was sonst passiert wäre, weil nun die Kompetenz, die bisher die Polizei hatte, seit drei Jahren der Magistrat hat. Oder: Es ist im vergangenen Jahr ein Theatergesez gemacht worden, durch das auch verschiedene Kompetenzen, die früher die Polizei hatte, der Magistrat innehat, und es sitzt also im Theater statt des Polizeibeamten, der früher dort war, ein Magistratsbeamter. Ja, daß das ein so erschütterndes Ereignis sein soll (*lebhaftes Heiterkeit*), daß sich darüber wirklich die Massen aufregen und von Wagnberg bis Judenburg das Volk in Wallung gerät (*erneute lebhaftes Heiterkeit*), daß dieser Zustand unerträglich sei, das wird doch wirklich niemand behaupten können. Bitte, ich kann schon verstehen, daß Behörden selber da verschiedener

Meinung sind. Es gibt auch positive Kompetenzkonflikte, nicht nur negative, und es gibt — Gott sei Dank! — noch Behörden, die so eifrig sind, daß sie mehr Arbeit haben wollen statt weniger. (*Heiterkeit.*) Dieser Eifer macht ihnen alle Ehre, dem Magistrat und der Polizei und verschiedenen anderen eifrigen Behörden. Aber daß das eine so aufregende und himmelftürmende Sache sei, das wird wirklich kein Mensch behaupten können.

Viel ernster, meine Herren, ist eine andere Frage, von der der Herr Bundeskanzler auch gesprochen hat, das ist die Frage des Verhältnisses zum Lande Wien. Da hat der Herr Bundeskanzler Worte gesprochen, die sehr schön klingen, aber die höchst unklar sind und von denen man nicht weiß, was er sich dabei eigentlich gedacht hat. Der Herr Bundeskanzler hat gemeint, das Land Wien sei das ideelle Eigentum aller Teile von Österreich. Wenn ich das richtig verstehe, dann kann ich nur sagen: Dasselbe, was der Herr Bundeskanzler hier von Wien gesagt hat, gilt in Wirklichkeit für alle Länder der Republik gegenseitig, denn alle Länder sind Glieder eines Bundesstaates und so, wie die Tiroler — mit Recht — sagen können, sie haben ein ideelles Eigentum an allem hier in dieser Stadt, so werden auch, glaube ich, die Wiener sagen, daß die Schönheit der Berge von Tirol und alles, was dort ist, ein ideelles Eigentum auch der Wiener ist. (*Lebhafter Beifall.*)

Meine Herren! Wenn der Herr Bundeskanzler unter ideellem Eigentum das gemeint hat, dann weiß ich nicht, wozu er das gesagt hat. Wenn er aber etwas anderes gemeint hat und wenn er, um das klar auszudrücken, vielleicht sagen wollte: Österreich ist ein Bundesstaat, in diesem Bundesstaat gibt es Länder, diese Länder haben Rechte, Wien ist auch ein Land, aber Wien ist sozusagen eine Domäne der anderen Länder und kein Land wie die anderen — na, das ist ein Irrtum, zu glauben, daß so etwas möglich wäre. Man redet über dieses Problem sehr viel, aber ich habe noch nirgends gehört, daß sich einer deutlich und konkret ausdrückte, was er da eigentlich meint, mit Ausnahme der Herren der großdeutschen Partei, die, wie damals bei der Trennung Wiens von Niederösterreich, so auch heute noch unbeirrbar den Standpunkt vertreten, Wien müsse in den Schoß des Landes Niederösterreich zurückkehren. Das ist ein klarer Standpunkt, der einzige, den ich bisher in dieser Frage überhaupt gehört habe. Aber daß diese großdeutsche Predigt, die wir nicht nur jetzt, sondern seit zehn Jahren bei jeder Gelegenheit hören, bisher gar kein Echo, vor allem nicht bei den Niederösterreichern, gefunden hat, zeigt doch, daß diese Lösung des Problems, die die Großdeutschen vorschlagen, offenbar sehr wenig Aussicht hat. Aber andere Lösungen aber habe ich konkret noch gar nichts ge-

hört. Wir werden also in Seelenruhe abwarten, was uns die Herren hier etwa vorbringen wollen; denn daß das Land Wien ein Land minderen Rechtes sein könnte, das können Sie sich im Ernst wohl selbst nicht vorstellen.

Aber wenn schon von der Verfassung die Rede ist, so redet man auch sonst von allerhand Dingen. Ein altes französisches Sprichwort sagt: beim Essen kommt der Appetit. Es gibt Leute, denen der Appetit schon bei der Lektüre der Speisekarte kommt (*Heiterkeit*), denn beim Essen halten wir noch lange nicht. Und so gibt es Leute, die für diese Verfassungsreform gleich allerhand Garnierungen finden, darunter auch natürlich — dieses Gericht kann nirgends fehlen — das Antiterrorgesetz. In den Zeitungen liest man, daß so etwas gestern schon im Parlament eingebracht worden sei; daß eine demissionierte Regierung so etwas noch rasch auf den Tisch des hohen Hauses legt, wäre eine Merkwürdigkeit. Ich weiß nicht, ob diese Zeitungsmeldungen richtig sind; es hat wohl niemand diesen Gesetzentwurf gesehen. Aber da so viel davon die Rede ist, möchte ich darüber doch wenigstens ein Wort sagen. Es ist wohl ein großer Irrtum, zu meinen, daß es sich bei dieser Terrorfrage, die Ihnen so viel Kopfschmerzen macht, um irgendeine juristische Frage handelt, daß dieses Problem eine einfache politische Angelegenheit wäre, so wie irgendeine von den Duzend Dingen, die man so rasch durch ein Gesetz erledigt. In Wirklichkeit handelt es sich hier um ein großes wirtschaftspolitisches und soziales Problem, das nicht nur die Arbeiter angeht, sondern das eine große Rolle spielt, wenn man es für die ganze Wirtschaft lösen will. Wir leben ja in einem Zeitalter, in dem die kapitalistische Entwicklung längst wieder zur Gründung aller möglicher Organisationen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens geführt hat. Es ist ganz klar, daß alle diese organisatorischen Gebilde, die da im Zuge der kapitalistischen Entwicklung zu seiner Stützung, und die, die gegen ihn entstanden sind, sehr leicht mit dem individuellen Recht des einzelnen in Widerspruch kommen können. Das ist in der Tat ein großes Problem, aber ein Problem für alle. Die Arbeiterklasse als Ganzes hat ein Recht auf den sozialen Aufstieg, und es ist ihr klar, daß sie diesen sozialen Aufstieg nur im Wege der Organisation vollziehen kann. (*So ist es!*) Es ist klar, daß eine solche Organisation mit den individuellen Rechten des einzelnen auf allerhand Freiheiten in einen Widerspruch geraten kann, aber daß man diesen Widerspruch mit einem Strafrechtsparagrafen lösen kann, das ist doch ein Irrtum. Die Gesamtheit einer Klasse, die im wirtschaftlichen Kampfe steht — und alle Klassen, nicht nur die Arbeiterklasse in diesem Staate haben wirtschaftliche Kämpfe zu führen —, hat auch ein Recht darauf, daß ihr

Gesamtinteresse, das das Interesse von so vielen Tausenden und Zehntausenden ist, nicht durch einzelne geschädigt werde. Da liegt ein großes und schwieriges Problem, aber nicht nur für die Arbeiter, für andere auch. Da haben wir zum Beispiel ein Gesetz über den unlauteren Wettbewerb für Gewerbe und Handel, das ja auch ein solches Problem zu lösen versucht, da haben wir offen das ganze Kartellproblem, denn das, was für die Arbeiter gilt, gilt auch für die Unternehmer. Jeder weiß doch, wie Kartelle zustande kommen, wie sie geführt und gehalten werden, mit welchem — um mich da Ausdrucke der Unternehmervertreter zu bedienen — Terror und mit welchen PreSSIONen widerpenstige Unternehmer dem Kartell unterworfen werden, wie man ihnen Kredite und Rohstoffe entzieht, wie man ihnen Lieferungen abtreibt, wie man ihnen ihre ganze Existenz unmöglich macht, um die Widerspenstigen ins Kartell zu bringen. Das ist auch ein sehr großes wirtschaftspolitisches und soziales Problem; ganz einseitig wird man also diese Antiterrorfrage nicht lösen können. Wenn man dazu kommen sollte, sich damit zu befassen, dann werden die Herren gleich sehen, daß das nicht so im Handumdrehen zu erledigen ist, sondern daß wirklich große und schwierige Fragen dabei auftauchen.

Um noch ein Wort darüber zu sagen, es gibt Menschen in Österreich, die meinen, wenn die Sozialdemokraten das nicht wollen, was da als das Heil von Österreich ausgegeben wird, dann werde man das halt irgendwie anders machen müssen, und es gibt solche, die meinen, es rebet ja niemand von Putsch und Staatsstreich, die Sozialdemokraten werden schon für eine solche Verfassung, wie wir sie wollen, stimmen müssen. Meine Herren! Da möchte ich Ihnen gleich heute sagen: das Tempo, in dem Verhandlungen geführt werden, kann die Mehrheit, zum guten Teile wenigstens, bestimmen, das ist ihr Recht, ihre Möglichkeit; den Termin, wann abgestimmt werden soll, kann die Mehrheit bestimmen; aber den Abgeordneten vorzuschreiben, wie sie stimmen sollen, das wird keiner Mehrheit gelingen (*lebhafter Beifall und Händeklatschen*), gar keiner Mehrheit, auch wenn die unflätigsten und drohendsten Schimpfworte bei den Fenstern dieses Hauses hereintönen. Das mögen sich verschiedene Herren in diesem Hause und außer diesem Hause gesagt sein lassen. Wenn die Verfassung selber vorschreibt, daß man zu ihrer Änderung eine Zweidrittelmehrheit braucht, dann ist das nicht eine Fargenmacherei, ist das nicht irgendeine lächerliche Formalität. Da hat ja ein Herr jetzt wirklich herausgefunden, daß man das auch abschaffen könnte, weil auch die Gemeindeordnungen mit einfacher Mehrheit abgeändert werden. (*Heiterkeit*.) Das heißt doch wirklich das Wesen einer Verfassung verkennen. Wenn da gesagt wird, eine Verfassung,

die auf eine Zweidrittelmehrheit gestellt ist, kann nur ein Kompromiß sein und jede Verfassung, die ein Kompromißwerk ist, ist schlecht — das ist allen Ernstes in den letzten Tagen vorgetragen worden —, meine Herren, wer das sagt, der verkennet das Wesen der Verfassung überhaupt; denn eine Verfassung, die nicht mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen ist, das heißt eine Verfassung, der nicht die übergroße Mehrheit der Menschen in dem Lande die Anerkennung zollt, daß es ihre Verfassung ist, eine solche Verfassung ist ja gar keine Verfassung. (*So ist es!*) Eine solche Verfassung kann nie eine sein, das widerspricht ja dem Wesen einer Verfassung. Das, meine Herren, muß man sich vor Augen halten, wenn man hier im Schnellzugtempo an Verfassungsarbeit schreitet.

Und noch eines möchte ich dabei vor allem der hohen Regierung zu bedenken geben. Der Herr Bundeskanzler hat eine Reihe von Verfassungsproblemen berührt. Ich weiß nicht, ob das eine erschöpfende Aufzählung war, oder ob es nur eine beipielsweise sein sollte. Aber eines möchte ich sagen: So als ein Flickwerk wird man eine Verfassungsreform überhaupt nicht machen können. Wenn das Parlament an diese Arbeit geht, dann muß es wissen, um was es sich dabei handelt. Daß man heute einmal und nächste Woche wieder einmal so ein Verfassungsgesetz einbringt und sagt: jetzt ist eine Woche Zeit, eines zu beraten, dann kommt nächste Woche wieder ein anderes, welches, weiß ich noch nicht, aber es werden noch ein paar gearbeitet — meine Herren, das ist unwürdig einer Verfassungsarbeit, das ist auch sachlich vollkommen falsch und ich nehme an, daß die Regierung nicht der Meinung ist, daß man auf solche Art Verfassungsreform machen kann. Sie soll sich also überlegen, was sie in diesem Punkte dem Parlament vorzulegen hat, und soll es vorlegen, damit man auf einmal darüber reden kann. Noch sind die Gesetzentwürfe nicht eingebracht, noch waren die Worte des Herrn Bundeskanzlers in diesen Punkten doch ziemlich allgemein; daher ist ein Ratschlag in dieser Stunde vielleicht noch möglich. Ich möchte dem Herrn Bundeskanzler, bevor er diese Verfassungsentwürfe einbringt, den guten Ratschlag geben, sich an die Worte des Berichterstatters über die Verfassung aus dem Jahre 1920 zu halten, an die Worte, die ich vorhin schon erwähnt habe, daß die Verfassung nicht etwas Konstruiertes sein darf, das die Leute nicht wollen, die unter ihr leben sollen, sondern daß die Verfassung den wirklichen Machtverhältnissen Rechnung tragen muß; wohlgerne, Herr Bundeskanzler, den wirklichen Machtverhältnissen, nicht etwa eingebildeten Machtverhältnissen, die irgendwelche laute Leute in Österreich heute haben. Ich meine nicht eingebildete, sondern wirkliche Machtverhältnisse. Eine Verfassung, von der

man glaubt, daß sie nur als ein Diktat mit Maschinengewehren und Gasbomben durchgesetzt werden kann, ist eine Illusion, im ganzen alles miteinander, was dazu gehört, ist eine Illusion.

Ja, meine Herren, der Herr Bundeskanzler meinte allerdings, es sei doch von Gasbomben und Maschinengewehren, von Putz und Bürgerkrieg keine Rede. Das seien böswillige Ausstreunungen, dem Auslande werde so etwas eingeredet, aber es sei keine Rede davon. Die Regierung werde das, was an diesen Heimwehrforderungen möglich ist — wie er allerdings sagte —, auf legalem Wege durchführen. Das ist sehr schön von der Regierung, aber, meine Herren, das ist gar kein Beweis dafür, daß es nicht eine auf Putz und Bürgerkrieg gerichtete Bewegung in Österreich gibt, und wir Sozialdemokraten, die wir von Ferdinand Lassalle gelernt haben, immer das auszusprechen, was ist, wir sprechen es auch heute aus und wir verschließen nicht die Augen vor dem, was in Österreich wirklich ist. Der Herr Bundeskanzler hat gemeint, in dieser Heimwehrbewegung seien tadellose Männer, und er hat das mit einer besonderen Betonung gesagt. Ja, gewiß, es gibt sicher auch in der Heimwehrbewegung tadellose Männer. Warum nicht? Es gibt dort auch andere Leute, wie wir wissen, und wenn der Herr Bundeskanzler Kontakt mit ihnen sucht, na, dann glaube ich, findet er dort auch Leute, mit denen die Behörde, der er bisher vorgestanden hat, in früherer Zeit schon einigen Kontakt gehabt hat (*Heiterkeit*), und er kann auch solche Leute, nicht wenige sogar, wirklich dort finden. Vor allem aber, ich weiß nicht, was das Wort tadellos hier sagen soll. Es kommt hier auf politische Gesinnung und auf politisches Denken und auf die politischen Meinungen an. Niemand wird heute behaupten können, daß die Heimwehrbewegung in Österreich so ein politischer Beteranenverein sei oder so irgend etwas, sondern das ist eine Bewegung mit ganz verschiedenen Meinungen. Bitte, eines gebe ich dem Herrn Bundeskanzler zu: Es ist sehr schwer, diese Meinungen genau festzustellen. Da habe ich zum Beispiel dieser Tage gelesen, wie ein Redner dieser Bewegung in Wien in einer Versammlung gesagt hat: Die Heimwehr hat ein ganz detailliertes und ausgearbeitetes Programm, nur sage ich es euch nicht! In dem richtigen Augenblick wird es schon hervorkommen. Nun, das ist also auch eine Volksbewegung mit einem so geheimnisvollen Programm, die ernst genommen werden muß! Aber es gibt schon andere Redner dort, die aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen und die ihr Programm schon sagen. Man hat doch eben diese Drohung mit Maschinengewehr und Putz und Bürgerkrieg in Österreich aufgepöppelt und, wie mein Freund Renner einmal sie genannt hat, die wirtschaftslosen Leute in diesem Lande, die sind es ja, die das für ein probates

Mittel im Kampfe gegen die Sozialdemokraten gehalten haben. Heute spürt es die Wirtschaft in allen Gliedern, was diese Wirtschaftslosen mit dem Gelde der Wirtschaft da angerichtet haben. (*Lebhafter Beifall.*) Und wenn je, so gilt von den Herren am Schwarzenbergplatz heute das Wort: Den schuldigen Mann geht's Grausen an. (*Lebhafter Beifall.*) Aber das Grausen wird dieser Staat nicht los, wenn man dem Ausland auch feierlich mitteilt, von Putz und Bürgerkrieg sei keine Rede. Das ist ja gar nicht richtig. Ja, hat denn jeder schon die Reden vergessen, die vor kurzer Zeit von prominenten Leuten dieser Bewegung gehalten worden sind und in denen sie den Marsch auf Wien mit der Waffe in der Faust, ausdrücklich, mit der Waffe in der Faust, angekündigt haben, hat denn jeder schon die Reden, wie sie alle Tage gehalten werden, vergessen, in denen man den Leuten auseinanderlegt, die Austromaxisten und die Austrobolschewiken müssen niedergeschlagen und gewaltsam ausgerottet werden? Ja, glauben Sie, daß das kein Bürgerkrieg ist, weil es sich dabei um Arbeiter handelt? (*Zwischenrufe.*) Ja, sogar solche Männer, wie der Theoretiker der Heimwehrbewegung, der Herr Seipel, hat es doch ausgesprochen: Es sei kein Wunder, daß man mit Gewalt aus dem Wege räumen wolle, wenn eine Partei Obstruktion mache. Sie sehen, der Gedanke der Gewalt spielt da eine sehr große Rolle. Und wenn der Herr Bundeskanzler meint, er könne sagen, das sei nicht so, dann kann ich nur sagen: Die Regierung hat die Polizei auch heute in der Hand, sie soll sich dort erkundigen, wie die Dinge sind. Dort muß man das doch wirklich genau wissen. Ja, meine Herren, es ist zuzugeben, in einer Bewegung wie die Heimwehrbewegung, wo einer den andern übertrumpfen will, alle Tage mehr, werden die Worte nicht auf die Waagschale gelegt und da wird alle Tage etwas anderes verkündet. Wenn Innsbruck den Putz proklamiert, wird Judenburg am nächsten Tage erklären, das sei nicht richtig gemeint gewesen; wenn dann wieder Judenburg den Putz proklamiert, dann erklärt ganz bestimmt am nächsten Tag wieder Innsbruck, daß das nur eine irrthümliche Auffassung sei, und dann kommt schließlich noch Wagenseil und wie diese Kraftzentren alle heißen (*Heiterkeit*) dazu. Natürlich ist das ein Wirrwarr, den wir auch eine politische Kinderbewahranstalt nennen könnten. Aber, meine Herren, wenn Kinder Maschinengewehre in der Hand haben und offen damit spielen können, dann ist das keine Angelegenheit der guten Kinderstube, sondern dann ist es eine sehr ernste Angelegenheit, über die man in Wirklichkeit mit Beschwichtigungen gar nicht hinwegkommen kann. Nicht das Ausland, das uns gar nichts angeht, sondern vor allem die eigene Wirtschaft in unserem Lande kommt über diese Beunruhigung durch bloße Regierungserklärungen gar

nicht hinweg. Darum wird auch die Mehrheit dieses Hauses sich eines vor Augen halten müssen: Was wollen Sie mit einer Verfassungsreform? Selbst wenn das alles Verfassung werden könnte, was sich die christlichsoziale Partei heute alles unter einer Verfassungsreform vorstellt — soweit es so etwas gibt wie so eine Partei und soweit wir das einmal hören werden, denn gerade die größte Partei hat sich ja über diese Sache noch gar nicht geäußert in diesen Wochen des Sturmes und Dranges — aber ich nehme an, das würde alles so gemacht werden, wie diese Partei es will —, ja glauben Sie, daß dann diese Drohreden und Drohungen mit Putsch und mit all dem aufhören würden? Die würden nach 14 Tagen genau so wieder anfangen, so wie sie angeblich ein anderes Ziel vor dem Sommer gehabt haben und, wie ihnen dieses politische Ziel damals abhanden gekommen ist, sich dann ein neues solches Ziel gesucht haben.

Ja, meine Herren, auch eine Verfassungsreform hat nur dann einen Sinn, wenn die Sicherheit für diese Verfassung wirklich geboten ist. Wenn aber in einem Lande ohne weiteres irgendwelche Schwerindustrielle sich militärische Heerhaufen organisieren und bewaffnen können, wenn irgendwelche Großgrundbesitzer wie im Mittelalter — Reifige ins Feld stellen können, Jägerbataillone, und damit in Österreich herumziehen — ja, meine Herren, dann hat eine Verfassungsarbeit gar keinen Sinn, dann ist es selbstverständlich, daß sich die Arbeiterklasse dagegen selber schützen muß, weil sie ja bei der Regierung einen Schutz nicht findet, und dann ist das allerdings ein Staat, der nicht in Ordnung ist, und ein Staat, in dem die Wirtschaft nicht existieren kann. Das aber wird man dann nicht mit irgendwelchen schönen Reden und Versicherungen beschwören, sondern dann kommt es darauf an, was wirklich im Lande ist und was doch jeder, der mit offenen Augen und offenen Ohren durch dieses Land geht, auch wirklich sieht und hört. Und darum muß ich sagen, daß ich in den programmatischen Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers doch Deutlichkeit vermißt habe in allen diesen Dingen, daß da eine viel größere Deutlichkeit am Platze gewesen wäre, wenn das wirklich eine Regierung ist, die Ordnung, demokratische Ordnung in Österreich wirklich machen will. Meine Herren, schöne Reden hat der verfloßene Bundeskanzler auch machen können (*lebhaftes Zustimmung*); auch sein bösester Feind wird ihm nachsagen müssen, schöne, gedrechselte Worte hat er ausgezeichnet getroffen. Aber in Zeiten, wie die heutigen sind, gelten solche Worte gar nichts, sie werden vergessen, wie sie gelesen werden, und haben keine Bedeutung. Heute kommt es auf Taten an, und diese Regierung wird nach den Taten beurteilt werden müssen, die sie zu setzen bereit ist.

Es wäre verlockend, so wie es immer ist, wenn eine neue Regierung gebildet ist, sich nicht bloß mit

ihrem gesamten Programm und mit dem Herrn Bundeskanzler zu beschäftigen, sondern auch mit der Zusammensetzung dieser Regierung. Ich will das nicht tun und möchte nur sagen, es kommt mir so vor, weil der Herr Bundeskanzler in seiner Rede so viel vom Ausland gesprochen hat, als ob es die Absicht gewesen wäre, hier so ein Paradestück für Amerikaner und Engländer einzurichten. (*Heiterkeit*.) Wir haben gewiß geistige Kapazitäten in Österreich, die man in England und Amerika kennt, Kapazitäten auf allen Gebieten, aber ob das gerade die richtige Regierung in einem Augenblick ist, in dem die Republik und die Demokratie von Banden bedroht ist, die mit dem Gelde der Unternehmer und Großgrundbesitzer ausgerüstet werden, das weiß ich nicht, das wäre etwas Neues. Aber immerhin, die Regierung hat die Möglichkeit, zu zeigen, daß es sich hier nicht bloß um eine interessante Abwechslung handelt, sondern um etwas anderes. Da wird auch dem Herrn Bundeskanzler keine Geisterbeschwörung helfen — wenn man dieses Wort im Zusammenhang mit den Heimwehren überhaupt gebrauchen darf (*Heiterkeit*) —, sondern nur eine ganz klare Erkenntnis der Probleme, und wenn die Regierung dem Parlament zugerufen hat, es möge rasch handeln, dann kann ich nur umgekehrt der Regierung sagen, vor allem ist es auch ihre Aufgabe, rasch zu handeln und das Richtige zu tun. Ob die Regierung das Richtige tun wird, was zu tun ist, nämlich diesem Lande den inneren Frieden zu geben und die politischen Kämpfe auf den Boden der Demokratie zurückzuführen, das wird man sehen; ob man der Regierung das Vertrauen schenken kann, daß sie das zuwege bringen wird, das ist eine Frage, die heute wohl niemand beantworten kann, wir Sozialdemokraten am allerwenigsten.

Jedenfalls muß man da einige Feststellungen machen. Es ist keine Empfehlung für die gegenwärtige Regierung, daß sie auf Vorschlag des Herrn Seipel gewählt worden ist, der, wie er sich selbst so beiläufig nennt, der Theoretiker dieser Heimwehrbewegung ist, und es ist keine Empfehlung für die gegenwärtige Regierung, daß die Bürgerkriegsprediger und Putschisten ihr schon gestern Hosianna zugerufen haben und daß gerade diese Leute, wie einer meinte, von der Regierung das große Reinemachen erwarten. Es ist keine Empfehlung für die Regierung, daß die Bundesführung der Heimwehren — wenn das wahr ist, was sie offiziell heute in den Zeitungen berichtet — aufgefördert worden ist, einen Mitarbeiter in diese Regierung zu entsenden, und nur selbst abgelehnt hat, das zu tun. (*Hört! Hört!*) Ich zitiere hier eine offizielle Pressemeldung der Bundesführung der Heimwehren; es bleibt dem Herrn Bundeskanzler überlassen, das richtigzustellen, wenn es falsch ist. Es ist keine Empfehlung für die Regierung, daß der Herr Bundeskanzler sich als

seinen Vertreter zu seiner Rechten den Herrn Vaugoin bestellt hat. (*Vizekanzler Vaugoin: Das habe ich mir gleich gedacht! — Lebhafter Heiterkeit. — Rufe: Hoch Vaugoin! — Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe des Vizekanzlers Vaugoin.*) Sie haben das schon vermisst, Herr Minister, ich weiß schon. (*Vizekanzler Vaugoin: Natürlich!*) Ich erwähne es nur ganz nebenbei, weil es nicht das Wichtigste ist (*lebhafter Beifall*), aber immerhin erwähnt werden muß. (*Vizekanzler Vaugoin: Elfmal nacheinander schon!*) Es ist nicht das Wichtigste, aber es verdient erwähnt zu werden, daß der Herr Bundeskanzler zu seinem Vertreter den Herrn Minister Vaugoin erkoren hat, der — nun, es ist halt so in Österreich — ein unentbehrliches Requisite für alle Regierungen ist und an Dauerhaftigkeit sogar den Herrn Schürff übertroffen hat (*Heiterkeit*), und das will also wirklich etwas heißen. Ich kann dem Herrn Bundeskanzler nur dringend raten, daß er von dieser Vizekanzlerschaft keinen Gebrauch mache. (*Lebhafter Heiterkeit und Beifall. — Manhalter: Das kommt auf Sie an!*) Ich habe gesagt, ich rate dem Herrn Bundeskanzler; was er tun wird, ist seine Sache. Er fragt vielleicht Sie, mich wird er sicher nicht fragen; ich erlaube mir nur, ihm einen Ratsschlag zu geben — das steht jedem Abgeordneten frei.

Unter solchen Umständen, meine Herren, ist es klar, daß wir dieser Regierung mit Mißtrauen gegenüberstehen müssen und daß wir ihr gegenüber in einer entschlossenen Opposition verharren müssen. Es mag sein, daß der Herr Bundeskanzler das große Werk der Sicherung der Demokratie wagen und durchführen kann, trotz aller Geburtsfehler, die seiner Regierung anhaften.

Er hat sich vor ein paar Wochen sehr unzweideutig über Putschversuche ausgesprochen. Heute hat er gesagt, daß man mit der Heimwehr Kontakt halten muß. Meine Herren! Ein Paktieren mit Putschisten würde das Bekenntnis, das der Herr Bundeskanzler in anderer Eigenschaft vor ein paar Wochen öffentlich abgelegt hat, als ein hohles Wort erscheinen lassen, und die Regierung käme dann auf denselben Boden, auf den die Regierung Streeruwitz in einer Woche gekommen ist, sogar sehr bald.

Meine Herren! Wir Sozialdemokraten werden es abwarten. Wir können hier mit allem Nachdruck feststellen, daß wir unsere Pflicht im Dienste der Republik und im Dienste der Arbeiterklasse erfüllen werden. Sie mögen uns darob drohen, Sie mögen uns darob höhnen — das läßt uns alles vollkommen kalt. Wir fürchten uns nicht: weder vor der Heimwehr, mag sie so oder so beschaffen sein, wir fürchten uns auch vor keiner Regierung, mag sie auch, wie ich irgendwo gelesen habe, eine Regierung der eisernen Hand gegen uns sein, die man da gebildet hat. Wir sind gewohnt, solchen Dingen ins Auge zu

sehen. Die Arbeiterbewegung hat schon ganz andere Gegner überstanden (*lebhafter Beifall und Händeklatschen*) als die Herren, die heute glauben, das Rezept zur Abtötung des Sozialismus unbedingt und endgültig gefunden zu haben.

Meine Herren! Wir handeln getreu den Worten, die immer unsere politische Parole waren: wir lassen uns nicht einschüchtern und wir lassen uns auch nicht provozieren. Wir werden jederzeit das tun, was uns im Interesse der Arbeiterklasse und im Interesse der sozialistischen Idee, die wir vertreten, als das richtige erscheint. Meine Herren! In Hunderten von Versammlungen in den letzten Wochen und noch weiterhin sind die Menschen in diesem Staate, die uns angehören, zusammengetreten und hat die Arbeiterklasse in den letzten Wochen ihre Entschlossenheit bekundet, ihre Rechte zu verteidigen und das Recht dieser demokratischen Republik. Diese Bereitschaft der Arbeiterklasse ist da — rechnen Sie mit ihr und ziehen Sie daraus Ihre Konsequenzen. (*Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen. — Lebhafter Hochrufe. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Waber den Vorsitz übernommen.*)

Rundschaf: Hohes Haus! Als der erste Redner, der von den Mehrheitsparteien zum Worte kommt, halte ich es für meine Pflicht, zuerst dem Bundeskanzler und den Männern der neuen Regierung den besten Willkommgruß der Mehrheitsparteien zu entbieten (*lebhafter Beifall*) und daran den Wunsch zu knüpfen, daß die Ziele, die sich die Regierung gesteckt hat, von ihr mit eiserner Entschlossenheit verfolgt, vom Parlament mit aller Tatkraft unterstützt, zum ganzen Erfolge führen mögen (*lebhafter Beifall und Händeklatschen*), nicht wegen ihres Ruhmes in Gegenwart und Nachwelt, sondern weil Österreich solcher Arbeit und solcher Erfolge bedarf. (*Lebhafter Bravo!-Rufe.*)

Ich will die Gelegenheit aber auch benutzen, ein Wort ehrlich empfundenen Dankes an den abgetretenen Bundeskanzler Streeruwitz und dessen Mitarbeiter im gewesenen Kabinett auszusprechen. (*Lebhafter Beifall.*) Das Kabinett Streeruwitz war berufen, in einer Zeit, als der Ruf nach wirtschaftlicher Arbeit ging, als das Wirtschaftsproblem den Inhalt aller Erörterungen in diesem Hause und außerhalb desselben gebildet hat, wirtschaftliche Arbeit zu leisten, und es hat dieser Aufgabe auch entsprochen. Wenn die Tatsache besteht, daß das große Problem der Reform des Mietengesetzes, dem schier unübersteigbaren Mauern den Weg verlegten, nun doch zu einer Lösung gekommen ist, von der sich zeigt, daß sie nicht zur vollen, aber doch in weitem Umfange zur Befriedigung der beiden Interessenteile, der Mieter und der Hausbesitzer, geführt hat und daß darüber auch die Volkswirtschaftler ihre Freude empfinden dürfen, so ist das eine Leistung des Kabinetts Streeruwitz gewesen, für die es Dank

und Anerkennung verdient. *(Beifall.)* Um diese Leistung herum rankt sich eine Reihe von anderen wichtigen gesetzlichen Maßnahmen, und wenn heute — worauf ich noch später zurückkommen werde — davon gesprochen wurde, daß in den letzten neun Jahren eine Regierungspolitik der kapitalistischen Klassenherrschaft gegenüber dem Arbeiterstande geführt wurde, so darf ich als Arbeitervertreter doch rühmend hervorheben, daß der aus der Industrie, aus der werktätigen Arbeit hervorgegangene Bundeskanzler Streeruwitz auch während seiner kurzen Amtstätigkeit — ich erinnere nur an die Umstellung des Indexschlüssels in der Alters- und Invaliditätsversicherung — ehrlich mit den Arbeitern empfunden und für diese entschieden hat. *(Lebhafter Beifall.)*

Es ist vom Herrn Bundeskanzler dem hohen Hause in kurzen Sätzen — wie es anders in einer Regierungserklärung nicht sein kann — ein Programm vorgelegt worden, über dessen ernsten Inhalt wohl niemand in Zweifel sein kann, ein Programm, das sein Augenmerk den großen politischen Problemen, die unsere Tage erfüllen, zuwendet, aber darüber nicht übersieht, daß der Mensch, will er politisieren, zuerst leben muß, weshalb er das Haus mahnt, der wirtschaftlichen Arbeit zu gedenken und seine Kräfte derselben zu widmen.

Ich werde es unterlassen, über die einzelnen Punkte des Regierungsprogramms zu reden, aus einer — wenn Sie wollen — zeitökonomischen Erwägung heraus. Es hat nicht viel Sinn, in ernsten Zeiten über Worte zu streiten, unter Worten und Sätzen über Rangordnung Interpunktionen und Tonarten zu streiten. Worauf es ankommt, das will ich kurz aussprechen: Herr Bundeskanzler Schober, Ihre Worte haben wir gehört, frisch an, lassen Sie uns jetzt die Taten sehen! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Die Parteien, durch deren Stimmen das Kabinett zustande gekommen ist, sind entschlossen, diesem Kabinett zu folgen, nicht auf Grund dessen, was dieses Kabinett uns jetzt als Programm vorgelegt hat; unser Vertrauen und unsere Arbeitsgemeinschaft ist früher begründet worden: eben in dem Augenblicke, als wir uns entschlossen haben, diese Regierung zu wählen. Zuerst stand das Vertrauen. Wir haben dieses Vertrauen in die neue Regierung und wir werden es ihr beweisen bei allen Anlässen, wo sie eines solchen Beweises bedarf. *(Zustimmung.)* Ob die Regierung das politische Moment in ihrem Programm stärker oder weniger stark unterstreichen hätte sollen, ob das wirtschaftliche Moment entschiedener hätte hervorgehoben werden sollen, ob da detaillierter aufgeführt hätte werden sollen, was die Regierung für jeden einzelnen Stand bereit hat, ob die Regierung mit ihrer Erklärung gewissermaßen einen Richtungsstand auf der Regierungsbank hätte aufrichten sollen, das ist es nicht, was uns in diesem Augenblicke bewegt, sondern die Überzeugung, daß

es der Regierung an Sachkenntnis und gutem Willen nicht fehlt und daß sie in jedem Augenblicke das für diesen Augenblick Notwendige erkennen und es mit Entschiedenheit und Eifer durchzusetzen sich bemühen wird.

Ich könnte mit diesen wenigen Feststellungen eigentlich meine Ausführungen zur Programmrede des Herrn Bundeskanzlers schließen und auch er könnte mir sagen: „Danke, Künnschaft, der Worte sind's genug, jetzt laßt auch Ihr Euerseits die Taten sehen!“ Aber es ist nun einmal so im Leben, daß der Ruhigste nicht friedlich sein kann, wenn's dem bösen Nachbarn nicht gefällt und der Vertreter dieses bösen Nachbarn war vor mir auf der Rednertribüne und hat seine Ausführungen mit einer Anklage gegen die bürgerlichen Parteien begonnen, die angeblich den Staat vollständig desorganisiert, so hergerichtet haben, daß sie jetzt verzweifelt um Hilfe zu schreien genötigt sind und diese Hilfe beim Bundeskanzler Schober suchen müssen. So ist das natürlich nicht. In Wirklichkeit ist dieser Staat aus dem Stadium der Desorganisation in das Stadium der Organisation erst durch die Mehrheitsparteien herübergeführt worden. *(Lebhaftes Zustimmung und Händeklatschen.)* Daß diese Organisation noch nicht in allem und jedem entspricht, wird zugegeben. Das ist ja der tiefere Sinn der Wahl der Regierung Schober, daß wir jetzt in etwas schnellerem Tempo zu einer Organisation des Staates kommen, die uns ganz befriedigt, die schon stets unser Ziel war, aber doch noch in weiter Ferne gelegen hat. Die Desorganisation ist eigentlich des Staates Wiegen- geschenk; denn dieser Staat ist nicht das Werk einer organischen Entwicklung, sondern das Kind eines Zusammenbruchs, einer Umwälzung, die von äußeren und inneren Faktoren, von einer langen Vergangenheit vorbereitet, von einer bösen Gegenwart in die Tat umgesetzt worden ist. Daß dieses Staatswesen desorganisiert war und daß man sich bemühen mußte, diesen Staat zu organisieren, das wird nicht bestritten. Das die Organisation des Staates da ist, kann auch nicht bestritten werden und bloß der Umstand, daß an der Organisation des Staates die Sozialdemokraten nur etwas über ein Jahr konstruktiv und dann neun Jahre destruktiv Anteil genommen haben *(lebhaftes Zustimmung und Händeklatschen)*, gibt Ihnen nicht das Recht, heute zu sagen, daß dieser Staat desorganisiert sei.

Herr Dr. Danneberg meinte auch, die Regierung Schober sei in Gefahr, eine Klassenregierung zu werden, weil sie an das anknüpft, was bisher die Klassenregierungen geschaffen haben, und weil sie von den Trägern dieser Klassenregierungen, den Mehrheitsparteien, gewählt worden ist.

Der Herr Bundeskanzler hat sich mit der Frage Klassenregierung und was da drum und dran hängt, nicht beschäftigt, aber ein Wort seiner Erklärung hat auch der Herr Vorredner selbst herausgegriffen, und in diesem Worte liegt das Kredo des Bundeskanzlers: für das Volksganze! (*Lebhafte Zustimmung.*) Eine Regierung mit einem solchen Glaubensbekenntnis, mit dem Willen, für das Volksganze zu arbeiten, ist gegen den Pestbazillus des Klassenkampfes und Klassegeistes so immunisiert (*lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen*), daß ich glaube, ohne weiteres in der Lage zu sein, den Herrn Dr. Danneberg von der Sorge, das Kabinett Schober könnte eine Klassenregierung werden, zu befreien und diese Sorge auf mich zu übernehmen. (*Neuerlicher Beifall.*)

Die Regierung Seipel soll eine solche Klassenregierung gewesen sein? Auch das ist, gelinde gesagt, der Versuch einer Geschichtsfälschung. Darf ich darauf verweisen, daß an dem Tage, als von hier oben mit einer Geste nach unten gesagt wurde: Sie, Herr Prälat, gehören nicht dorthin, sondern da herauf, ein Klasseninteresse überhaupt nicht mehr in Frage gestanden ist (*So ist es!*), sondern das Leben dieses Staates und dieser Volksgemeinschaft. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Damals hat der Bundeskanzler Seipel durch sein Werk diesem Staat das Leben gerettet und damit den Akt gesiegt, auf dem alle Klassen dieses Staates sitzen, also auch das Leben der Arbeiter in diesem Staate gerettet und ermöglicht. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) An dieser historischen Wahrheit zerschellt der Vorwurf, daß Seipel eine Klassenregierung geführt hat, von selber in tausend nichtige Scherben. (*Sehr richtig!*)

Vergessen wir aber nicht, daß diese eine Tat nicht die einzige ist. Es ist wohl notwendig, festzustellen — ich habe es schon einmal von dieser Stelle aus getan —, daß wir nun seit mehr als acht Jahren eine sogenannte bürgerliche Regierungsform in unserer Republik haben, und trotzdem hat der Tätigkeit dieser bürgerlichen Regierungspolitik im großen Umfange die Sorge und die wirkliche Tat für die Arbeiterschaft, für den Arbeiterstand den Inhalt gegeben. (*Lebhafter Beifall.*) Man braucht nur die österreichischen Gesetzesbücher aus dieser Zeit aufzuschlagen; man braucht die Gesetze gar nicht anzusehen, sondern sich nur im Index selbst zu bewegen, und man wird finden, was in dieser Zeit für den Arbeiterstand geschaffen und gerettet wurde. Als eine der größten Errungenschaften wird der Achtstundentag mit Recht gefeiert, und soweit ein Anteil der Sozialdemokraten hierbei in Betracht kommt — und ich bin weit entfernt, ihn verkleinern zu wollen —, soll dieser Anteil rückhaltlos anerkannt werden. Aber daß es in Österreich noch einen unversehrten Achtstundentag

gibt, obwohl Bestrebungen genug am Werke sind, ihn zu durchlöchern und zu beschneiden, daß es ihn noch gibt, obwohl in Deutschland Hunderttausende von Arbeitern des Achtstundentages entbehren müssen und unter einem Neun- und Zehnstundentag zu arbeiten haben, trotzdem draußen die Sozialdemokraten seit Jahren die Geschicke des Staates leiten, das ist das Werk der sogenannten Klassenregierungen und dieses hohen Hauses. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Die großen Fortschritte auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und unserer Arbeiterschutzgesetzgebung sind — das werden die Herren nicht bestreiten können — Gegenstand des steten Hinweises der Arbeiter- und Angestelltenagitation im Deutschen Reiche mit dem Verlangen, es draußen so zu machen, wie es bei uns ist. Wir, wirtschaftlich und finanziell genommen, ein Bettelstaat, wir haben anderen, reichen Staaten eine Musterkarte der Sorge für die Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung, auf dem wir lange Zeit in bösem Rückstand gewesen sind, ist all der Rückstand aufgeholt worden in der Zeit der sogenannten Klassenregierung, und in einzelnen Belangen der Sozialversicherung sind wir anderen Staaten, die uns früher voraus waren, bereits vorgekommen. An diesen Tatsachen gemessen, ist man berechtigt, festzustellen, daß kaum je ein Vorwurf so unberechtigt war wie der, daß bisher in Österreich eine Klassenregierung geherrscht hat, und es ist nichts fernerliegend, als daß aus der behaupteten Tatsache heraus ein Bazillus auf das Kabinett Schober rückwirken und es auch zu einem Klassenkabinett, zu einer Klassenregierung machen könnte.

Ich darf noch ein Drittes feststellen: das ist ein Übermaß von Unbescheidenheit auf der Seite, die in diesem hohen Hause die Opposition darstellt, und ein Übermaß von Unbescheidenheit des Herrn Vorredners, der da meinte, Sozialdemokratie und Arbeiterschaft seien idente Begriffe. Das Willen, in dem eine solche Behauptung Glauben finden konnte, ist längst vorbei, längst. Sie sind zu dem Ruhm — wenn es einer ist —: Sozialdemokratie und Arbeiterschaft ist eins, nicht durch die gegebenen Tatsachen, nicht durch die Willensäußerung der Arbeiterschaft gekommen, sondern durch die Borniertheit des Bürgertums, die einmal Arbeiterschaft und Sozialdemokratie als idente Begriffe bezeichnet hat. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Hätten frühere österreichische Regierungen, die glaubten, das Beispiel Bismarcks nachahmen zu müssen, sich nicht auf den Irrtum eingelassen, die Sozialdemokraten treffen zu wollen und dabei die Arbeiter zu prägen, dann wären Sie nie dazu gekommen zu sagen: Arbeiterschaft und Sozialdemokratie sind idente Begriffe. (*Sehr richtig!*) Aber diese — wie soll ich sagen — traurige Periode in der Denkart österreichischer bürgerlicher Politik ist vorüber; man

hat bereits gelernt, zwischen Arbeiterschaft und sozialdemokratischer Partei zu unterscheiden (*Sehr richtig!*), vielleicht noch immer nicht in ausreichendem Maße, was nur Ihr Vorteil ist, aber man ist doch auf dem Wege, zwischen Arbeiterschaft und Sozialdemokratie zu unterscheiden.

Es ist seither noch etwas anderes geschehen: Es gibt so etwas wie eine christlichsoziale Arbeiterorganisation; auch eine nationale Arbeiterorganisation und es gibt noch ein Viertes, das wir gemeinsam bedauern mögen: eine große Masse von Arbeitern, die noch ganz im Indifferentismus drinnen stecken und weder von den einen noch von den anderen etwas wissen wollen. Die Tatsache, daß es Arbeiterorganisationen gibt, die nichts mit der Sozialdemokratie gemein haben, die im klarbewußten Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei stehen, die Tatsache, daß diese Arbeiterorganisationen über viele Zehntausende von Mitgliedern verfügen, auch diese Tatsache bestätigt, wie unbescheiden es ist, am heutigen Tage noch zu behaupten, Sozialdemokratie und Arbeiterschaft seien identische Begriffe.

Ich darf schließlich sagen und bitte, mir deswegen nicht gram zu sein, wenn ich mich da auf das Gebiet der politischen Spekulation begeben, das in der letzten Zeit von Ihnen so ausgiebig begangen wurde, es hat eine Zeit gegeben, wie soll ich sagen, Ihr Heldenzeitalter, wo Sie noch die Partei des klaffenbewußten Proletariats gewesen sind, wo Sie selber noch Wert darauf gelegt haben, nur Arbeiterpartei zu sein. Darüber sind Sie schon längst hinweggekommen (*Heiterkeit und Beifall*), und wenn ich mich der heutigen Redeweise des Herrn Dr. Danneberg bedienen darf, könnte ich sagen: Sie sind heute so weit, daß Sie nur mehr den Stimmzettel sehen, sonst aber graust Ihnen vor gar nichts. (*Heiterkeit und Beifall.*) Der „verrottete Spießker“ in der Gestalt des Schustermeisters, des Scheidermeisters u. dgl., dieser „verrottete stumpfsinnige Spießker“ ist Gegenstand Ihrer fortgesetzten Liebesbewerbungen geworden (*Heiterkeit*) und der Bauer auf dem flachen Lande draußen dergleichen. Daher können Sie auch unter dem Gesichtswinkel der Klarheit Ihres Zieles, Ihres Programms und Ihrer Agitation nicht mehr sagen: Sozialdemokratie und Arbeiterschaft seien ein identischer Begriff.

Hier, in diesem Hause, ist durch Jahre hindurch keine Klassenpolitik gemacht worden, sondern Volkspolitik. Ich kann Ihnen erklären: an dem Tage, an dem ich erleben mußte, daß hier wirklich ernste Versuche zu einer Klassenpolitik im Sinne einseitiger bürgerlicher Interessenvertretung gemacht würde und ich nicht die Kraft hätte, solche Versuche zu unterdrücken, würde ich diesem Hause enttäuscht und beschämt ade sagen. Ich glaube aber, sagen zu dürfen, es ist keine Klassenpolitik betrieben worden und es wird keine Klassenpolitik betrieben werden. Dafür

bürgt auch die Tatsache, daß in den Mehrheitsparteien Vertreter aller Stände, Vertreter auch der Arbeiterschaft sitzen, die immer wieder darauf sehen werden, daß die Arbeit dieses Hauses in ihrem Ziel und in ihrem Erfolg nur dem Volksganzen dienstbar sei. (*Beifall.*)

Es wurde gesagt, daß die Arbeiterschaft in einen Gegensatz zum Staate gedrängt worden ist. Soweit dies wahr ist, muß es wirklich aufrichtig bedauert werden; soweit dies wahr ist, tragen aber die Verantwortung Sie von der linken Seite dieses hohen Hauses. (*Sehr richtig!*) Sie, die jede Sorge und jede gute Tat dieses Staates zugunsten der Arbeiter verleugnen und herabwürdigen, Sie haben diese Stimmung erzeugt. Und noch mehr: Sie haben diese Stimmung gefördert, nicht nur in Ihren eigenen Kreisen, in Arbeiterkreisen, sondern über diese weit hinaus dadurch, daß Sie es förmlich als Ihre Lebensaufgabe und den Triumph Ihrer politischen Einsicht betrachtet haben, diesem Hause die Arbeit so schwer als möglich und eventuell auch ganz unmöglich zu machen. (*Sehr richtig!*) Und wenn heute aus der Regierungserklärung der Ruf nach einem Notverordnungsrecht ertönt, auch dieser Gedanke leitet seine Herkunft von Ihrem Verhalten ab. (*Sehr richtig!*)

Es ist nicht eine Laune der Mehrheitsparteien, nach einem Notverordnungsrecht zu rufen, oder, wie Sie etwa glauben, die teuflische Absicht, durch ein solches Notverordnungsrecht das Parlament zu entrechten, dieses Verlangen ist die Reaktion auf Ihre stete Behinderung der Arbeitsfähigkeit dieses Hauses (*lebhafter Beifall*), und zwar eine Reaktion, die so stark an das Gewissen der Mehrheitsparteien greift, daß sich diese fragen müssen, ob sie es noch verantworten können, mit verschränkten Armen der Behinderung der Arbeitsfähigkeit des Nationalrates überhaupt und im besonderen in so böser und nach Arbeit so dringend heischender Zeit zuzusehen. (*Lebhafter Zustimmung.*) Glauben Sie mir, ich bin kein Freund des Notverordnungsrechtes; früher nicht gewesen, als dieses Notverordnungsrecht sich auf einen § 14 stützte, heute nicht, wo sich in der Wiener Gemeindefutube dieses Notverordnungsrecht auf den § 93 stützt. (*Rufe: Höri! Höri!*) Aber ich könnte hier sagen: was dem einem recht ist, ist dem andern billig. Und wenn auf den Unterschied verwiesen wird, daß es sich im Gemeinderat eventuell um die Erbauung eines Wohnhauses handelt, was in den Ferien auf Grund des § 93 vom Bürgermeister erledigt wird, hier aber handelt es sich um Gesetze, so muß ich sagen, daß diese Gegenüberstellung sehr schlecht gewählt ist. Ob ein Haus um vier Wochen früher oder später gebaut wird, das kann sich ungünstig auswirken in der Schlußabrechnung der Baukosten oder auch in der Beendigung des Wohnungselends von soundso viel Parteien; ob aber Gesetze

gemacht werden, ob sie überhaupt gemacht werden, ob sie rechtzeitig gemacht werden, das ist nicht eine Frage des Budgets, nicht eine Frage der Rücksichtnahme auf einen kleinen Kreis von Wohnungsbewohnern, das ist eine Frage des Ansehens, die Würde dieses Hauses und der Regierung, das ist eine Frage, die unter Umständen von den schwersten Auswirkungen sein kann. Und eben, weil es sich hier um Gesetze handelt, und eben deswegen, weil jetzt kein Korrelat gegeben ist, über dem Parlament der Träger der Krone, eben deswegen, weil wir in einer Demokratie leben, und eben deswegen, weil wir diesen Nationalrat zum Souverän der Republik erhoben haben, eben deswegen muß der Regierung in Vertretung und Wahrung der Interessen dieses Staates das Recht der Notwehr gegeben werden gegen Übermut und Gewissenlosigkeit bei der Ausübung der parlamentarischen Rechte. *(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)* Dafür, daß dieses Notverordnungsrecht keine Handhabe bieten darf zur Aufrichtung eines Regierungsabsolutismus, haben wir volles Verständnis. Wenn ich mich heute zur Schaffung eines Notverordnungsrechtes bekenne, so nur zu dem Grundsatz. Das Gesetz selber wollen wir uns noch ansehen, und wir werden uns dann äußern, ob wir glauben, das Gesetz mit unserem demokratischen Empfinden und mit der Verantwortlichkeit für die Rechte des Nationalrates vereinbaren zu können.

Es ist davon gesprochen worden, daß die Rechte der Polizei wiederhergestellt werden sollen, und das ist so bagatellisiert worden mit dem Beispiel von den Beamten: Der Vorstellung im Burgtheater hat früher ein Polizeibeamter in Uniform beige-wohnt und jetzt, Herr Bundeskanzler Schober, wohnt ihr ein Magistratsbeamter bei, in einer etwas feierlicheren Uniform, als Sie sie Ihren Beamten gegeben haben. *(Heiterkeit.)* Der Uniformierungstaumel hat seinen Einzug bereits in den Wiener Magistrat gehalten, und wie die Polizei geräuspert und gespuckt, der Hartl hat es glücklich abgeguckt. *(Heiterkeit.)* — *Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Aber das wäre wirklich das wenigste, wirklich nichts Weltererschütterndes, ob ein Polizeibeamter in der staatlichen Uniform oder ein Magistratsbeamter in der Gemeindeuniform im Theater sitzt, das würde es nicht rechtfertigen, auch nur eine Minute der Zeit dieses hohen Hauses dafür zu verwenden. Herr Dr. Danneberg hat eben den Kern der Sache übersehen. Die Frage, ob die Kinogesehgebung durch die Landtage oder durch die Gesetzgebung des Bundes geregelt werden soll, die haben Sie hervorgerufen und in den Vordergrund geschoben. Wie es einmal einen Menschen gab, in dessen Händen alles zu Gold wurde, so gibt es jetzt eine Rathaus Herrschaft, in deren Händen alles zum Parteizweck wird. *(Sehr richtig!)* Sie haben ein

Kinogeseh geschaffen, wir haben Sie gewarnt, es in diesem Sinne zu machen, ein Gesetz, das radikal zugreift und sämtliche früher ausgegebenen Kinolizenzen für ungültig erklärt und dann an ihrer Stelle neue Lizenzen ausgibt, jedoch nur für die Dauer eines Jahres. Schon rein geschäftlich betrachtet, ist die Unsinnigkeit und Unmöglichkeit eines solchen Vorgehens klar. Was ist denn das für ein Zustand, wenn jemand sich eine Existenz aufrichten und sein Geld in eine Unternehmung investieren soll, zu der ihm am 31. Dezember des laufenden Jahres durch Verweigerung der Konzessionsverlängerung die Berechtigung entzogen wird? Nein, so engstirnig sind Sie nicht, daß Sie die Unsinnigkeit dieses Gesetzes vom geschäftlichen Standpunkt nicht einsehen, aber Sie haben etwas anderes im Auge: Der Mann, der sich eine Existenz aufbaut und sein Geld investiert im Bewußtsein, daß es damit am Ende des Jahres aus sein und er sich alles auf den Buckel nehmen und davongehen kann, wie die Dirne vom Tanz, der ist ein gehorsamer Diener derer, die über seine Existenz zu verfügen haben. *(Lebhafte Zustimmung.)* Das aber ist kein Rechtszustand... *(Seitz: Wie war es denn früher?)* Früher hat er die Lizenz bekommen, und nur wenn er sich irgend etwas in seinem Betriebe gegen die Gesetze zuschulden kommen ließ, dann wurde ihm, aus bestimmten Gründen, die Lizenz entzogen. *(Seitz: Nein, er hat sie befristet bekommen! Sie tun ja, wie wenn Sie gar kein Wiener wären!)* Auch befristet. *(Seitz: Nein!)* Auch, aber niemals generell und niemals auf die Frist eines Jahres. *(Seitz: Generell! Schauen Sie nach!)* Ich habe mich dieser Aufgabe schon früher unterzogen, und ich weiß ja, was Sie diesbezüglich an uns selbst geleistet haben. Ich erinnere daran, daß Ihnen das Gesetz die Macht gegeben hat, einer Reihe humanitärer Institute, die unserer Partei angehört haben, die Konzession zu entziehen und sie sozialdemokratischen Organisationen zu verleihen. *(Lebhafte Zustimmung und Beifall.)* — *Seitz: Nur Sie sollen sie haben? Unsere sollen keine haben? Das täte Ihnen gefallen! Dazu sind wir nicht eine Zweidrittelmehrheit, daß nur Sie Konzessionen haben!)* Nein, aber Sie sind eine Zweidrittelmehrheit, um gegenüber der angeblich verlotterten bürgerlichen Moral zu zeigen, daß die Ihrige besser ist, Sie ist es aber nicht! *(Seitz: Wir haben es daher allen Parteien gegeben!)* Sie haben es nicht allen Parteien gegeben, Herr Bürgermeister! *(Seitz: Ihnen und uns!)* Nein. *(Zwischenruf Seitz.)* Nehmen Sie es weg! Das werden Sie auch noch fertigbringen. Ich halte mich überzeugt, daß Sie das auch noch fertigbringen.

Die Handhabung des Gesetzgebungsrechtes zur Förderung eigensüchtiger Parteiinteressen ist es, die dazu geführt hat, den Ruf laut werden zu lassen, das Kinogesehgesetz dem Lande Wien

zu entziehen. Diese Forderung ist nur auf Wiener Boden entstanden; warum nicht auch in Niederösterreich, in Steiermark, in Tirol und anderen Ländern? Eben deshalb, weil sie das Recht für parteipolitische Zwecke mißbraucht haben. Um eine unparteiische Handhabung der Gesetzgebung zu gewährleisten, daher der Ruf nach Änderung der bisherigen Kompetenzen, nach Wiederherstellung der Polizeikompetenz, wie sie bis 1925 bestanden hat. (Seitz: Es sollen es also wieder nur die christlichen Organisationen erhalten? Das werden Sie in Wien nicht erleben!) Nein, wir wollen auch gar nicht, daß sie nur uns gegeben werden, aber wir wollen die Sicherheit haben, daß die Möglichkeit, daß Sie uns nicht gegeben werde, behoben werden. (Seitz: Haben Sie welche oder haben Sie keine?) Haben Sie welche oder haben Sie keine, so steht die Frage nicht... (Seitz: Alle haben sie nicht, weil wir Ihnen einen Teil weggenommen haben, um sie auch anderen zu geben!) So steht die Frage nicht, ob wir welche haben oder keine, die Frage steht so, wieviel haben Sie uns und anderen Zwecken entzogen und haben sie nur Ihren Parteizwecken zugeführt... (Seitz: Die bis dahin gar keine gehabt haben!) Der Herr Bürgermeister wünscht, daß wir den Wiener Gemeinderat herüberverlegen — gut: ich kann auch diesem Wunsche entsprechen. Schauen Sie sich Ihre Kioske für Trafiken an! Heute habe ich wieder einen Brief bekommen. Beim Bauamt im XIII. Bezirk ist einem Bewerber gesagt worden: Bevor wir überhaupt davon reden, ob Ihnen ein Platz zur Errichtung eines Traffikkioskes gegeben wird, müssen Sie uns die Zusage von dem Invalidenverband bringen. Das heißt also: die Vergebung der Plätze liegt beim sozialdemokratischen Invalidenverband und nicht beim Magistrat. (Lebhafter Beifall und zahlreiche Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Waber: Ich bitte, die Verhandlungen nicht zu stören. Das Wort hat der Herr Abg. Runschak.

Runschak (fortfahrend): Es ist auch vom Antiterrorgesetz die Rede gewesen. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Erklärung eigentlich nicht vom Antiterrorgesetz gesprochen, sondern einen neuen Terminus gewählt: Schutz der Arbeitsfreiheit. Herr Dr. Otto Bauer wird an dem Herrn Bundeskanzler seine Freude haben (Dr. Bauer: Nein! — Heiterkeit), denn zuerst habe ich diesen Terminus in einer Rede des Herrn Dr. Bauer gefunden. Wir ist es natürlich ganz gleichgültig, unter welchem Titel über diese Frage geredet wird. Wenn der Herr Bundeskanzler die Absicht hat, statt des Antiterrorgesetzes ein Gesetz zum Schutze der Arbeitsfreiheit zu schaffen, so bin ich auch damit einverstanden. Was wir, die Mehrheitsparteien — die bürgerlichen Parteien, wie Sie es nennen — wollen, ist ja nichts anderes als die Arbeitsfreiheit, die Freiheit, einen Arbeits-

posten zu erlangen, einen Arbeitsposten zu übernehmen, einen Arbeitsposten zu behalten, ohne Rücksicht auf die politische, nationale und religiöse Gesinnung. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Rufe: Vaugoin!

— Dr. Deutsch: Sie meinen den Vaugoin! Sie wollen den Vaugoin kritisieren, da haben Sie recht!) Es gibt für die Lösung dieser Probleme auch andere Möglichkeiten, außerparlamentarische Möglichkeiten. (Seitz: Daß der Vaugoin geht, wäre die beste Lösung!) Ich kann mir zum Beispiel vorstellen, daß, wie in Deutschland, es auch bei uns anerkannter Grundsatz mit der Wirksamkeit eines Gesetzes werde, kein christlicher Arbeiter darf wegen seiner Zugehörigkeit zu einer christlichen Gewerkschaft bedroht und entlassen werden. (Zwischenrufe.) Die sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands und ebenso die christlichsozialen Gewerkschaften haben sich zu dem Grundsatz der Arbeitsfreiheit vollständig durchgerungen und für Sie ist die Frage eines Antiterrorgesetzes eine solche, die Sie mit Kopfschütteln beantworten. Ja, Deutschland ist halt etwas anderes. Die Mentalität der deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften ist eine andere als die der unsrigen. Es wäre ja eines demokratischen Gemeinwesens, in dem die Demokratie nicht Schlagwort ist, viel würdiger, solche Fragen nicht im Wege der Gesetzgebung regeln zu brauchen, weil sie im Bewußtsein des ganzen Volkes bereits geregelt sind. (Beifall.) Aber solange das nicht der Fall ist, muß über diese Frage geredet werden. Es gibt eine zweite Möglichkeit, die Möglichkeit, diese Materie in das Strafgesetz einzubauen, und es gibt schließlich die dritte Möglichkeit, ein Gesetz über die Arbeitsfreiheit zu schaffen. Aber was unmöglich ist, das ist, den gegenwärtigen Zustand zu ertragen, den Zustand, daß die christlichsozialen und nationalen Arbeiter und Angestellten als Freiwillige der sozialdemokratischen Gewerkschaften erklärt werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Hohes Haus! Wir haben eine neue Regierung, eine Regierung, die neue Wege aufzeigt und zu gehen entschlossen ist, wir stehen aber vor der alten Aufgabe: Erfüllung, gewissenhafte Erfüllung unserer Pflichten als Nationalräte, also den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes unser Ohr zu leihen, ihnen unser Herz und unsere ganze Arbeitsfreudigkeit zu widmen. Auch diese Erklärung wollen wir heute als Mehrheitsparteien — ich im Namen der christlichsozialen Partei — abgeben.

Lassen Sie mich, verehrte Herren, schließen mit dem einen Sage: Wenn durch die Person des Herrn Bundeskanzlers und die des Herrn Vizekanzlers der Anschein hervorgerufen werden könnte, als ob an der Spitze der Staatsverwaltung das Brachium stünde, so würde dies keinesfalls bedeuten, daß nun eine Ära der Gewaltpolitik zu gewärtigen sei, wohl aber möge darin die Befundung des ernsten und unbeugsamen Willens erblickt werden, den Weg frei-

zulegen und freizuhalten zur sozialen Befriedung, zur wirtschaftlichen Gesundung und zur seelischen Beglückung des ganzen österreichischen Volkes. (*Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Redner wird vielseitig beglückwünscht.*)

Dr. Botawa: Hohes Haus! Wir sind in den letzten Tagen und Wochen Zeugen einer Entwicklung in Österreich gewesen, die in einem Tempo vor sich ging, wie wir es eigentlich kaum in einer Zeit, in der sonst die Sommerruhe herrscht, zu erwarten gehabt hätten. Meine verehrten Herren und Frauen! Wenn wir überblicken, was sich in den letzten Wochen abgespielt hat, wenn wir heute als vorläufiges Ergebnis dieser Entwicklung eine Regierung hier im Hause begrüßen können, die uns ein Programm vorlegt, das zugleich auch mit dem Ziele einer großen Volksbewegung übereinstimmt, die in der Programmrede des Herrn Bundeskanzlers auch genannt worden ist, wenn wir sehen, daß in dieser Programmrede Ziele aufgestellt werden, welche heute Gemeingut eines ganz gewaltig großen Teiles unserer Bevölkerung sind, auch solcher Teile der Bevölkerung, welche sich durch viele Jahre indifferent, gleichgültig den politischen Verhältnissen in unserem Staate gegenüber verhalten haben, so haben wir als Nationalrat die Pflicht, uns mit diesen Dingen unter allen Umständen auseinanderzusetzen. Wenn wir nicht die Ereignisse einfach an uns vorbeiziehen lassen wollen, ohne in sie einzugreifen, so haben wir die Pflicht und Schuldigkeit, uns mit diesen Dingen auch geistig auseinanderzusetzen, damit wir sie begreifen können als Bestandteil einer größeren Entwicklung, die nicht nur in unserem Vaterlande vorhanden ist, sondern die sich in ähnlichen Erscheinungen auch in einer Reihe anderer europäischer Staaten abspielt. Ich erinnere daran, daß das Wort von einer Krise des Parlamentarismus seit Jahren in der Öffentlichkeit einer Reihe von europäischen Staaten ein durchaus ernst erörterter Gegenstand ist, daß sie der Gegenstand von Beratungen auf interparlamentarischen Unionstagungen war, daß sie eine Flut von Schriften hervorgerufen hat — also gewiß ein Fragenkomplex, der unsere Beachtung verdient. Wenn wir genauer nach den Zielen der Heimwehrbewegung sehen, von der heute schon so viel die Rede war, so werden wir in ihnen zu einem guten Teil eigentlich nichts anderes widergespiegelt finden als diese Krise des Parlamentarismus. Es heißt gegen den Strom kämpfen, wenn man sich auf irgendeiner⁷ Seite dieses Hauses, wie es auch aus der Rede des Herrn Abg. Dr. Danneberg herausgeklungen hat, dagegen stemmen wollte. Der schlagendste Beweis dafür, daß man dieser Bewegung nicht mit Erfolg entgegenzutreten kann, ist die Tatsache, daß wir eigentlich schon einen ganz gewaltigen Erfolg dieser Bewegung, und zwar in zweifacher Richtung, zu verzeichnen haben: in der Form des Programms, das uns heute

die Regierung vorlegt, und in der Entstehung dieser Regierung. Denn wir dürfen uns nicht der Tatsache verschließen, daß sich die Bildung der Regierung Schober in den letzten 48 Stunden in einer anderen Weise vollzogen hat als die Bildung der Regierungen des letzten Jahrzehnts, — eine Tatsache, die ich mit zwei Merkmalen festlegen will: mit der Tatsache, daß es eine Regierung geworden ist, die, nicht etwa aus Zufälligkeiten, den einen oder andern Nichtparlamentarier in sich aufgenommen hat, sondern die bewußt und mit der Absicht des Herrn Bundeskanzlers zur Hälfte aus Parlamentariern und zur Hälfte aus Nichtparlamentariern gebildet wurde, und der zweiten Tatsache, daß der Kanzler bewußt darauf ausgegangen ist, die Parlamentarier, die in das Kabinett eintreten, zu berufen und nicht der bloßen Präsentation der Parteien zu überlassen. Halten Sie sich diese zwei Merkmale vor Augen, und Sie werden erfassen, daß das zwei aus der geistigen Bewegung, wie sie den Zielen der Heimwehr zugrunde liegt, sich ergebende Erscheinungen sind, die wir hier zu verzeichnen haben. Sie haben im letzten Grunde zur Ursache, daß in den Köpfen, Meinungen und Stimmungen eines großen Teiles unserer Bevölkerung nicht mehr der Gedanke der unbedingten Souveränität dieses Nationalrates vorhanden, sondern dieser Begriff vielfach geschwunden ist. Man mag das bedauern oder nicht — als aufrechte Männer und Frauen haben wir die Pflicht, zu sagen, wieso und warum es dazu gekommen ist.

Diese Krise des Parlamentarismus, meine verehrten Frauen und Herren, geht schließlich darauf zurück, daß, wie ich kurz sagen will, die Blütezeit des Parlamentarismus, die vor 60 Jahren begonnen hat, eigentlich vorüber ist, daß wir beim absteigenden Ast dieser Entwicklung stehen, daß man heute darüber hinweggekommen ist, sich einzubilden, daß mit der Tatsache der Demokratisierung, mit der Annahme, daß das Parlament der oberste Souverän ist, damit auch schon auf die Dauer die Ordnung des Staates und das Wohlergehen der Bevölkerung gesichert ist.

Der Begriff eines souveränen Parlaments ist schließlich der Ersatz für die Souveränität der Monarchen gewesen, und wenn an die Stelle des einzelnen Monarchen das Parlament mit seiner Souveränität getreten ist, so erlebt dieses Parlament nach meiner Meinung jetzt die Phase einer Übergangsentwicklung. Professor Willy Hellpach, ein bekannter Gelehrter und Politiker im Reiche, hat vor einiger Zeit erklärt: Wir kommen jetzt in eine Zeit, in der das Parlament zum Konstitutionalismus übergehen muß, so wie seinerzeit die großen Herren und absoluten Monarchen zum konstitutionellen Monarchismus übergegangen sind. Wir sind meiner Auffassung nach mitten in dieser Zeit des Übergangs. Auch das Parlament muß sich erst wieder Organe schaffen, so wie sich die absoluten Monarchen

seinerzeit, um weiter regieren zu können, ihre Organe schaffen mußten. Und dieses absolute Parlament, das heute noch in unserer Verfassung verankert ist, geht wirklich daran, sich, und zwar via facti, möchte ich angesichts der Bildung dieser Regierung sagen, diese Hilfsorgane des souveränen Parlamentarismus langsam auszubilden.

Ich erinnere sie nur an die Programmpunkte, die heute schon erörtert wurden und von denen ich sagen kann, daß sie zum größten Teil Gemeingut meiner Parteigenossen seit Jahr und Tag sind. Eine gemeinsame Auffassung, die sich, wie ich feststellen kann, so fest seit Jahr und Tag in meiner Partei verankert hat, daß ich sagen kann, wir befinden uns da in Gegensatz zu manchen, die in allerletzter Zeit erst plötzlich ihr Interesse für Verfassungsänderungen für Wahlrechtsänderungen u. dgl. unter dem Druck und der Entwicklung einer Bewegung entdeckt haben, der wir geistig ganz parallel gegangen sind, so daß wir uns heute nicht den Vorwurf zu machen haben, daß wir nicht vorausgesehen hätten, daß diese Entwicklung notwendig geworden ist. Wenn wir Großdeutschen das von uns sagen können, so kann ich auch ruhig weiter sagen, wir haben auch diese Hilfsorgane, die notwendig sind, um diesen Parlamentarismus zu stützen und für die Zukunft weiter zu stärken, vorausgesehen.

Wir gehen daran, die Rechte und die Stellung des Bundespräsidenten auszugestalten. Wir haben bei der Gründung dieses Staates und bei der Ausarbeitung unserer Verfassung gemeint, daß es genüge, eine Scheinfigur an die Spitze des Staates zu stellen, die nur zu repräsentieren brauche. Es ist heute die Überzeugung, daß wir an der Spitze des Staates eine wirkliche Persönlichkeit, mit Machtmitteln ausgestattet, brauchen als ein Hilfsorgan also dieses souveränen Volkes, das im Nationalrate verkörpert ist.

Ich erinnere sie ferner daran, wie notwendig es geworden ist, gewisse Kreise, gewisse Schichten der Bevölkerung zur Geltung zu bringen in einer Form, die ihnen das allgemeine Wahlrecht und diese formale Demokratie, nicht ermöglicht. Ich erinnere sie daran, daß wir längst vorgeschlagen haben und daß es auch in der Regierungserklärung angekündigt ist, in irgendeiner Form die wirtschaftlichen, die berufsständischen Kreise zu Wort kommen zu lassen, weil das allgemeine Wahlrecht diese Kreise kraft des reinen Kopfszahlensystems nicht in entsprechender Weise zur Geltung kommen läßt. Und wenn wir auch weit davon entfernt sind, uns vorzustellen, daß eine solche zweite Kammer, oder wie immer sie genannt werden wird, etwa gleichberechtigt und gleichgestellt sein kann dem Nationalrat, so kommen doch durch eine solche zweite Kammer jene Kreise zum Worte, gewissermaßen dem souveränen Volk in seiner Ausdrucksform des Nationalrates zu Hilfe. Ich erinnere auch daran,

daß wir in den letzten Jahren auch nach einer andern Richtung gelernt haben, etwas zu beachten, was eine Zeitlang in weniger großer Achtung in den Augen der Politiker angeblich reiner demokratischer Fassung gestanden ist — ich meine das Berufsbeamtentum. Wir müssen heute an eine Stärkung, an eine Untermauerung dieses Berufsbeamtentums als eine Stütze des Staates und der Verwaltung gehen und das, was an Voraussetzungen für die erfolgreiche Reform der Verwaltung gegeben werden muß, kann nur unter dem Gesichtspunkte einer Stärkung des Berufsbeamtentums herbeigeführt werden. Dieses Berufsbeamtentum muß unter Umständen auch mit größeren Machtvollkommenheiten in bezug auf die Gestaltung von Erlässen und Verordnungen ausgestattet werden. Wir haben Gott sei Dank noch vielfach als die wertvollste Stütze unserer Verwaltung ein altes Berufsbeamtentum in unserem Staate, das auch als Hilfsorgan einer geordneten Verwaltungs- und Verfassungstätigkeit angesehen werden muß. Das sind drei Dinge und ich hebe als viertes hervor, daß das Bemühen mit Recht vorhanden ist, neben der indirekten Demokratie, wie sie die gewählten Körperschaften darstellen, auch den Appell an die direkte Demokratie zur Geltung zu bringen, also Volksentscheid und das Volksbegehren in größerem Umfange zu betätigen als es bisher der Fall sein konnte. Wenn sie das alles überblicken, so werden sie den Gesichtspunkt verstehen, unter den ich das einordne. Es ist hier eine Entwicklung, von der ein ungarischer Delegierter, wenn ich nicht irre, bei der interparlamentarischen Union im Jahre 1928 gesagt hat, es wird die Entwicklung des Parlamentarismus in Europa davon abhängen, ob er imstande sein wird, die neuen Organisationen, die am Staate mitwirken wollen, sich unterzuordnen und einzuordnen. Das ist die Aufgabe, die wir haben, und wenn wir hier verantwortliche Gesetzgeber sind, so haben wir diesem Zug der Zeit und diesen Gründen, die zur Krise des Parlamentarismus führten, Rechnung zu tragen.

Ich darf hier noch eines hinzufügen, was zweifellos mit zu den Ursachen der Krise des Parlamentarismus in Europa zählt: das ist die unbefriedigende Lösung der Frage, wie es zur richtigen Auslese der Volksvertreter kommt. Gerade wir Parlamentarier haben die Pflicht, über diese Dinge ganz besonders nachzudenken. Ich behaupte, das Prinzip der Auslese der Volksvertreter, wie es bei uns vorhanden ist, ist nicht der Gipfel dessen, was die Bevölkerung wünschen kann. Ich behaupte und es ist auch wieder in der Regierungserklärung, die wir so sehr begrüßen müssen, angedeutet, daß eine Reform des Wahlrechtes notwendig ist, die es ermöglicht, daß eben diese Auslese der Richtigen erleichtert und eher möglich gemacht wird. Das ist etwas, über das die Bevölkerung nicht hinweggehen wird, und wir haben diese gestellte Aufgabe zu leisten, selbst auf die

Gefahr hin, daß die Parteikaders irgendwie durch eine solche Reform des Wahlrechtes erschüttert werden könnten; denn die Zeit der starren Parteikaders oder der starren Parteigruppen ist eben auch für uns vorbei, meine verehrten Frauen und Herren! Wenn wir das festhalten, dann muß ich sagen, daß auch der Herr Abg. Dr. Danneberg nicht mit ein paar höhnischen Bemerkungen darüber hinwegkommen wird, daß die Großdeutschen für eine Verringerung der Zahl der Mandate eintreten. Ich verstehe, daß man manchmal Spott oder beißende Bemerkungen anwenden muß, wenn man in der Tiefe einen Schmerz hat, und besonders, wenn man fürchtet, daß sich vielleicht Dinge vorbereiten, die für die eigene Partei von sehr unangenehmen Wirkungen sein können. *(Beifall und Händeklatschen.)* Täuschen wir uns nicht darüber: wenn wir in der Regierungserklärung hören, daß eine Hypertrophie des Parlamentarismus vorhanden ist, daß eine Überzahl von Mandataren im Bund, Ländern, Gemeinden, Bezirken vorhanden ist, so müßte es schon ein Schwindler und ein unaufrichtiger Mensch sein, der behaupten würde, das sei eine Unrichtigkeit in unserem Staate. Es ist so, und man braucht nur die prozentuellen Ziffern auszurechnen, wie viele Stimmen auf ein Mandat im Nationalrat und in den Landtagen im Vergleich zu einer ganzen Anzahl anderer europäischer Staaten kommen, um zu finden, daß wir einen Überfluß an Mandaten haben, auch im Vergleich zu anderen Staaten, die ebenfalls über eine Krise des Parlamentarismus klagen. Also mit Spott und witzigen Bemerkungen über uns wird man nicht darüber hinwegkommen, diesen Dingen in die Augen sehen zu müssen.

Meine verehrten Herren und Frauen! Ich habe nur einige Dinge — ich möchte sagen — gestreift, die als Programmpunkte in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers Schober heute aufgeschienen sind. Es ist ein reichhaltiges Arbeitsprogramm und ich kann namens meiner Partei sagen, daß kein Punkt darin ist, über den wir nicht schon seit Jahr und Tag gesprochen hätten. Wir begrüßen deshalb dieses Programm, und wenn das zugleich die Ziele der Heimwehr ganz oder teilweise sind, so ist es eben ein Beweis dafür, daß dies eine Bewegung ist, die Fleisch und Blut von unserem Fleisch und Blut als Großdeutsche ist, daß das eine Bewegung ist, die seit Jahr und Tag eben der öffentlichen Meinung weiter Kreise unserer Bevölkerung Ausdruck gibt, so wie eben wir seit Jahr und Tag geglaubt haben, unabhängig davon, ob es uns nützt oder schadet, dieser Meinung Ausdruck geben zu müssen. *(Beifall.)*

Meine verehrten Herren und Damen! Wenn das so ist und wenn ich feststellen kann, daß diese Regierungserklärung mit unseren Zielen übereinstimmt, so ist die selbstverständliche und natürliche Folgerung die, daß wir dem Herrn Bundeskanzler und seiner

Regierung gegenüber hier erklären können und erklären wollen, daß wir dieser Regierung bei der Durchführung dieses Programmes unsere volle Unterstützung zusichern, daß wir überzeugt sind, daß die Regierung mit ganzer Kraft sich der Erreichung dieser selbstgesteckten Ziele widmen wird und daß alles, was an uns liegt, geschehen wird, damit diese Ziele erreicht werden. Wenn die gestellten Aufgaben zunächst auf dem Gebiete der Verfassungsänderung, der staatsrechtlichen Gestaltung dieses Staates liegen, so muß ich wieder hinzufügen: Es wäre eine lächerliche und oberflächliche Beurteilung, wenn jemand behaupten wollte — und es ist in Wort und Schrift in der letzten Woche wiederholt ausgesprochen worden — es gebe angeblich wichtigere Dinge für diesen Staat als staatsrechtliche Umgestaltungen und Verfassungsänderungen, weil die wirtschaftlichen Dinge die dringenderen sind. Ich muß sagen, das ist eine oberflächliche Beurteilung. Gewiß ist unsere Lage in wirtschaftlicher Beziehung als Staat nicht ausschließlich begründet in der Gestaltung unserer Verfassungsverhältnisse und in dem Mißbrauch dieser Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen zu parteiischen Zwecken. Aber auch wenn ich von der Tatsache ausgehe, daß wir als ein verkrüppelter Staat, als ein nichtsunütziges Gebilde, das zu keinem Leben gedeihen kann, in diesem Europa existieren, weil wir vor zehn Jahren zu diesem Krüppel geschlagen worden sind, und wenn ich auch feststelle, daß das eine der Hauptursachen unseres wirtschaftlichen Elends ist und daß die Entwicklung in diesen zehn Jahren auf Grund dieser Tatsachen sehr schwer im Sinne einer wirtschaftlichen Besserung beeinflusst werden konnte, so muß ich dennoch sagen, daß dieser Zustand eine wesentliche Verschärfung dadurch erfahren hat, daß es möglich ist, unter Mißbrauch der gegenwärtigen Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen der Bevölkerung weiteren Schaden zuzufügen. *(Sehr richtig!)* Es besteht also der allernächste Zusammenhang zwischen Verfassungsänderung und Wirtschaft, und es ist töricht, zu glauben, daß man nicht dem Volke auch in wirtschaftlicher Beziehung dient, wenn man an die Änderung dieser Verfassungs- und Verwaltungsformen schreitet. Ich brauche nur an das zu erinnern, was Kollege Rumschaf vorhin ausgeführt hat, hinsichtlich des Mißbrauchs gewisser Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen durch die herrschende Partei im Wiener Rathause. Ich erinnere daran, wie durch all diese Monate die Steuerwirtschaft in Wien eben auf Grund der gegenwärtigen Verfassung möglich war und daß sich deshalb heute der Mittelstand von Wien in einem elenden und verzweiferten Zustand befindet. Es zeigt sich nun, daß dieser Bewegung der Heimwehr gerade diese großen Massen der mittelmäßigen Bevölkerung heute in Wien zuzubeln, weil sie sich sagen: Diese wirtschaftliche Drang-

salierung, die uns durch zehn Jahre bedrückt hat, ist größtenteils nur deshalb möglich gewesen, weil die gegenwärtigen Einrichtungen in diesem Staate eben einen Mißbrauch, einen schrankenlosen Mißbrauch im Interesse einer reinen Parteiherrschaft ermöglicht haben. *(Lebhafter Beifall.)* Ich könnte die Beispiele vermehren, will es aber nicht tun.

Wir haben also allen Ernstes zu sagen, daß wir es mit einer elementaren Bewegung zu tun haben, und wenn der Herr Dr. Danneberg darüber gespottet hat, daß der Herr Bundeskanzler erklärt hat, diese Heimwehrbewegung sei nicht mehr zu übersehen, und in diesem Zusammenhang meinte, der Herr Bundeskanzler würde gut daran tun, auch des Redners Partei, die Arbeiterpartei, nicht zu übersehen, so sage ich: Die Bewegung, die in der Heimwehr zum Ausdruck kommt, diese vor allem von dem mittelständischen Empfinden getragene Bewegung, ist eben bisher übersehen worden in ihren Lebensinteressen, während die Interessen der Arbeiterschaft und der Partei, die glaubt, die Arbeiterklasse gepachtet zu haben als Partei, nicht übersehen worden sind, sondern sich in den Vordergrund geschoben haben auf Grund der politischen Macht und der brutalen Gewalt, so daß sie überhaupt nicht übersehen werden konnten; und erst in dem Moment, in dem sich die Schichten der Bevölkerung, die in der Heimwehrbewegung verankert sind, eben die Gewaltandrohung — es war dies ja nur Gewaltandrohung — zu eigen gemacht haben, erst in dem Moment ist vom Regierungstisch der Gedanke ausgesprochen worden, daß diese Bewegung nicht übersehen werden kann. Es ist also ein Elementarereignis, das hier zum Ausdruck kommt, und es wäre töricht, wenn Sie glauben würden, daß Sie mit heißen Bemerkungen oder Gewalt, die Sie sich nur vortäuschen würden, diese Bewegung in ihren Folgen, soweit sie gerechtfertigt sind und soweit sie programmatisch zu unterstreichen auch von uns sind, aufhalten könnten.

Ich glaube, durch meine Ausführungen unsere Auffassung zum Ausdruck gebracht zu haben. Es wäre verlockend, auf eine ganze Reihe von Gegenständen, die in den Reden meiner Vorgänger zum Ausdruck gekommen sind, zurückzukommen. Ich will es heute nicht tun, weil noch reichlich Gelegenheit sein wird, über diese Dinge zu sprechen.

Ich möchte also zum Schlusse nur sagen: wir haben mit der Tatsache zu rechnen und es wäre eine schwere Enttäuschung für alle, die es anders annehmen, daß die Entwicklung, der wir entgegengehen und von der die Einsetzung dieser Regierung der erste Schritt ist, in ihren berechtigten Zielen aufzuhalten sei. Ich halte es für ausgeschlossen, daß die Worte, die hier vom Regierungstische aus von einem Manne, der in ganz Europa Ansehen genießt, ausgesprochen wurden, daß dieses Re-

gierungsprogramm in seinen hauptsächlichsten Zielen in diesem Staate nicht zur Durchführung kommen wird. Damit wird auch die Opposition in diesem Hause rechnen müssen, und wenn Sie glauben, daß Sie weiterhin die Arbeiten dieses Hauses in eine den Gesetzen der Demokratie hohnsprechenden Weise aufhalten können, so täuschen Sie sich. Wir haben das bereits an einem Erfolg gesehen.

Wir haben in einem Momente, in dem die Heimwehrbewegung noch nicht die Intensität von heute gehabt hat, im Sommer dieses Jahres, eine Arbeit vollendet, die gewiß nicht allen unseren Idealen entsprochen hat. Aber als es sich um die Entscheidung darüber handelte, ob das Kleinrentnergesetz gemacht werden soll oder nicht, im Juli dieses Jahres, wenn da nicht die Heimwehrbewegung dagestanden wäre, Hand aufs Herz, wir hätten dieses Gesetz gewiß nicht fertig gebracht. *(Lebhafter Beifall. — Widerspruch und Zwischenrufe.)* Greifen Sie sich nur an den Kopf, Herr Kollege Schiegl, Sie haben ganz recht, ich finde Ihre Handbewegung ganz berechtigt.

Ich sage also: Wir gehen diesen Weg, weiter und ich bin überzeugt, daß auch Sie, meine verehrten Herren von der Linken, zu der Einsicht kommen werden, daß nur die ehrliche Anerkennung dieses geistigen und politischen Zustandes, in dem wir uns heute in diesem Staate befinden, Ihnen auch die Möglichkeit gibt, an dem Werke, an das die Regierung schreitet, mitzuarbeiten. Die Regierung hat in ihrer Erklärung das Parlament eines schleppenden Ganges der Verhandlungen bezichtigt. Ich muß sagen, auch da sind wir mit dem Herrn Bundeskanzler in vollständiger Übereinstimmung. Er hat uns aufgefordert, Taten zu setzen. Wir haben nicht bloß die Regierung zu Taten aufzuordern, sondern auch dieses Haus muß die Arbeit, die die Regierung von ihm verlangt, leisten. Wir für unsere Person haben gar keinen Grund, damit zu zögern, denn es handelt sich zum größten Teil um Dinge, die wir längst gefordert haben.

Ich schließe mit dem Wunsche, es möge der Regierung beschieden sein, kraft der Begabung und der Stärke, die in ihr vereinigt ist, sich mit Erfolg an diese Arbeit zu machen. Wenn abfällige Bemerkungen über die Zusammensetzung der Regierung gemacht worden sind, so waren sie allerdings sehr oberflächlicher Natur, wie sie von den Herren sehr häufig vorgebracht werden, es waren Wiße über die Herren auf der Regierungsbank. Ich will doch sagen, daß auch das Bestreben des Herrn Bundeskanzlers, Persönlichkeiten von besonderem Gepräge in diese Regierung aufzunehmen, dem entspricht, was ich vorhin als dem besonderen Zug der Zeit entsprechend bezeichnet habe. Die Bevölkerung will heraus aus dem Parteistall, aus den Parteikadern, sie will Persönlichkeiten haben, die das Schicksal des Staates

mitgestalten, unabhängig davon, ob diese Persönlichkeiten gerade momentan von einer politischen Gruppe präsentiert werden oder nicht. Diese Art der Zusammensetzung der Regierung, die es ermöglicht hat, daß Namen von Bedeutung auf diese Ministerliste gekommen sind, liegt auch im Sinne jener geistigen Bewegung, die der Heimwehrbewegung zugrunde liegt. Meine verehrten Herren, täuschen Sie sich nicht darüber, daß diese Bewegung eben auch unter anderem des Zustandes satt ist, daß Personen, aber keine Persönlichkeiten da sind. Die Bevölkerung wünscht, daß das Prinzip der Auslese in den Vertretungskörpern so gestaltet wird, daß Persönlichkeiten gewählt werden. Augenblicklich scheint mir — verzeihen Sie, daß ich von dem eigenen Hause spreche — dies nicht in ausreichendem Maße der Fall zu sein und ich hoffe, daß die Zeit kommen wird, in der ein geändertes Wahlrecht auch die Zusammensetzung der öffentlichen Körperschaften nach dem Prinzip der Persönlichkeit wieder ermöglicht. Wenn dem Herrn Bundeskanzler auch diese Gestaltung unseres öffentlichen Lebens gelingt, dann werde ich ihm einen ganz besonders herzlichen Glückwunsch zum Ausdruck bringen können. Ich habe es schon gesagt und wiederhole es: die Regierung kann der Unterstützung von unserer Seite sicher sein, solange sie an den Zielen, wie sie in ihrem heutigen Programm niedergelegt sind, festhält. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Dr. Schönbauer: Hohes Haus! In ernster Stunde tritt eine neue Regierung vor das Parlament. Die Abgeordneten des Landbundes haben dieses Kabinett freudig gewählt und bekennen sich zu ihm. Sehen wir doch vortreffliche Männer auf der Ministerbank und steht doch ein Mann an der Spitze, dem wir seit jeher das größte Vertrauen entgegengebracht haben, auch zu einer Zeit, als blinder Haß irregeleiteter Menschen ihn verfolgten. *(So ist es!)* Heute ist der Name Schober ein Programm geworden, ein Programm für die gesamte heimattreue Bevölkerung des Inlandes und für das gesamte Ausland. Wir erhoffen uns von ihm — und nicht nur wir allein, sondern die ganze Öffentlichkeit —, daß Ruhe und Ordnung in diesem Staate herrschen werden, daß aber auch die staatliche Entwicklung nicht stehenbleibt, sondern sich so vollzieht, wie sie das Volk wirklich braucht.

An seiner Seite sehen wir bewährte politische Berater, unter ihnen unseren lieben Parteibossmann Schummy, den wir auch von dieser Stelle aus aufs herzlichste wieder begrüßen *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, und der nun, zwar nicht mehr im Amte eines Vizekanzlers, wohl aber als Innenminister mit einem erweiterten Wirkungskreis berufen ist, an der Leitung des Staates tätig mitzuarbeiten.

Mag aber die Wahl der Regierung Schober zweifellos das dringendste Gebot der Stunde gewesen sein, es würde uns doch als Undankbarkeit erscheinen, wollten wir nicht an diesem Tage auch des zurückgetretenen Bundeskanzlers Streeruwitz mit herzlichem Danke gedenken. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Ich sage es offen, daß wir vor Jahren, als er in das politische Leben eintrat, fürchteten, er wäre ein einseitiger Vertreter bestimmter wirtschaftlicher Interessen. Wir haben in diesen sechs Jahren gesehen und der letzte Zweifel ist während seiner Bundeskanzlerschaft geschwunden, daß er ein warmes Herz für die Nöte der Landwirtschaft besitzt, daß er hohes wirtschaftspolitisches Verständnis und ein reines, lauterer Wollen mitbrachte. *(Sehr richtig!)* Wenn er nun, dem Gebote der politischen Entscheidung in diesem Staate folgend, selbst seinen Rücktritt vollzog und gerade Bundeskanzler Schober als seinen Nachfolger vorschlug, so ist das als vaterländische Tat zu werten *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, und ich gebe meiner Überzeugung Ausdruck, daß Bundeskanzler Streeruwitz noch nicht zum letzten Male an führender Stelle in diesem Staate tätig war.

Die Regierung hat mit Recht die Verfassungsreform in den Mittelpunkt des Arbeitsprogramms gestellt. Mögen auch die Herren von der Opposition die Grundform des staatlichen Lebens heute als etwas Nebensächliches darstellen, so ist sie es doch nicht. Zwar wissen wir alle, daß die Verfassung nicht Selbstzweck sein kann; sie ist gleichsam das Kleid das der Mann trägt, wenn er arbeitet. Sie soll die Grundform des staatlichen Lebens darstellen, nach der sich die nationalen produktiven Kräfte entfalten können.

Wir wollen eine solche Verfassung, auf daß alles, was gut ist an Volkskraft, emporsprießen und tätig sein kann. Nicht um eine Kleinigkeit, um eine Neben-sächlichkeit handelt es sich also, wie der verehrte Redner der Opposition es hier darzustellen versucht hat. Wäre es so, man würde nicht verstehen, warum die Herren heute so große Angst vor der Verfassungsreform haben. Wenn sie eine Kleinigkeit darstellt, können wir sie ja in wenigen Wochen erledigt haben. Wir wissen aber, es ist die Grundform des staatlichen Lebens, die erneuert werden soll, und was hinter diesem Verlangen steckt, ist der Wille des Volkes, sich ein neues Kleid zu schaffen, mit dem die Arbeit unbehindert vorstatten geht.

Dringend ist die Verfassungsreform geworden, weil zweifellos eine starke Volksbewegung hinter ihr steht. Es wäre unklug, diese starke Volksbewegung zu mißachten, und ich glaube, daß auch manches, was in diesem Punkte von der Opposition gesprochen worden ist, nicht ganz ernst zu nehmen ist. Denn die täglichen Alarmnachrichten, die ganze Art, wie im letzten Monat geschrieben worden ist, hat ja das Gegenteil bewiesen,

daß es wirklich eine außerordentlich starke Bewegung sein muß, mit der sich die Opposition täglich und stündlich so sehr beschäftigt hat.

Die Regierung ist nach unserer Überzeugung durchaus auf dem richtigen Weg, wenn sie erklärt, eine solche Bewegung ist nicht zu mißachten, sondern es ist alles, was in ihr Gutes zu sehen ist, es sind alle schöpferischen Ideen soweit wie möglich in Gesetzesform zu bringen. Jeder gewissenhafte Volksvertreter muß auf Volksbewegungen horchen. Und machen Sie sich nicht jetzt selber weis, daß nur das Geld einiger Schwerindustrieller es ist, das die Heimatschutzbewegung hervorgebracht hat und auch wieder beseitigen kann. Nein, so ist es nicht. Wie könnten Sie es sonst erklären, daß viele tausende Bauern und Bürger, die keinen Groschen bekommen, begeistert die Ideen aufnehmen? Sie müssen einer tiefen Sehnsucht im Volke, sie müssen einem Gebot des Tages entsprechen, sonst wäre der Erfolg nicht zu erklären. Die Augen zu verschließen gegenüber diesen tatsächlichen Ereignissen, wäre meines Erachtens verhängnisvoll für das ganze Staatsgetriebe. Die Regierung ist also auf dem richtigen Wege, wenn sie eine solche Bewegung weder verspotten noch mißachten will, sondern sie wie jede echte Volksbewegung beachten und soweit wie möglich diesem Drang nachgeben und die Ideen in gesetzgeberische Form kleiden will.

Schauen wir uns doch nur unboreingenommen an, was diese Bewegung erreichen will! Zweifellos gibt es einzelne Stimmen, die sich gleichsam überschreien. Welche junge Bewegung hat es gegeben, die nicht starke, vielleicht hier und da allzu starke Worte gebraucht hat? Aber das, was als Leitziel hervorgeht, ist doch sicher etwas Bedeutendes und Gutes: Die Idee einer nationalen, ständisch gegliederten Volksgemeinschaft mit einer starken unparteiischen Regierung — das ist eine gute Idee, die nicht weggelengnet werden kann. Und ist es nicht etwa, wenn man ohne Haß und ohne Boreingenommenheit ein Werturteil abgeben will, ersichtlich, daß wir zum erstenmal in diesem Kumpfsösterreich eine starke Bewegung haben, die getragen ist von dem Willen zum Staate? Längst nicht mehr Negatives, sondern positiv Aufbauendes ist in den Köpfen der Besten dieser Bewegung zweifellos heute schon vorhanden. Und diesen Drang zum Staate, den Drang, sich einen Volksstaat zu schaffen, nachdem wir zehn Jahre lang in einem verstümmelten Staat ohne ein lebendiges Staatsgefühl gelebt haben, diese Auswirkung einer starken Idee kann man nicht etwa mit einigen Witzten abtun, sondern muß ihr Rechnung tragen, soweit man es nur mit seinem Gewissen vereinbaren kann. *(Sehr richtig!)* Wir wollen den legalen Boden nicht verlassen, aber wehe dem Parlament, das die Zeichen der Zeit nicht verstünde und glauben wollte, mit Gewalt, mit dem Einschreiten

von Polizei oder Gendarmerie oder Heer könnten solche Ideen aus der Welt geschafft werden!

Berufen Sie sich nicht allzusehr auf den Buchstaben der Verfassung! Hier heißt es: Zweidrittelmehrheit. Aber es heißt auch in dieser Verfassung: Alle Gewalt geht vom Volke aus. *(Zwischenrufe.)* Wann hat das Bundesvolk gesprochen? Wann hat das Bundesvolk — sage ich noch einmal — über diese Verfassung abgestimmt? Sie ist in den Sommermonaten des Jahres 1920 zusammengekleistert worden, und in der Debatte hat ein Redner, Freund Gleissin, als Motto vorangestellt: „Um Nachsicht wird gebeten!“ Damals schon war das Werturteil über diese Verfassung ein solches. Es konnte nicht anders sein. Deswegen brauchen wir keinen Mann zu schmähen, der damals mitgewirkt hat. Die Verhältnisse brachten es mit sich, aber ich sage, die Grundform des staatlichen Lebens muß doch vor allem im Willen und Bewußtsein des Bundesvolkes verankert sein. Wann hat das Bundesvolk über diese Verfassung abgestimmt? Und das ist auch der Weg, wie wir weiterhin auf legalem Wege zu einer organischen Fortentwicklung der Verfassung kommen. Sie werden sich doch gegenüber dem Willen des Volkes nicht auf den Buchstaben der Verfassung berufen und sagen, daß Sie um neun oder zehn Abgeordnete mehr als ein Drittel sind und infolgedessen alles verhindern können. Was strittig bleibt, darüber muß abgestimmt werden. Lassen Sie uns mit Mehrheit einen Beschluß über die künftige Verfassung, wie wir sie uns vorstellen, fassen und legen wir sie dann dem Volke vor, ob es sie verwerfen will! Wenn sie gegen den Willen des Volkes geschaffen ist, wird sie ja verworfen werden. Es wird aber nicht der Fall sein. Darüber müssen wir uns alle klar sein: Wenn ein Parlament entgegen dem Willen des Volkes nicht mehr wagt, das Volk selbst zu fragen *(Zwischenrufe)*, sondern sich auf ein Gesetz stützen will, das unter anderen Verhältnissen mit einfacher Mehrheit geschaffen worden ist, kurzum, sich auf den Buchstaben berufen will statt auf lebendiges Volksrecht, dann ist diesem Parlament das Totenglocklein zu läuten. Dann wäre es unmöglich, den Parlamentarismus — nicht nur ein einzelnes Parlament — aufrechtzuerhalten, wenn das wirklich die Überzeugung der Mehrheit des Vertretungskörpers wäre. Es ist aber nicht der Fall. Ich bin überzeugt, daß eine Fortentwicklung auf legalem Wege möglich ist und daß sie kommen wird. Denn sie muß kommen. Sonst kann niemand die Verantwortung für die politische Entwicklung übernehmen. *(Sehr gut!)*

Dringend, sagen wir, erscheint uns die Erneuerung der Grundform des staatlichen Lebens, nicht minder dringend aber sind naturgemäß die wirtschaftlichen Fragen, die gleichzeitig gelöst werden müssen und können. Hier steht die Not der Landwirtschaft im Vordergrund, da ist es am ersten

notwendig, Abhilfe zu schaffen. Wir haben es daher mit Freude begrüßt, daß die Regierung erklärt, das, was die frühere Regierung begonnen hat, tatkräftig fortsetzen und zu einem guten und raschen, gedeihlichen Abschlusse bringen zu wollen.

Heute soll noch ein kleiner Anfang gemacht werden. Aber die Einfuhrscheine selber sind kein großes Hilfsmittel, sie sind nur wie ein Pflaster bei einer Wunde zu werten. Was geschehen muß, ist zweierlei. Wir brauchen eine dauernde Sicherung der Preise für die agrarischen Produkte, und zwar Preise, welche stetig sind und die Produktionskosten decken. Zweitens brauchen wir eine Sicherung des Absatzes der heimischen Produktion, weil es ein volkswirtschaftlicher Wahnsinn wäre, vom Auslande das zu beziehen, was der inländische Produzent nicht anbringen kann. Um diese Krise zu bannen, gibt es kein Allheilmittel. Sie schlagen als Allheilmittel immer das Monopol vor. Das ist es nicht. Das Monopol kann unter ganz bestimmten Voraussetzungen ein Werkzeug einer vernünftigen Wirtschaftspolitik, insbesondere einer vernünftigen Importpolitik sein. Das Monopol an und für sich ist aber durchaus kein Heilmittel. Ebensowenig sind Zölle das Allheilmittel. Sie sprechen heute geringschätzig über die starren Zölle und preisen die gleitenden Zölle. Auf die Höhe kommt es aber vor allem an! Gleitende Zölle von 0.25 bis 2 Goldkronen, wie wir sie hatten, mußten natürlich ganz wirkungslos sein. Schlagen Sie gleitende Zölle vor an derselben Stelle etwa von 4 bis 12 Goldkronen, dann läßt sich sofort darüber reden. Die Zölle sind ein wirksames Mittel, aber ebenfalls kein Allheilmittel. Aber sie haben den großen Vorzug, daß dem Staate Geld hereinkommt. Überdies haben die neueren volkswirtschaftlichen Untersuchungen gezeigt, daß bei Zöllen unter Umständen der ausländische Produzent oder Lieferant den Zoll bezahlen muß. Es ist ein schwerer Irrtum, den Sie noch immer vorbringen — im Widerspruch zur neuesten nationalökonomischen Forschung —, daß der Zoll unbedingt den inländischen Konsum verteuert. Es hängt vielmehr davon ab, wieviel von dem betreffenden Artikel im Inlande selbst produziert wird. Wenn zum Beispiel bei Roggen 90 bis 100 Prozent des Bedarfes im Inlande erzeugt werden, so muß der ausländische Roggen, der die Grenze gleichsam überspringen will, so tief angeboten werden, daß der Zoll von dem Lieferanten getragen wird. Darum auf Roggen hohe Zölle!

Wir sehen also, daß die Zölle durchaus auch ein wirksames Mittel sind, aber nicht allein, sondern in Verbindung mit anderen Maßnahmen. Notwendig ist vor allem eine Einfuhrregulierung sowohl in bezug auf Getreide wie in bezug auf Vieh, eine Einfuhrregulierung, die gesetzlich möglich ist, ohne daß die Handelsverträge gekündigt werden, und die

nicht im Widerspruche steht mit dem Übereinkommen von Genf, betr. die Abschaffung der Einfuhrverbote. Denn dort heißt es ausdrücklich, daß im Falle außerordentlicher Verhältnisse, wenn vitale Interessen des Landes es erfordern, jederzeit Einfuhrverbote und -beschränkungen erlassen werden können. Das ist der richtige Weg, zusammen mit Zöllen, zusammen auch noch mit positiven Förderungsmaßnahmen. Hierzu rechne ich in erster Linie Produktionszuschüsse. Wollen wir in Österreich wirklich den Getreidebau schützen — und von ihm allein spreche ich vorläufig, da über die Not der Gebirgsbauern Freund Tauschitz in der folgenden Debatte sprechen wird —, dann müssen wir Produktionszuschüsse gewähren. Es ist nur die Frage, wie sie zu bedecken sind. Da müssen wir uns vor Augen halten, daß ein entsprechender Zuschlag, insbesondere auf Weizenmehl, durchaus nicht gegen das Volk gerichtet ist, weil es vielmehr zweckdienlich, nationalökonomisch und auch gesund ist, wenn die Bevölkerung vom Weizenmehlkonsum mehr zum Roggenmehlkonsum abgelenkt wird. Das Brot muß deshalb durchaus nicht verteuert werden, wenn man bei der Pauschalierung der Warenumsatzsteuer entgegenkommt. Wir sagen also: Eine Reihe umfassender Maßnahmen ist notwendig, wenn der dringenden Not der Landwirtschaft abgeholfen werden soll. Diese Maßnahmen können aber auch gleichzeitig mit den Verfassungsänderungen durchgeführt werden, und die Arbeiten der beiden Ausschüsse müssen einander durchaus nicht behindern.

In der Frage der auswärtigen Politik haben wir vom Herrn Bundeskanzler mit Genugtuung gehört, daß auch die Regierung Schober durchaus nicht willens ist, uns in irgendeine Entente einzugliedern. In der letzten Zeit ist viel davon gesprochen worden, daß sich Österreich der kleinen Entente anschließe. Davon kann keine Rede sein. Wohin wir gehören, das ist durch einen ewigen Vertrag gesichert, der in unserem Herzen lebt, weil uns Wunde des Blutes, der Kultur und einer tausendjährigen Geschichte mit unseren Brüdern im Reiche verbinden.

Am 10. September jährte sich der Tag, an dem vor zehn Jahren das Friedensdiktat von Saint-Germain unterzeichnet werden mußte. Im tiefsten Grunde geht auf dieses Diktat zurück, was wir an Gärung und unruhiger Bewegung in diesem Staate im letzten Jahre feststellen mußten. Begreiflicherweise: weil aus einem alten großen Staats- und Wirtschaftsgebiet nicht nach organischen Gesetzen, sondern nach Willkür ein Stück herausgeschnitten wurde. Zehn Jahre hat nunmehr dieses Rumpfösterreich mühsam bestanden. Wir hoffen von der neuen Regierung, daß die Fragen, die sich noch an das Friedensdiktat knüpfen, insbesondere die Reparationsfrage, bald zu einem gedeihlichen Ende geführt

werden. Es ist uns seinerzeit verkündet worden, es werden keine Kriegsschadensgutmachungen, sondern nur Schadensgutmachungen verlangt. Da müssen wir darauf hinweisen, wenn man dieses kleine Österreich als Rechtsnachfolger des ehemaligen großen Österreich betrachtet, so muß auch das alles voll gewertet werden — wie es auch im Friedensdiktat vorgeesehen ist —, was uns an öffentlichen Gütern aus dem damaligen Bestande des alten Österreich genommen worden ist. Nimmt man diese Werte zusammen, dann muß sich bei ehrlicher Rechnung weit mehr ergeben, als irgendwelche Gutmachung des Kriegsschadens, die von Österreich gefordert werden könnte, betragen kann. Wir sind überzeugt, daß die Regierung die Frage der sogenannten Ostreparationen durchaus in diesem Sinne mit Entschiedenheit vertreten wird.

Ich sagte, in ein System brauchen wir uns nicht einzugliedern. Auch zehn Jahre nach Saint-Germain, zehn Jahre, nachdem das verklausulierte Anschlußverbot in Geltung ist, hat unser Streben und politisches Sehnen immer nur ein Ziel: Wenn wir jetzt die Stimmen wirklich in uns aufnehmen, die wir heute von Tausenden besorgter und guter Staatsbürger hören, so geloben wir uns zehn Jahre nach Saint-Germain: Wir wollen zusammenwirken, um aus diesem zertrümmerten Staat, aus dem Staat, der uns gegen unseren Willen aufgezwungen wurde, doch wieder etwas zu machen, was in der Geschichte Sinn und Vernunft hat: eine alte deutsche Ostmark. Bauen wir uns einen neuen Volksstaat, der würdig sein soll, einzugehen als Glied in ein größeres Deutschland der Zukunft. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Damit ist die Aussprache über die Regierungserklärung beendet.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Der erste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abg. Buchinger, Haneis, Pirchegger, Jng. Tauschitz, Gritschacher, Gierlinger u. Gen. (231/A), betr. Maßnahmen zum Schutze des österreichischen Getreidebaues (B. 372).

Berichterstatter ist der Herr Abg. Buchinger. Ich ersuche ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter **Buchinger**: Hohes Haus! Es gereicht mir zur ganz besonderen Ehre, heute dem hohen Haus über meinen Antrag berichten zu können, der im Unterausschuß sowie im Finanzausschuß behandelt worden ist und der Maßnahmen zum Schutze des österreichischen Getreidebaues betrifft. Der mitteleuropäische Getreidebau befindet sich in einer überaus kritischen Situation, da er nicht nur die überseeische Konkurrenz, sondern auch die Konkurrenz der osteuropäischen Staaten auszuhalten hat. Die Folge dieser Überkonkurrenz und dieses Massenangebotes

ist, daß die jetzigen Getreidepreise schon mehr als katastrophal sind, was ja die letzte Vergangenheit und die Gegenwart voll und ganz beweisen. Die Folge dieser Konkurrenz war schon vor Jahren die, daß die meisten Staaten sich durch entsprechend hohe Zölle geschützt haben, und auch der österreichische Staat hat im Jahre 1924 Zölle für Getreide und Mehl eingeführt. Diese Zölle waren gleitende Zölle; aber leider hat sich das System des gleitenden Getreidezolles nicht bewährt, da die Voranmeldung jede Wirkung des gleitenden Getreidezolles illusorisch gemacht hat. Wenn heute davon gesprochen wird, daß wir einen höheren Zollsatz aufweisen könnten, wenn wir die gleitenden Getreidezölle noch hätten, so muß ich demgegenüber sagen, daß wir, obwohl wir die gleitenden Getreidezölle, dagegen keinen gleitenden Mehlsatz hatten und daß die Verhältnisse bedeutend schlechter wären, als es tatsächlich heute der Fall ist; denn der gleitende Getreidezoll von 4 Goldkronen und der starre Mehlsatz von 3 Goldkronen dazu würde für die Müller nur einen reinen Schutz von 1'68 Goldkronen pro 100 Kilogramm Mehl bedeuten, während sie heute einen etwas höheren Schutz genießen, aber trotz dieses Schutzes ihre Kapazität nicht ausnützen können, weil sie vollständig der Konkurrenz des Auslandes ausgeliefert sind.

Was haben andere Staaten in diesem Belange zum Schutze ihrer Landwirtschaft und speziell des Getreidebaues veranlaßt? Während Österreich von den gleitenden Getreidezöllen auf einen fixen Getreidezoll übergegangen ist, ist der Getreidezoll in den Handelsverträgen mit Jugoslawien und Ungarn auf eine längere Zeit gebunden. Dieser gebundene Getreide- und Mehlsatz ist vollständig ungenügend für den Getreidebau und die Mühlenindustrie. So hat Österreich momentan einen Roggen- und Weizensatz von 2'88 S, Deutschland einen Roggenatzoll von 10'20 S, einen Weizensatz von 11'05 S. Hingegen hat Deutschland, wenn die Kündigung des Handelsvertrages mit Schweden aktiviert ist, einen Weizensatz von 12'75 S und einen Roggenatzoll von 11'90 S. So ist es auch in den anderen Staaten, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Jugoslawien, in Frankreich. Der Mehlsatz der anderen Staaten ist bedeutend höher als bei uns. Österreich hat einen Mehlsatz von nur 7'20 S, Deutschland einen solchen von 24'65 S, die Schweiz von 27'20 S, die Tschechoslowakei von 14'70 S, Rumänien sogar von 16'84 S, Italien von 27'80 S. Diese Ziffern allein beweisen, daß die Lage unserer Landwirtschaft und unseres Getreidebaues vollständig unhaltbar ist. Die heutigen Durchschnittspreise von Weizen und Roggen sind auf einen enormen Tiefstand gesunken. Trotz der offiziellen Notierungen an der Wiener Börse kann das Getreide nicht verkauft werden; es herrscht eine vollständige Absatzkrise. Sie können sich selbst ausrechnen, was der Landwirt bekommt. Trotz dieser Preise wird aber noch immer

Ware angeboten, weil die Landwirtschaft in einer solchen Zwangslage ist, daß sie verkaufen muß. Ich kann aber diese Verkäufe nur als Notverkäufe bezeichnen. Die Preisschwankungen und der Tiefstand lassen ernstlich besorgen, daß unter dem Einfluß der verlustbringenden Ergebnisse der Getreidebau nicht nur in seinem Fortschritt gehemmt wird, sondern eine weniger intensive Wirtschaft betrieben wird. Wir bedauern eine solche Erscheinung. Aus der Entwicklung der Anbauflächen, der Hektarerträge und der Ernteergebnisse beim österreichischen Weizen- und Roggenbau in den letzten 10 Jahren, worauf ich in meinem schriftlichen Berichte besonders aufmerksam gemacht habe, ist zu ersehen, was geleistet wurde. Eine Einschränkung des Getreidebaues würde nicht nur für die Sicherheit und Gleichmäßigkeit der Versorgung des österreichischen Konsums bedenklich sein, sondern eine solche Einschränkung würde auch ihre Rückwirkungen auf den Viehabsatz der Alpenländer haben, da die derzeitigen inländischen Käufer des Flachlandes in Zukunft selbst auf ihren als Wiesen und Weiden verwendeten Feldern Viehzucht treiben würden. Ich glaube, daß im gesamten Interesse der österreichischen Volkswirtschaft Schutzmaßregeln getroffen werden müssen, und diese Schutzmaßregeln müssen auch ausgedehnt werden auf unsere Mühlenindustrie, an der wir ein ganz besonderes Interesse haben, daß sie beschäftigt wird, weil durch eine vollbeschäftigte Mühlenindustrie die Landwirtschaft auch die notwendigen Futtermittel erhält, was heute nicht der Fall ist.

Die Maßnahmen, die für diesen Zweck getroffen werden müssen, sind doppelter Natur: Dauermaßnahmen, die uns für die Zukunft den österreichischen Getreidebau sichern, und momentan rasch wirkende Maßnahmen. Die Bundesregierung hat mit einer Zuschrift an den Unterausschuß ihrer Bereitwilligkeit Ausdruck gegeben und hat der Einführung eines Systems von Einfuhrscheinen für Getreide und Rindvieh zugestimmt. Sie hat auch bereits aus dem heurigen Budget einen Betrag von 6 Millionen Schilling zur Sicherung des Getreideanbaus zur Verfügung gestellt. Was die Maßnahmen, betreffend die Einfuhrscheine, betrifft, so spreche ich mich als Antragsteller selbstverständlich dafür aus. Ich möchte aber gleich erwähnen, daß die Einfuhrscheine nicht eine ganz besondere Wirkung für den Getreidebau haben, sondern es wird nur möglich sein, Konjunkturen auszunutzen, zum Beispiel bei einer früheren Ernte gegenüber anderen Staaten bewirken, daß man leichter in das Ausland kann, und es wird durch diese Einfuhrscheine das Geschäft bei Getreide etwas belebt werden. Was das Verhältnis der Einfuhrscheine zu der Position 52 unseres Zolltarifs anbelangt, so läßt sich erhoffen, daß durch das Einfuhrscheinsystem eine Besserung und Belebung der Ausfuhr herbeigeführt wird.

Ich habe in meinem Berichte mit einigen Ziffern dargestellt, wie sich die Rinderausfuhr in den letzten Jahren entwickelt hat.

Obwohl ich es anerkennen muß, daß die Regierung tatsächlich hier den ersten Schritt gemacht hat und diesen Betrag von 6 Millionen Schilling im heurigen Budget zur Verfügung gestellt hat, muß ich doch darauf aufmerksam machen, daß dieser Betrag doch allzu gering ist, um tatsächlich hier etwas leisten zu können. Bei einer Anbaufläche von 600.000 Hektar würden auf den Hektar nur 10 S kommen, und wenn ich mir vor Augen halte, daß zirka 4.200.000 Meterzentner Getreide zum Verkaufe gelangen, würden nur zirka 1 S 50 g pro Meterzentner hier in Veranlagung gebracht werden können. Deswegen habe ich den Antrag gestellt, daß die Bundesregierung aufgefordert wird, in den Bundesvoranschlag für das Jahr 1930 einen weiteren entsprechenden Betrag einzusetzen und die Aushilfe für den Getreidebau in ausreichendem Ausmaße zu geben. Zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit beim Viehabsatz spreche ich mich dafür aus, daß die Mastverbilligungsaktion, wie sie jetzt läuft, über Oktober noch fortgesetzt wird. Weiter kann ich mitteilen, daß die Frachtwergütungsaktion sich gut auswirkt, daß sie mit 1. September für Zucht- und Nutzvieh wieder eingeführt wurde und Anfang Oktober auch für Schlachtvieh ihre Fortsetzung finden wird.

Weiters möchte ich auch noch über das zweite Kapitel, betreffend die dauernden Maßnahmen, nämlich eine Erhöhung der Zölle für Getreide und Mehl und Einbau in die Handelsverträge oder die Einführung eines Getreide- und Mehlm monopolis, sprechen. Heute darüber ausführlich zu sprechen wäre unnütz. Die Regierung hat die einzelnen Korporationen aufgefordert, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Sobald dies geschehen sein wird, wird sich auch der Unterausschuß mit dieser Frage beschäftigen. Ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß es gelingen wird, für die nächste Ernte eine solche Situation herzustellen, daß man ruhig wird sagen können, der Getreidebau in Österreich hat eine Existenzmöglichkeit und auch eine Grundlage für die Zukunft.

Im Unterausschuße hat sich auch der Korreferent, Ing. Tauschitz mit der Lage der Gebirgsbauern und der Viehzucht beschäftigt. Er besprach zunächst die außerordentlichen Schwierigkeiten, die infolge der in Italien verfügten Einfuhrbeschränkungen für den Kartoffelbau des Bundeslandes Kärnten entstanden sind, der mangels großer Konsumzentren in besonderem Maße auf die Ausfuhr angewiesen ist. In diesem Zusammenhange verlangte er, daß den kärntnerischen landwirtschaftlichen Spiritusbrennereien ihr Kontingent auf das volle, gesetzlich zulässige Ausmaß erhöht wird. Die Lage der Gebirgsbauernschaft verschlimmert sich zusehends, sagte Ing. Tauschitz, und muß zu einer Entfiedlung führen, die höchst

bedenklich ist. Auch in der Schweiz sehen wir ähnliche Verhältnisse, aber auch das Bestreben, ihrer durch einschneidende Maßnahmen Herr zu werden. In diesem Zusammenhange ist insbesondere auf die Motion Baumberger zu verweisen. Der österreichische Landwirtschaftsverein hat sich wiederholt, so insbesondere im Herbst 1928 in Graz, mit der Lage der Gebirgsbauernschaft befaßt. Sie leidet im besonderen Maße unter der Unzulänglichkeit der Preise. Jng. Tauschitz hat sich auch im Ausschusse mit der Einfuhrregelung für Zucht-, Nutz- und Schlachtvieh befaßt und eine Entschliebung beantragt, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, im Bundesvoranschlag 1930 die Post 33 (Kapitel 19, Titel 3), „Güterwege und Klein elektrifizierung in der Landwirtschaft“, von 320.000 S auf mindestens 1.000.000 S zu erhöhen.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurfe die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen und die beige druckten Entschliebungen, nämlich die von mir, von Abg. Tauschitz und von den Abg. Tauschitz und Paulitsch gestellten Entschliebungen annehmen. (Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Gürtler den Vorsitz übernommen.)

Bölzer: Hohes Haus! Bevor ich auf die Maßnahmen zum Schutze des heimischen Getreidebaues zu sprechen komme, gestatte ich mir, einige andere Dinge zu besprechen, die für die Bauern, speziell für die Getreidebauern, von größter Wichtigkeit wären. Den Getreidebauern geht es zweifellos sehr schlecht, und es wären für sie andere Maßnahmen, so zum Beispiel, daß sie billiges Holz, billige Streu und Grasnutzung bekommen, von der größten Bedeutung. Der Staat hat einen ungeheuren Waldbesitz, es gibt auch Gemeinden, die einen ungeheuren Waldbesitz haben, und es gibt auch Private, die über 1000 Hektar Wald verfügen. Man könnte den Bauern billiges Brennholz, Streu und Grasnutzung gewähren. In anderen Staaten war man nach dem Umsturz mehr auf die Bauern bedacht als bei uns. In anderen Staaten ist man, wie Sie wissen, mit Enteignungen vorgegangen, in dem einen mehr, in dem anderen weniger. Es wäre nur ein billiges Verlangen, daß diese Herrschaften wenigstens in bezug auf Holz und Streu gegenüber den „Kameraden“ ihre Pflicht erfüllen und nicht, wie es oft vorkommt, wenn der Pachtzins nicht gleich bezahlt wird, mit Pfändungen vorgehen. Durch solche Maßnahmen würde sicherlich den Kleinbauern und Kleinhäuslern ungemein geholfen werden. Es wäre zum Teil eine Kompensation für die geringere Einnahme für Getreide.

Diese 6 Millionen sind natürlich für den Getreidebauern sehr wenig; für den Staat ist es allerdings viel. Die Verpendung, die der Herr Minister Födermayr plant, halte ich nicht für gerecht. Er will die Summe aufteilen für eine Kunstdüngeraktion,

wobei er behauptet, daß sich diese Aktion sehr bewährt habe. Er will den Kunstdünger für alle diese 600.000 Hektar gleichmäßig zuteilen, was ich für sozial ungerecht halte. Ich gebe zu, daß wir an dem Getreidebau der Großgrundbesitzer ungemein interessiert sind, aber ich muß doch sagen, daß sie finanziell ganz anders gestellt sind. (Manhalter: Die sind noch mehr verschuldet!) Sicherlich weniger! Der Herr Starhemberg und der Herr Czernin sind doch nicht so arm, daß sie nicht in der Lage wären, den Kunstdünger selbst zu kaufen. Man müßte sozial vorgehen und den kleinen Leuten mehr entgegenkommen als den großen. Ich bin überzeugt, daß alle es verstehen würden, auch die kleinen Bauern, wenn man ihnen mehr und den andern, die mehr haben, weniger entgegenkommt.

Wenn darauf verwiesen wird, daß jetzt Getreide- und Mehlspreise sind, wie sie noch nie waren, so gebe ich das zu. Wenn das aber im Monat September der Fall war, so dürfen Sie nicht vergessen, daß in Ungarn ungemein viel Mehl auf den Markt geworfen wird. Aber das kommt daher — und das dürfte nicht unbekannt sein —, daß in Ungarn der Pachtzins im September fällig wird und daher die Leute alles, was vorrätig ist, einfach auf den Markt werfen. Dadurch entsteht die ungeheure Überfüllung des Marktes und der ungeheure Preissturz, der im September sowohl beim Getreide als auch beim Mehl stattgefunden hat. Daß es den Bauern so elend geht und daß die Getreidepreise einen so tiefen Stand haben, daran sind Sie, meine Herren — das können Sie nicht leugnen —, zum Teil selbst schuld. Wir haben die gleitenden Getreidezölle gehabt, und Sie haben sie bekanntlich im Jahre 1927 aufgehoben. Es ist begreiflich, daß eine neue Einrichtung nicht sofort bis auf die kleinste Einzelheit funktioniert, und es ist verständlich, daß sich Mängel bei der Durchführung ergeben haben. Es ist richtig, daß der Mehlszoll nicht im Verhältnis zum Getreidezoll stand, aber das wäre sicherlich alles zu richten gewesen, wenn man daran festgehalten hätte, würden die Bauern sicherlich heute angemessene Preise bekommen und nicht in der Lage sein, in der sie heute tatsächlich sind. Ohne Nötigung ist der gleitende Getreidezoll aufgehoben worden, weil man meinte, daß die starren Zölle das bessere sind. Aber kein Geringerer als der frühere Bundespräsident weist in einer Broschüre, die Sie wahrscheinlich alle gelesen haben, nach — wenn wir das behaupten, werden Sie sagen, wir verstehen das nicht, wir sind keine Bauern, das können Sie aber von dem gegenwärtigen Handelsminister Hainisch nicht behaupten, der befaßt sich schon ein Menschenalter mit Landwirtschaft, er hat selbst eine Musterwirtschaft, und er ist ohne Zweifel in der Lage, zu beurteilen, ob starre Zölle oder gleitende Zölle für die Bauernschaft besser

sind —, er kommt also nach reiflichen Überlegungen in diesem Hefte zu dem Schluß, daß nur gleitende Zölle die Rettung des Getreidebauern sein können, da starre Zölle in der erforderlichen Höhe weder volkswirtschaftlich noch außenwirtschaftlich möglich sind. Er vertritt also ganz unsere Meinung in der Sache. (Ruf: Und der Mehlsatz?) Den kann man mit dem Getreidezoll in Einklang bringen, der ist ja kein Nähr mich nicht an, kein abgeschlossenes Buch, darüber kann man reden, und hat man auch in anderen Staaten geredet. Wenn ich auch zugebe, daß Amerika im vorigen Jahre eine Refordernte hatte, die es heuer wahrscheinlich nicht erreicht, so sind doch noch große Reste von der vorigjährigen Ernte vorhanden, und dann vergessen Sie auch nicht, daß infolge der Saatgütlüftung, der Veredlung, der technischen Fortschritte, der Zusammenlegung kleiner Farmen zu großen in Amerika, während bei uns die Konzentrierung äußerst langsam vor sich geht und nur einige hundert Hektar im Laufe von vier, fünf Jahren konzentriert wurden, uns von Amerika Gefahren drohen, denen zu begegnen durch die starren Zölle in der von Ihnen gewünschten Höhe kaum denkbar ist. Es freut mich ja, ich weiß nicht, ob es Ernst oder Spaß ist, daß der Herr Minister berichtete, es seien Anfragen an die Handelskammern und die Arbeiterkammern über ihre Stellung zu den gleitenden Zöllen ergangen. (Bundesminister für Landwirtschaft Födermayr: Es ist Ernst!) Wenn es Ernst ist, dann freut mich die Wandlung; wenn es bei Ihnen Ernst ist, Herr Minister, um so mehr; bei sehr vielen Ihrer Kollegen aber ist es nicht Ernst, sondern Spiegelfechterei; wenn es aber Ernst ist, dann können Sie mit unserer Unterstützung bei diesem Vorhaben rechnen.

Wenn die Schweiz zum Vergleich herangezogen und gesagt wird, dort sei man von dem Monopol abgekommen, es wurde in einer Volksabstimmung verworfen, dann mache ich darauf aufmerksam, daß innerpolitische Verhältnisse dafür maßgebend waren, und dann waren ja nur 371.000 Stimmen dagegen und 365.000 dafür, es war nur eine Majorität von 6000 Stimmen. Tatsächlich hat sich die Sache in der Schweiz tadellos bewährt, und dort wurde auch die Behauptung der Herren widerlegt, daß das Monopol einen ungeheuren Apparat erfordere, wie die Kriegszentralen usw. Die Schweiz hat mit 60 Beamten das Ganze geregelt, und wenn das auch etwas Geld gekostet hat, so sind wir doch auch in der Lage, Beamte und Sachleute heranzuziehen, und es wäre sicherlich bei uns auch möglich gewesen.

Was nun die Einfuhrscheine betrifft, so werden wir selbstverständlich dafür stimmen. Wir haben auch im Unterausschuß und im Ausschuß dafür gestimmt. Wir haben schon erklärt, wir versprechen uns nicht viel davon, wir sind kein Land der überschüssigen Erzeugung, wir haben von Einfuhrscheinen

daher sehr wenig, es hätte sicherlich ein Land, das Überschüsse produziert, mehr davon als wir. Wir bauen bekanntlich nur 80 Prozent unseres Getreide- und 45 Prozent unseres Weizenbedarfes an und brauchen daher beim Getreide eine Einfuhr von 20, beim Weizen eine solche von 55 Prozent. Daher haben die Einfuhrscheine sicherlich wenig Wert. Mehr Wirkung werden sie allerdings, wie ich zugeben muß, sicherlich beim Nutzvieh haben.

Was das Schlachtvieh anbelangt, so haben wir in der Presse und auch im Ausschuß erklärt, daß wir da große Bedenken haben. Die veterinärpolizeilichen Maßnahmen müssen da wirklich einwandfrei durchgeführt werden. Der Herr Minister Födermayr hat versprochen, daß das Sache der Bundesregierung sein wird. Wir sind unterrichtet, daß Vieh, das in Wien gesund war, in Linz beanstandet wurde. Auf dem Wege von Wien nach Linz kann es doch unmöglich erkranken. (Widerspruch des Bundesministers für Landwirtschaft Födermayr.) Das kann unter tausend Fällen einmal vorkommen, aber bei der Entfernung von Wien nach Linz oder von Linz nach Salzburg, wie es auch vorgekommen ist, ist das doch sehr ungewöhnlich. Das sind ohne Zweifel örtliche Schikanen. (Bundesminister Födermayr: Infolge der Strapazen des Transports ist es möglich!) Wenn es in Wien tierärztlich untersucht und gesund befunden wurde; kann es nicht in Linz, wo es doch in 6 Stunden ankommt, krank sein. Das sind lokale Schikanen, weil es in Linz unangenehm ist, daß Vieh hinkommt.

Ich möchte noch folgendes sagen. Es wird immer davon gesprochen — und die Herren Landbündler machen es sich da mit den Einfuhrscheinen, wie sie sie sich denken, besonders bequem —, daß die Einfuhr von Schlachtvieh erst möglich sein soll, wenn Österreich den Bedarf nicht decken kann. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Wiener Markt kein Markt für Beindlvieh, sondern ein Markt für Mastvieh ist. Wenn auf dem Wiener Markt 4000 oder 6000 Stück Vieh zu verkaufen wären und es werden 6000 Stück Beindlvieh aufgeführt, dann können Sie überzeugt sein, daß 4000 Stück übrigbleiben, weil das Fleisch in Wien niemand brauchen kann. Das, was wir immer gesagt haben, trifft zu. Wir brauchen einen Veredlungsverkehr, und den anzustreben wird Sache der Regierung sein. Im alten Staate war es möglich, unser Magervieh an die tschechischen Bränerien zu schicken und dort mästen zu lassen. Das fehlt uns heute. Wir haben heute Beindlvieh aus dem Gebirge, und wenn wir Vieh aus den Bränerien haben, dann geht es nach München hinaus, weil man draußen bessere Preise erhält. Sie können sich davon überzeugen, daß am Wiener Markt von 4000 Stück Mastochsen, die aufgetrieben werden, nicht 20 Stück österreichischer Provenienz sind, weil die Österreicher in

Deutschland bessere Preise erhalten. Da muß getrachtet werden, eine Änderung herbeizuführen. Es ist nicht leicht, aber doch außer Zweifel möglich, daß man der Tschechoslowakei oder einem anderen Nachbarlande Mager- oder Weindvieh liefert und sie uns im Austauschwege Mastvieh sendet.

Wir werden für die Vorlage in der Hoffnung stimmen, daß Sie auch die Lage der Arbeiter begreifen. Es gibt auch Arbeiterschichten, denen es sehr schlecht geht. Es gibt Kategorien von Arbeitern, wo die Männer nicht 30 S wöchentlich verdienen — zum Beispiel in den Spinnereien — und wo die Frauen nicht 15 S verdienen. Und vergessen Sie, bitte, auch nicht an die Jährlinge, ja Hunderttausende von Arbeitslosen, die mit ihren Familien mit 17, mit 20 S ihr Leben fristen müssen, und vermeinen Sie nicht, daß eine Lohnbewegung, die ausbricht, immer gegen Sie ausbricht, wie es sich leider in der letzten Zeit gezeigt hat. Wir werden Verständnis für Ihre Lage haben. Sie müssen aber auch Verständnis haben für die Lage der schlecht entlohnerten Arbeiter und der Arbeitslosen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Manhalter: Hohes Haus! Die wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft und speziell des österreichischen Getreidebaues hat sich in den letzten Monaten — insbesondere jetzt nach der Ernte — katastrophal verschlimmert. Die Tatsache, daß der österreichische Bauer nicht mehr imstande ist, aus seiner Wirtschaft so viel herauszuwirtschaften, daß ihm das Leben ermöglicht wird, drückt sich am besten darin aus, daß Sie, wenn Sie in die Dörfer Niederösterreichs hinauskommen, an den Gemeindefhäusern unzählige Edikte, betreffend Versteigerungsankündigungen, angeschlagen sehen. Speziell der Getreidebau ist es, der durch die Überflutung mit auswärtigen Produkten so gedrückt ist, daß er in eine verzweifelte Situation gekommen ist. Wenn wir jetzt darangehen, diese Situation zu bessern, Abhilfemaßnahmen zu treffen, so müssen wir doch vorerst aber auch fragen, wer schuld hat an dieser tristen Lage des Getreidebaues, und hier muß ich ein vollgerütteltes Maß von Schuld der Opposition dieses Hauses zurechnen. *(Zwischenrufe.)* Sie waren es, die bei den Zollverhandlungen unsere Anträge auf Erhöhung der Getreidezölle glatt verhindert haben. *(Lachen. — Schiegl: Weil wir die Mehrheit haben!)* Jawohl, Sie haben es verhindert. *(Ruf: Die Minorität?)* — *(Zwischenrufe.)* Nun, meine Herren, ich will Ihnen sagen, Sie jagen einem Phantom nach, indem Sie glauben, daß wir auf die inländische Produktion verzichten können, daß der indische, australische, kanadische, amerikanische Bauer und Farmer Ihnen die Lebensmittel auf die Dauer liefern wird. Da frage ich Sie nur: Womit werden Sie diese Lieferungen mit der Zeit bezahlen? Es ist bei dem heutigen Zustand der österreichischen Industrie gar

nicht möglich, durch die industrielle Produktion die Mittel aufzubringen, diese Lebensmittelzuschüsse aus dem Auslande bei einem Passivsaldo der Handelsbilanz von mehr als 1000 Goldkronen pro Jahr auf die Dauer zu bezahlen. Nun ist es natürlich nicht der niedrige Getreidepreis an sich, der den Bauer verzagt macht. Schuld ist auch, daß man die Landwirtschaft ohne genügende Zölle bei sehr hohen Industriezöllen gelassen hat. Dadurch ist ein Zustand entstanden, der als Preisschere bezeichnet wird, der Zustand, daß der Bauer alle die Sachen, die er selbst braucht, im Verhältnis weitaus teurer zahlen muß, als er seine Produkte verkaufen kann. Gerade diese Differenz ist es, die das Unglück des Bauers ist, die diese schlechte wirtschaftliche Situation für ihn hervorgerufen hat. Aber die schlechte Lage des Bauers, die schlechte finanzielle Lage der Landwirtschaft hat auch noch etwas anderes zur Folge gehabt, was für sie noch viel unangenehmer ist, das ist der Zusammenbruch des Inlandmarktes; dadurch, daß der Bauer nichts mehr kaufen kann, ist auch unsere Industrie sehr stark tangiert und unser Gewerbe und alles, was sich durch einen Beruf in Österreich ernähren will. Gehen Sie hinaus auf das Land: Sie sehen die Gasthäuser leer, Sie sehen den Schlosser, Schmied, Wagner verzweifelt, weil auch er keine Arbeit hat, weil er keine Aufträge hat, weil der Bauer kein Geld hat, um ihm solche Aufträge zu erteilen. Mein Herr Vorredner, der Bericht-erstatte über die im Finanzausschuß beschlossenen Hilfsmaßnahmen, hat Ihnen erklärt, daß sich unter den sofortigen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft die Einführung des Einfuhrscheinsystems befindet. Wir identifizieren uns mit dieser Auffassung. Es wird den Getreidebauern heuer nichts mehr nützen, weil die Zeit schon zu weit vorge-schritten ist; es wird sich für den viehzüchtenden Bauer gut auswirken. Aber, was wir noch über das hinaus verlangen, ist das Einfuhrscheinsystem für Molkereiprodukte, damit auch den viehzüchtenden Bauern im Gebirge ein Schutz geboten wird, eine Möglichkeit, besser davonzukommen.

Weiters ist ein Betrag von 6 Millionen Schilling als eine sofortige Notstandshilfe für die Landwirtschaft bewilligt worden. 6 Millionen Schilling sind gewiß, wie mein Vorredner, Herr Pölzer, gesagt hat, eine große Summe Geldes an und für sich betrachtet; aber an der Größe des wirtschaftlichen Elends gemessen, ist diese Summe weitaus zu klein. Beträgt doch die Anbaufläche von Weizen und Roggen allein 1.100.000 Joch in Österreich, so daß von dieser Aushilfe auf ein Joch nicht einmal 6 S kommen würden. Nun ist natürlich mit 6 S den Leuten nicht geholfen. *(Sever: Geben Sie das Geld nur den Bauern und nicht auch den Großgrundbesitzern!)* Ich kann als Bauer hier keinen Unterschied machen, weil ich weiß, daß es

auch den großen Getreidebauern schlecht und noch schlechter geht als den kleinen. (*Pölzer: Die haben etwas zum Zusetzen! — Zwischenrufe.*) Ich bin kein Körndlbauer, ich spreche nicht als solcher, ich brauche keines zu kaufen, Gott sei Dank, soweit ist es nicht mit meiner Wirtschaft. (*Zwischenrufe.*)

Präsident: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen!

Manhalter: Wir werden daher einen Zusatzantrag einbringen, wonach wir für die Landwirtschaft weitere Mittel verlangen, und ich sage Ihnen jetzt auch, woher wir die Mittel dazu nehmen wollen, woher der Staat dieses Geld aufbringen soll. Ich habe hier zur Unterstützung meiner Rede statistisches Material mitgenommen. Es wurde das schon als eine Waffe betrachtet (*Heiterkeit*), aber es sind nur ganz harmlose Diagramme, die den Unterschied zwischen dem Getreidepreis ... (*Sever: Hat jemand geglaubt, daß Sie schießen werden? — Heiterkeit.*) Die haben es halt geglaubt ... zwischen dem Getreidepreis und dem Mehlpriß zeigen sollen. Diese Gegenüberstellung zeigt uns wirklich etwas ganz Merkwürdiges. Wir haben hier im Jänner 1925 einen Weizenpreis — es sind das amtlich erhobene Ziffern — von 54'64 S, einen Roggenpreis von 48'90, einen Mischmehlpreis von 69'38 und einen Brotpreis von 66'27. Das heißt, das Kilogramm Brot war billiger als das Kilogramm Mischmehl — eine auffallende Tatsache, die jedem in die Augen springen muß und die nur eine ganz außerhalb des Rahmens dieser Materie liegende Ursache hat: in den Monaten anfangs des Jahres 1925 spielte sich nämlich ein großer Prozeß ab, der Fried-Prozeß, der Prozeß der Anferbrotfabrik, und während der Zeit dieses Prozesses hat man auf einmal eine ganz niedrige Differenz zwischen Mischmehlpreis und Brotpreis herausgebracht. Es war die Angst und die Furcht vor der weiteren Verfolgung, die dazu geführt hat. Es waren ja auch die Hammerbrotwerke dabei. (*Ruf: Die haben Sie dann schnell verkauft, damit man nicht daraufkommt! — Zwischenrufe.*) Ja, die haben Sie dann schnell verkauft. (*Pölzer: Das ist mir ganz neu!*) Das ist Ihnen nichts Neues, aber es ist vielleicht der Bevölkerung etwas Neues. (*Sever: Sagen Sie nur noch, wer den Fried begnadigt hat!*) Nun, wir nicht — der jetzige Herr Handelsminister! Nun, diese Spannung zwischen dem Mischmehl- und dem Brotpreis, die im Oktober des Jahres 1924 im Durchschnitt 0'66 g betragen hat, betrug im Jahre 1925 3'11, im März 5'4 und im Jahre 1926 kommen in den einzelnen Monaten Spannungen von 11'90, 12'10 und 11'68 g vor. Im Jahre 1927 ist der niedrigste Monat mit 9'30, der höchste mit 14'85 g eingeseht, im Jahre 1928 der niedrigste Monat mit 14'24 und der höchste mit 21'29 g und im August 1929, unmittelbar vor der

Ernte, bestand eine Spannung von 20'09 g zwischen Mischmehlpreis und Brotpreis. Aus diesen großen Differenzen, die hier aufscheinen, ergibt sich, daß Brot und Semmeln nicht billiger werden, ein kolossaler Verlust für den Produzenten; denn alle die Maßnahmen und die Gewinne, die man bei den Brotfabriken trifft und die auf soziale Verbesserungen abzielen, gehen nur auf Kosten des produzierenden Getreidebauern. Ich möchte mitteilen, daß in den Diagrammen auch der Macherlohn und die Kosten für Kohle und Löhne enthalten sind. Die Kurve der Löhne ist durchaus gleichlaufend und nicht stark erhöht, eine Ausrede auf erhöhte Löhne und Macherlohn ist daher in diesem Falle nicht zulässig. Bei diesen großen Differenzen wird der Staat die Möglichkeit finden, die für die Produktion so notwendigen Gelder hereinzubringen.

Als dauernde Hilfe für die Landwirtschaft haben wir in erster Linie eine wirklich ausreichende Erhöhung der Getreidezölle vorgeschlagen. Wir haben die niedrigsten Getreidezölle (*Pölzer: Das hat der Herr Minister Buchinger schon vorgelesen!*) Nein, das hat er nicht verlesen. Der Weizen Zoll beträgt in Deutschland 11'5, bei uns 5'76, der Roggen Zoll in Deutschland 10'2, bei uns 5'76 S. Sie sehen, daß hier eine klaffende Differenz besteht und daß wir bei solchen Differenzen absolut nicht konkurrenzfähig sind. Wir müssen daher höhere Zölle haben, um unsere Landwirtschaft wirklich schützen zu können.

Das System der gleitenden Zölle hat nur eine Berechtigung, wenn das Voranmeldesystem fällt, das den gleitenden Zöllen jede Möglichkeit nimmt, die Sache auszuschnüpfen. Außerdem müßten sich die gleitenden Zölle auch auf Mehle erstrecken, weil nur mit Hilfe eines gleitenden Zolles für Mehl eine wirkliche Preisverbesserung möglich ist.

Wir wünschen auch, daß aus den Mehrerträgen dieser Zölle ein Reservefonds für Hilfsmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft gebildet wird, aus dem bei solchen katastrophalen Vorgängen, wie es die jetzigen Schwankungen sind, ein Ausgleich geboten werden kann. Außerdem verlangen wir die Schaffung einer Getreide- und Mehleinfuhrbewilligungsstelle, die uns in die Lage versetzen soll, die Einfuhrmengen zu kontrollieren, damit wir einen gleichmäßigen Markt erzielen. Außerdem verlangen wir auch den Beimahlzwang für österreichisches Getreide. Wir wissen, daß das nur möglich ist, wenn ein ziemlich hoher Mehlsoll eingehoben wird, um die Konkurrenz des vielleicht besseren, weil aus südlicheren Gegenden kommenden Weizenmehls auszuschalten. Auch müßte auf die Mälzereien ein Druck ausgeübt werden, um einen Beimahlzwang für österreichische Gerste durchzusetzen.

Sollten alle diese Maßnahmen nicht zum Ziele führen, würden wir uns mit der Einführung eines Monopols befassen müssen; natürlich müßten noch

Verhandlungen geführt werden, um ein Monopol zu schaffen, das der Landwirtschaft einen gebührenden Einfluß einräumt und keinen zu großen Apparat nötig macht.

Diese Maßnahmen sowie die Maßnahmen für den Absatz von Vieh, die wir schon durchgeführt haben, und die Maßnahmen, die jetzt getroffen werden, um eine größere Schweineproduktion in Österreich herbeizuführen, würden eine Besserung der landwirtschaftlichen Lage bedeuten, die auch auf alle anderen Stände zurückwirken und ein besseres Wirtschaftsleben ermöglichen würde.

Hohes Haus! Diese Forderungen der Landwirtschaft entspringen einem wirklichen Notstande. Es ist eine Schicksalsstunde für dieses Haus, wenn es sich diesen Forderungen verschließt; denn die Stimmung draußen unter der Bauernschaft ist eine so deprimierte und verzweifelte, daß die Bauernschaft jedem Einfluß zugänglich ist. Wir warnen alle, die mit diesen Stimmungen spielen zu können glauben und der Meinung sind, daß der österreichische Bauer das Kamel ist, dem man alle Lasten auferlegen kann. Wir als die Vertreter der österreichischen Bauernschaft wenden uns hier an das österreichische Parlament um Abhilfe, und ich glaube nicht, daß jemand in diesem Parlament den Mut haben wird, sich diesen Forderungen zu verschließen. Ich bitte Sie, diese Forderungen zu erfüllen: der österreichische Bauer, der österreichische Acker wird es Ihnen zehnfach wieder zurückbringen. *(Beifall und Händeklatschen!)*

Barbod: Hohes Haus! Obwohl die Großdeutsche Volkspartei ihrer Mehrheit nach nicht aus Bauern zusammengesetzt ist, haben ihre Vertreter sich den Forderungen der Landwirtschaft nie verschlossen. Ich verweise darauf, daß sie in den letzten Jahren eine ganze Menge von Gesetzen zu schaffen mitgeholfen haben, die den Zweck verfolgten, der österreichischen Landwirtschaft Hilfe zu bringen. Ich verweise auf eine Reihe von Zollgesetzen, auf jene Maßnahmen, die bestimmt waren, den Zuckerrübenbau zu fördern, die darauf abzielten, die übermäßige Einfuhr, insbesondere aus Polen, abzustellen, und schließlich auf alle jene Gesetze, die ziemlich bedeutende Geldmittel des Staates für Zwecke der Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt haben.

Wir beschäftigen uns heute wieder mit zwei solchen Gesetzen; das eine bezweckt die Schaffung von Einfuhrscheinen und das zweite soll 6 Millionen Schilling für die österreichische Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Wir sind überzeugt, daß beide Maßnahmen, die wir heute beschließen werden, die Agrarkrise in Österreich nicht irgendwie maßgebend beeinflussen können, sondern daß sie nur kleine Aushilfen sind und daß eine großzügige Lösung des

Agrarproblems auf einem anderen Wege geschehen muß, den hier zu schildern ich heute nicht vorhabe.

Ich glaube aber bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen zu müssen, daß die Förderung der Landwirtschaft durch Subventionen ein Weg ist, der in großen Teilen der Bevölkerung auf Widerspruch stößt. Ich verweise darauf, daß gewisse Produktionszweige Subventionen, die der Landwirtschaft zufließen, mit neidischem Auge verfolgen; ja unter den Landwirten selbst herrscht nicht neidloses Zusehen. Wenn die Getreidebauern Subventionen erhalten, ist es selbstverständlich, daß auch schon unter ihnen Unstimmigkeiten entstehen, denn es kommen dabei klimatische Verschiedenheiten und solche der Intensität des Betriebes, vor allem aber solche des Bodens in Betracht. Ich glaube, daß der Bauer aus dem Waldbiertel es mit einem eigentümlichen Gefühle beobachten wird, wenn der Flachlandbauer dieselbe Summe als Subvention bekommt wie er, weil doch die Bauern im Waldbiertel unter ganz anderen, schwierigeren Verhältnissen zu arbeiten und zu produzieren haben als die Bauern in günstigeren Gebieten. Ich verweise weiter darauf, daß, wenn der eine Teil der Produktion mit Subventionen beteuert wird, selbstverständlich auch die Viehzüchter und insbesondere jene Landwirte, die ich wiederholt hier zu erwähnen hatte und die zu den ärmsten der österreichischen Urproduzenten gehören, die Weinbauern, mit Recht den Anspruch erheben, durch Subventionen in ihrer Produktion gefördert zu werden. Auch die übrigen Berufsgruppen, zum Beispiel alle jene Kleingewerbetreibenden, die auch über Mangel an Absatz und über schwierige Produktion klagen, erheben mit Recht die Forderung nach staatlicher Hilfe.

Dazu kommt ein zweites: Alle Subventionen, die der Staat hinausgibt, kommen an Körperschaften, bei denen der Staat keinerlei Kontrollmöglichkeit mehr besitzt. Ich erinnere Sie daran, daß, wenn, irgendein Amt einen Besen oder sonst etwas anfordert, zum Beispiel eine elektrische Lampe installieren läßt, ziemlich ausgiebige Nachweise geliefert werden müssen, und wenn der betreffende Amtsvorstand nicht imstande ist, diese Ausweise zu liefern, die betreffenden Anschaffungen glatt gestrichen werden. Bei diesen Kleinigkeiten ist die Kontrolle da. Nun glaube ich feststellen zu müssen, daß gerade bei den Körperschaften, die vielfach zur Verteilung von Subventionen herangezogen werden, oft auch persönliche und nicht selten politische Motive mitspielen, so daß die Aufteilung in einer Form geschieht, die oft Widerspruch hervorruft.

Ich stelle ferner fest, daß nicht alle Lagerhäuser gut verwaltet werden. Gewiß ist in den letzten Jahren auf diesem Gebiete sehr viel geschehen. Wir sehen, daß manche Bezirksbauernkammern ganz ausgezeichnete Arbeit leisten, daß es Lagerhäuser gibt,

die für die Betreffenden, die dort angeschlossen sind, ganz Vorzügliches leisten. Auf der anderen Seite sehen wir das Gegenteil. Gehen Sie hinaus in die Orte, in denen zum Beispiel subventioniertes Kupfervitriol zur Verteilung kommt, da ist sehr oft festzustellen, daß die Verteilung ganz ungerecht vorgenommen wird, daß Kupfervitriol zur Abgabe kommt, das der Bauer beim nächsten Kaufmann bedeutend billiger und in einer besseren Qualität erhalten kann. Das sind Zustände, die natürlich Widerspruch hervorrufen müssen.

Ich habe ferner ein Lagerhaus in meinem Wahlkreis im Auge, das sich bei der Verteilung von Kunstdünger folgendes leistet: 18- und 19prozentiges Superphosphat wurde dort um 14 S 90 g verkauft. In Krems, dem nächsten größeren Orte, verkauft der erste Händler besseres Superphosphat um 13'80 im Kleinverkauf, so daß es an den Landwirt zu 14'30, beziehungsweise 14'40 abgegeben werden kann. Das ist eine Differenz von 40 bis 50 g per Kilogramm. Ich stelle weiters fest, daß zum Beispiel bei der Abgabe von Saatgut sich Dinge zeigen, die meiner Ansicht von den berufenen Stellen verfolgt werden sollten. Ich habe ein Lagerhaus im Gedächtnis, welches sieben Arbeiter und vier nichtfachlich vorgebildete Beamte beschäftigt. Ein Händler, der im nächsten größeren Orte sitzt, hat den vierfachen Umsatz und verwendet nur drei Arbeiter und zwei Kanzleikräfte. Die Landwirte in der Umgebung dieses Ortes fragen sich, ob sie dazu da sind, diesen Apparat zu erhalten. Bei demselben Lagerhaus hat sich folgendes abgespielt: Ein Feld, das wegen seines Blumenflors als botanische Seltenheit besucht wurde, gerade dieses Feld wurde zur Gewinnung von Saatgut herangezogen. Der betreffende Landwirt erhielt für sein Saatgut — er hat beim Nachbarn eine ganze Menge zusammengekauft, das wurde mit plombiert — 45 g. Der Nachbar, der ihm Saatgut zur Plombierung geliefert hat, hat einen Betrag von 25 g bekommen. Ich glaube, da ist eine Kontrolle am Platz.

Ich verweise weiters auf die mit großem Aufsehen eingeleitete Frostschutzaktion, die den Gebieten, in denen der Frost ziemlich Schaden angerichtet hat, Hilfe bringen sollte. Es wurden bedeutende Mittel vom Bund zur Verfügung gestellt, aber die Schirme, die wir in den Gebieten in der Nähe von Krems erwartet haben, sind ausgeblieben. Wir haben gehört, daß zur Herstellung von Strohschuttschirmen Maschinen angekauft wurden. Ich habe eine solche Maschine in Krems gesehen und habe nachträglich den Bericht bekommen, daß eine ausländische Delegation in der Weinbauschule von Krems vorgesprochen hat, daß ihr diese Maschine vorgeführt wurde, aber nicht funktionierte. Eine Blamage! Die Leute in der Gegend von Krems haben sich gefragt, ob staatliche Geldmittel dazu da sind,

um Maschinen zu kaufen, die im gegebenen Moment nicht funktionieren und unter Umständen zu böswilligen Kritiken auch im Auslande Anlaß geben können.

Ich wollte durch diese Beispiele den Beweis erbringen, daß eine Kontrolle über Gelder, die in Form von Subventionen hinausgegeben werden, in irgendeiner Form eingeführt werden muß, und ich glaube, daß der Herr Landwirtschaftsminister die Güte haben wird, dieser meiner Anregung nachstens zu entsprechen.

Wenn wir heute vom Getreidezoll und von allen möglichen anderen Maßnahmen gehört haben, so glaube ich, werden wir über diese Kapitel, die ja große Gesetzesvorlagen betreffen, noch in der Zukunft sprechen können. Ich kann im Namen der Großdeutschen Volkspartei erklären, daß wir uns allen Maßnahmen anschließen, die geeignet sind, die agrarische Produktion zu heben und der notleidenden Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen. Aber zwei Forderungen müssen wir heute schon aussprechen. Es muß dafür gesorgt werden, daß nicht nur hier im Parlamente Geldmittel bewilligt und Gesetze beschlossen werden, sondern daß auch die Einfuhr gewisser ausländischer agrarischer Produkte gedrosselt wird. Die zweite Forderung, die ich heute zu erheben habe, ist die — mein Herr Vorredner hat etwas ähnliches bereits angedeutet —, daß der Konsument entsprechend aufgeklärt und ihm begreiflich gemacht wird, daß die Not der österreichischen Landwirtschaft tatsächlich eine große ist. Mit der Bewilligung von Geldmitteln und dadurch, daß in den Zeitungen und im Parlamente von einer agrarischen Krise gesprochen wird, wird dem Konsumenten die Notwendigkeit agrarischer Hilfsaktionen noch lange nicht klar.

Vor wenigen Tagen hat in Wien eine große Versammlung der Handelsgärtner getagt und einen Notruf erschallen lassen. Am selben Tage konnte ich feststellen, daß in Wien Tomaten, von den Kanarischen Inseln, mit denen wir, wie ich glaube, keine besonderen Handelsbeziehungen haben, um 2 S 40 g verkauft wurden. In der Nähe von Krems wurden die Paradeiser um 20 g kaum angebracht. Ich begreife es da, wenn der Handelsgärtner erklärt, daß sich sein Grund und Boden, seine Arbeit nicht mehr verzinst. Ich stelle weiters fest, daß in der letzten Zeit eine Verfügung erlassen ist, die es den ländlichen Marktfieranten verbietet, mehr als an drei Tagen der Woche ihre Produkte, also jene Produkte, die sie der ländlichen Bevölkerung abkaufen und nach Wien bringen, feilzubieten. Nur an drei Tagen dürfen also die aus Niederösterreich und den Nachbarländern stammenden Produkte in Wien auf den Markt gebracht werden. Ich will damit zeigen, daß die Produkte des flachen Landes vom Markte verdrängt werden, dafür aber der

Wiener Markt von Großhändlern mit Produkten aus Kalifornien, Australien und den Kanarischen Inseln, oder wo sonst sich etwas Passendes findet, überschwemmt werden. Ich habe heuer mit Absicht bestimmte Orte aufgesucht, um festzustellen, daß in den Hauptgebieten des österreichischen Fremdenverkehrs österreichische Weine nicht zu erhalten sind. Fangen Sie bei Gmunden an, gehen Sie nach Fischl, Hallstatt und weiter bis Salzburg, so werden Sie gute rumänische, ungarische und alle möglichen anderen Weine kredenzt bekommen. Mir ist es nicht geglückt, einen österreichischen Wein dort zu erhalten. Der österreichische Wein ist in den Fremdenverkehrszentren nicht nur von Oberösterreich, sondern auch von Steiermark und Kärnten ausgeschlossen. Die Organisation, die dafür verantwortlich ist, werden die Herren, die sich dafür interessieren, leicht feststellen können.

Ich erinnere weiters daran, daß ich in der letzten Sitzung des Nationalrates vor den Ferien pflichtgemäß darauf aufmerksam gemacht habe, daß jene Gesellschaft, die vom Staate eine große Subvention verlangt hat, die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, inmitten unseres Weingebietes eine Verkaufszentrale für ungarischen Wein eingerichtet hat. Ich habe pflichtgemäß davor gewarnt, es hat nichts genutzt. Wir haben heute in Krems die ungarische Staatskellerei, das ist eine Propagandastelle für ungarischen Wein, sitzen. Sie können überzeugt sein, daß die Folgen nicht ausbleiben werden.

Das sind Beispiele dafür, daß alle diese Maßnahmen, die wir hier beschließen, sei es, daß wir für den Getreidebau oder für irgendeinen anderen Produktionszweig ein paar Millionen Schilling hinwerfen, nicht in die Waagschale fallen, wenn Produkte, die wir selbst erzeugen, im Werte von Milliarden aus dem Auslande eingeführt werden. Ich erinnere Sie daran, daß in den Sommerferien eine Meldung durch die Zeitungen gegangen ist, wonach auch vom Staate erhaltene Institutionen, wie die Bundesbahnen, ihren Schwellenbedarf aus dem Auslande decken. Ich erinnere Sie daran, daß es Körperschaften gibt, die ihre Angehörigen mit ungarischem und mit rumänischem Mehl versorgen, wobei diese noch den Vorteil genießen, in Form der Vorschreibung einer geringeren Warenumsatzsteuer subventioniert zu werden.

Das wären alles Dinge, die meiner Ansicht nach mit diesen Fragen zusammenhängen. Meine Ansicht erscheint daher berechtigt, daß es nicht angezeigt ist, hier über Förderungsmaßnahmen zu sprechen, wenn diese Keimzelle nicht erfaßt und die ausländische Einfuhr, soweit es in unseren Kräften liegt, nicht erstickt wird.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch auf etwas anderes verweisen. Die österreichische Händlerschaft, die Kaufmannschaft, ja die ganze Wirtschaft ist in

dem Rufe Kauff österreichische Waren! einig. Damit steht es nun in Widerspruch, wenn in den österreichischen Kaufläden Plakate angebracht sind, in denen zum Ankauf ungarischen und rumänischen Mehles aufgefordert wird, in dem Fachblatt der betreffenden Organisation ein Artikel mit der Überschrift erscheint „Agrarische Sonderrechte“ und in diesem Artikel behauptet wird, daß das Parlament nur die Agrarier, nicht aber die Kaufleute und andere Berufsstände unterstütze. Wenn man den Ruf ertönen läßt: Kauff österreichische Waren! sich aber auf der anderen Seite über ein agrarisches Sonderrecht aufhält, dann muß man vor allem selbst dafür sorgen, daß inländische Produkte an den Mann gebracht werden.

Die zweite Forderung, die ich hier aufgestellt habe, ist die, daß man den Konsumenten auch über die Preise aufzuklären habe. Mein Herr Vorredner, Kollege Manhalter, hat an ein paar Beispielen gezeigt, daß die Differenz zwischen dem, was der Produzent bekommt, und dem, was der Konsument bezahlen muß, nicht ganz begreiflich ist. Wir können feststellen, daß die Viehpreise etwas angezogen haben. In keinem Verhältnis dazu stehen aber die Fleischpreise. Wenn man aber die Preise für die Konsumenten mit den Preisen vergleicht, die der Produzent erhält, darf man, um den Konsumenten aufzuklären, nach meiner Überzeugung nicht jene Preise nehmen, die in den Wiener Geschäften, in der Wiener Großmarkthalle gezahlt und in den Zeitungen veröffentlicht werden, sondern man muß jene Preise nehmen, die draußen den Bauern ab Stall gezahlt werden. Also die Stallpreise müssen mit den Fleischbankpreisen verglichen werden. Ich stelle fest, daß nach meinen Erhebungen der Bauer derzeit ab Stall für eine schöne Kuh 80 bis 90 g pro Kilogramm erhält, daß auf dem Lande draußen für das Rindfleisch 3 S 60 g bezahlt wird; für Kälber werden etwa 2 S bezahlt, die besseren Qualitäten Kalbsfleisch kosten aber 5 S 60 g, 6 S und noch mehr. Die Getreidepreise haben, wie wir heute schon zur Genüge gehört haben, noch nie einen solchen Tiefstand gehabt. Trotzdem können wir nicht beobachten, daß das Brot schwerer oder billiger geworden ist. Im Gegenteil, es ist festzustellen, daß heute in den Wiener Kaffee- und Gasthäusern jedes Stück Brot mit 10 g bezahlt wird, das heißt also einen Aufschlag von 42·85 Prozent erfahren hat. Da muß sich doch der Konsument fragen: Woher kommt diese Differenz? Auf der einen Seite hören wir von der Not der Landwirtschaft, die Bauern bekommen nichts, auf der andern Seite muß der Konsument Preise bezahlen, die mit seinem Einkommen nicht in Einklang zu bringen sind. Wir haben im heurigen Jahre schon Gelegenheit gehabt, einer Enquete beizuwohnen, der der Herr Minister Födermayr vorgesehnen ist. Er war vom besten Willen

befiehlt. Ich habe damals aus ein paar Bemerkungen und aus dem Gesicht, das er bei der Enquete machte, schließen können, daß er mit dem Ergebnis dieser Enquete nicht einverstanden war. Wenn uns dort ein Vertreter einer Berufsgruppe erklärte — und ich muß leider sagen, daß die meisten so gesprochen haben —, daß alle daraufzahlen, dann kommt der Konsument schließlich zu der Überzeugung, daß er gewinnt und alle anderen zu Schaden kommen müssen. Ich glaube, wir alle sind daran interessiert, daß, bevor wir wieder irgendeine größere Aktion in Angriff nehmen, der Herr Landwirtschaftsminister dafür sorgt, daß die Differenz zwischen dem Produzenten- und dem Konsumentenpreis in entsprechender Form aufgeklärt wird, weil wir damit unsere Maßnahmen und Beschlüsse vor der Öffentlichkeit, vor allem aber vor den Konsumenten, die schließlich und endlich der größere Teil der österreichischen Bevölkerung sind, rechtfertigen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Folgender, gehörig gezeichneter Antrag wird zur Verhandlung gestellt:

„Zusatzantrag der Abg. Manhalter, Doktor Buresch, Geyer, Mayrhofer, Dersch u. Gen. zum Entschließungsantrag 1 des Berichterstatters:

„Die Regierung wird aufgefordert, Vorsorge zu treffen, daß raschestens entsprechende Vorschüsse ermöglicht werden, wobei die Erschließung neuer Bedeckungsquellen in Betracht zu ziehen wäre.“

Tauschitz: Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler hat in seiner heutigen Regierungserklärung unter anderem auch ausgeführt, daß seine Regierung sich von ähnlichen Zielen wird leiten lassen wie sein Vorgänger und vor allem bestrebt sein wird, den akuten Notstand der Landwirtschaft zu bekämpfen. Abgesehen von augenblicklich erforderlichen Notmaßnahmen, müssen auch die auf den Schutz der agrarischen Produktion Bezug nehmenden grundsätzlichen Fragen, die eine dauernde Behebung der auf internationalen Verhältnissen beruhenden Agrarkrise bezwecken, untersucht werden, um das im gesamtstaatlichen Interesse so notwendige dauernde Gedeihen unserer Landwirtschaft zu sichern.

Ich begrüße diese Erklärung des Herrn Bundeskanzlers auf das wärmste und bezeichne es als einen glücklichen Zufall, daß das erste Gesetz, das unter der neuen Regierung Schober zur Verabschiedung kommt, ein agrarisches Hilfsgesetz ist. Ich hoffe, daß sich unter der Regierung Schober diesem Gesetze noch mehrere solcher Gesetze anreihen werden, die eine Hilfe für die Landwirtschaft bedeuten.

Was nun das Gesetz selbst anbelangt, so stimme ich mit dem Herrn Kollegen Dr. Straßner vollkommen überein, der im Ausschusse gesagt hat, daß es sich hier mehr um einen moralischen als um einen realen Erfolg für die Landwirtschaft handelt.

Denn die Hilfe, die dieses Gesetz der Landwirtschaft angedeihen läßt, ist nicht sehr groß. Wir stehen vor allem auf dem Standpunkt, daß man mit Subventionen und Prämien dauernd die Landwirtschaft nicht wird retten können. Subventionen und Prämien öffnen der Korruption Tür und Tor. Wir sind Gegner der Prämien- und Subventionswirtschaft und würden einen anderen Weg, der ja später zu besprechen sein wird, vorziehen.

Das Gesetz, das heute hier zur Verabschiedung gelangt, wie insbesondere auch die Hilfeleistung von 6 Millionen, deren Zuwendung der Finanzausschuß seitens der Regierung bereits zur Kenntnis genommen hat, können nur als Notstandsmaßnahmen für die notleidende Landwirtschaft gewertet werden. Ich muß auch bedauern, daß der zur Ausschüttung gelangende Betrag so außerordentlich karg ausgefallen ist. Ursprünglich war für die Notstandsmaßnahmen ein größerer Betrag vorgesehen. Man hat von etwa 35 Millionen Schilling gesprochen. Mit einem Betrage von 35 Millionen Schilling hätte man allerdings die Landwirtschaft etwas ausgiebiger subventionieren können, und zwar waren damals als Anbauprämien für einen Hektar Weizen 100 S gedacht, für einen Hektar Roggen 70 S, wobei für den Eigenbedarf etwa ein Viertel in Abzug zu bringen gewesen wäre. Von diesen 35 Millionen Schilling, die das Landwirtschaftsministerium errechnet hat, ist nunmehr nur nur ein Sechstel, also 6 Millionen übriggeblieben. Über die Verwendung dieses Betrages wird eine Verordnung des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft bestimmen. Ich habe schon im Finanzausschuß über die Art der Verwendung gesprochen und dort gemeint, daß ich nicht wünschen würde, daß das Finanzministerium die Grenzen der Verwendungsarten zu enge zieht und daß diese Subvention nicht nur für den Getreidebau verwendet werden, sondern daß man auch andere Förderungsmaßnahmen der Landwirtschaft zulassen soll. Ich erachte es als außerordentlich wichtig, daß man beispielsweise die Verwertungsorganisationen für Milch, Molkereiprodukte, Eier usw. in jenen Ländern, in denen der Getreidebau keine besonders überragende Rolle spielt, in diese Aktion einbezieht. Wie der Herr Landwirtschaftsminister im Ausschusse ausgeführt hat, ist im Landwirtschaftsministerium eine Kunstdüngeraktion geplant. Nach den Ausführungen des Herrn Ministers für Land- und Forstwirtschaft wäre er in der Lage, für die etwa 600.000 Hektar betragende Anbaufläche etwa 45 Kilogramm pro Hektar zur Verfügung zu stellen. Das wird jedenfalls für die getreidebauenden Länder Niederösterreich und Oberösterreich, teilweise auch für das Burgenland ganz gut sein. Ich würde jedoch bitten, daß dies keine starre Bestimmung für die Alpenländer sein sollte, daß vielmehr die Art, wie das Geld der Landwirtschaft zugeführt wird, der land-

wirtschaftlichen Hauptkörperschaft des betreffenden Landes überlassen wird.

Ich möchte noch einen besonderen Wunsch an den Herrn Minister für Land- und Forstwirtschaft aussprechen. Es kommt ja wiederholt vor, daß den Bauernhof, beziehungsweise den Gutsbetrieb nicht der Besitzer selbst, sondern ein Pächter führt. Es wäre meines Erachtens eine Ungerechtigkeit, wenn man die Subvention dem Besitzer, statt dem Pächter zukommen lassen würde. Ich würde daher, speziell um dem einen Niegel vorzuschieben, daß diese Subvention eventuell ins Ausland kommt, bitten, daß unbedingt der Pächter und nicht der Besitzer diese Subvention bekommt. (*Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Födermayr: Der das Getreide baut und erntet!*) Der das Getreide baut.

Als eine vorübergehende Maßnahme, beziehungsweise als eine Notstandsmaßnahme wurde vom Berichterstatter neben diesen 6 Millionen Schilling noch die Einführung von Einfuhrscheinen für Getreide — und im gegenseitigen Einvernehmen wurden diese Einfuhrscheine auch auf Vieh ausgedehnt — vorgeschlagen. Ich verspreche mir von der Einführung der Einfuhrscheine bei Getreide nicht viel, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir kein Land sind, das Überschuß an Getreide hat, und daher sehr wenig Getreide ausführen werden. Immerhin ist ab und zu eine kleine Belebung des Getreidehandels, des Getreideverkehrs durch die Einfuhrscheine möglich. Mehr verspreche ich mir von der Einführung der Einfuhrscheine für Vieh. Leider ist die Viehausfuhr in den letzten Jahren etwas zurückgegangen. Während wir im Jahre 1927 noch 39.092 Stück Vieh ausgeführt haben, ist die Ausfuhr im Jahre 1928 auf 24.019 Stück zurückgegangen. Trotzdem kann man den Betrag, der der österreichischen Landwirtschaft aus der Zollrückvergütung durch diese Einfuhrscheine zufließen wird, auf etwa 1·2 bis 1·5 Millionen Schilling schätzen.

Eine dauernde Hilfe für den österreichischen Getreidebau erblicke ich aber weder in den Subventionen und Prämien, die wir eigentlich bekämpfen, noch in der Einführung der Einfuhrscheine, sondern in einer Erhöhung der Zölle, eventuell in der Einführung von gleitenden Zöllen, aber selbstverständlich müßten diese gleitenden Zölle eine entsprechende Höhe haben, und dann darf die dreimonatige Voranmeldung, wie sie bisher geübt wurde, nicht mehr zugelassen werden. Wenn diese Voranmeldung fällt und wenn die Zölle entsprechend erhöht werden, dann verspreche ich mir von gleitenden Zöllen eine ganz gute Wirkung in bezug auf eine Hebung der Preise für Inlandsgetreide. Auf diese Weise würde der Finanzminister sozusagen wieder Finanzzölle bekommen, und diese erhöhten Zolleingänge für Vieh, beziehungsweise für Getreide müßten zur Förderung

der Landwirtschaft verwendet werden. Wenn sich darüber hinaus noch ein Abgang ergeben würde, so wäre ja immerhin die Einführung einer Mehlssteuer, und zwar für Weizenmehl, denkbar. Für Weizenmehl deshalb, weil ein Zurückdrängen des Weizenmehlkonsums zugunsten des Konsums von Roggenmehl zweifellos für die österreichische Volkswirtschaft vorteilhaft wäre, weil wir heute schon in der Lage sind, nahezu den Gesamtbedarf Österreichs an Roggen zu produzieren, aber auch mit Rücksicht auf die Bodengestaltung in Österreich einen Mehrbedarf an Roggen hervorbringen könnten. Es wäre dann auch eine Revision der pauschalierten Warenumsatzsteuer bei Brot ins Auge zu fassen.

Ich habe im Ausschuß, wo ich ja Korreferent in der Frage dieses Antrages war, einen ausführlichen Bericht über die Lage des Gebirgsbauernstandes zu erstatten mir erlaubt. Es hat Kollege Manhalter früher mit bewegten Worten die Lage des Getreidebauern geschildert. Aber wenn wir uns anschauen, wie die Verhältnisse in den Alpenländern liegen — in Tirol, Vorarlberg, aber auch in Kärnten und Steiermark —, so müssen wir sagen, daß hier zu den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen noch verschiedene andere mißliche Verhältnisse, die mit der Bodengestaltung, mit dem Klima usw. zusammenhängen, kommen, und daß heute die Lage des Gebirgsbauern eine außerordentlich traurige ist. Während in der Vorkriegszeit das Kilogramm Lebendgewicht von Vieh durchschnittlich eine Goldkrone gekostet hat, muß man heute leider feststellen, daß sich die Viehpreise weit unter der Goldparität bewegen, daß sich aber die Preise der Industrieartikel — die also der Bauer in seine Wirtschaft zukaufen muß — leider durchweg über der Goldparität bewegen und das 16.000- bis 22.000fache, ja 25.000fache des vor dem Kriege in Friedenszeiten gezahlten Betrages ausmachen. Dem Gebirgsbauerntag, der im Herbst des Jahres 1928 in Graz getagt hat, sind die Ergebnisse von 134 Buchführungen zur Verfügung gestanden, und diese Buchführungsergebnisse haben gezeigt, daß in all diesen 134 Gebirgsbetrieben ein Abgang von 22 Prozent zu verzeichnen war; also 22 Prozent des Ausgabenkontos haben keine Eindeckung in den Einnahmen gefunden, das heißt sie mußten durch Leihkapital oder durch Verminderung der Substanz gedeckt werden. Nun, was hat das zur Folge? Daß sich der Bauer natürlich auf seinen Höhen nicht mehr halten kann und daß eine kolossale Gebirgsentvölkerung eintritt. Es hat dies auch der leider zu früh verstorbene Professor der Hochschule für Bodenkultur Dr. Hofmeister bestätigt, und es hat in einem diesbezüglichen Bericht der Rektor der Universität in Innsbruck und auch der Vorarlberger Agrarpolitiker Peter die Tatsache bestätigt, daß die Tiroler Berge, insbesondere auch der Bregenzer Wald,

beständig entvölkert werden und veröden und sehr viel Kulturboden verlorengeht. Die Bauernhöfe verwandeln sich in Rinderhalde; aber mit der Zeit weicht auch das Rindvieh zuerst der Ziege und dem Schaf und später dem Hirsch, beziehungsweise der Gemse.

Ich möchte nicht nur auf die Entvölkerung, die wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage des Gebirgsbauernstandes in Österreich eingetreten ist, verweisen, sondern auch aufmerksam machen, daß wir ähnliche Tatsachen auch in der Schweiz feststellen können. In der Schweiz hat sich der Nationalrat bereits mit der Frage der Entvölkerung der Gebirgsgegenden beschäftigt, er hat eine diesbezügliche Enquete einberufen und hat die Ursachen ergründet, warum diese Entvölkerung eingetreten ist und noch fortwährend anhält, und er hat verschiedene Gegenmaßnahmen gegen diese Entvölkerung beschlossen, beziehungsweise der Regierung vorgeschlagen. Die Ursachen für die Gebirgsentvölkerung in der Schweiz und in Österreich sind nahezu die gleichen. Die Maßnahmen, die die Schweizer Enquete dem Schweizer Nationalrat vorschlägt, sind auch geeignet, die Gebirgsentvölkerung in Österreich hintanzuhalten. Bei der dauernden Regelung der Getreidepreisfrage werden wir auch über die Hilfe für die Gebirgsbauernschaft ausführlich sprechen müssen. Ich habe diese Maßnahmen, die die Schweizer Enquete vorschlägt, sowie die Maßnahmen, die der Gebirgsbauerntag in Graz voriges Jahr der Regierung unterbreitet hat, studiert und werde mir dann, wenn die dauernde Regelung der Getreidefrage zur Sprache kommt, erlauben, dem hohen Hause, beziehungsweise dem Ausschuss Vorschläge über eine dauernde Gebirgsbauernhilfe zu erstatten. (Bravo!) Der Tenor der Vorschläge für die Gebirgsbauernhilfe geht eigentlich dahin, dem Gebirgsbauern vor allem bessere Preise für sein Hauptprodukt, das Vieh, zu sichern. Aus den verschiedensten Buchführungsergebnissen geht hervor, daß nahezu die ganzen Einnahmen des Gebirgsbauern aus der Viehhaltung resultieren. Durch alle Verhandlungen des Gebirgsbauerntages in Graz und der Schweizer Enquete ging immer der Ruf: Sichert uns unsere Viehpreise, sorgt für eine Hebung und Stabilisierung der Viehpreise, dann werden wir auf unseren Bergen bestehen können!

Wir glauben, dies durch Einfuhrscheinebewilligungen erreichen zu können. Der Herr Berichterstatter hat Einfuhrscheine vorgeschlagen. Ich möchte ausdrücklich erwähnen, daß die Einfuhrscheine, die uns, dem Landbunde, vorschweben, und die Einfuhrscheine, die der Herr Berichterstatter vorgeschlagen hat, wie ich schon im Ausschusse hervorhob, etwas Grundverschiedenes sind. Wir meinen natürlich Einfuhrscheinebewilligungen, mit welchen erst die Einfuhr

von Vieh, sei es Mast- oder Zuchtvieh, nach Österreich gestattet ist. Der Ausbau unserer Absatzorganisation geht immer weiter vor sich. Ich glaube, daß wir sie Ende 1929 so weit ausgebaut haben werden, daß der Landwirtschaftsminister in jeder Minute in der Lage sein wird, festzustellen, wieviel Vieh in Österreich angeboten wird, und erst, wenn er weiß, daß das österreichische Vieh einen Absatz zu entsprechenden Preisen hat, mit denen der Bauer auf seinen Bergen bestehen kann, wird er fremdes, also ausländisches Vieh hereinlassen. Das sind die Einfuhrscheinebewilligungen, die wir als ein Mittel zur dauernden Behebung der Viehabsatzkrise, als ein Mittel zur Hebung und Stabilisierung der Preise betrachten. Die Einführung dieser Einfuhrscheinebewilligungen werden wir seinerzeit vorschlagen. Wir glauben, daß durch diese Einfuhrscheinebewilligungen die ganze Frage der Gebirgsbauern gelöst ist; denn wenn man dem Bauern für sein Vieh einen Preis gibt, mit dem er seinen verschiedenen Verpflichtungen dem Bund, dem Lande und der Gemeinde gegenüber nachkommen und das, was er in der eigenen Familie nicht produzieren kann, zukaufen kann, wird er auf seinen Höhen oben bleiben.

Eine zweite Maßnahme, die wir auch schon jetzt als Notmaßnahme vorgeschlagen haben, ist die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für die Gebirgsbauern. Die Schwierigkeit besteht ja für den Gebirgsbauern in erster Linie darin, daß ihm alles, was er vom Tal auf den Berg bringen muß, durch den langen Transport, die schlechten Wege und insbesondere dadurch, daß man manche Güter nicht mehr hinaufführen, sondern nur mehr hinauftragen kann, furchtbar verteuert wird. Wir können feststellen, daß Osttirol in bezug auf die Verkehrsverhältnisse und auch in bezug auf die Wirtschaft auf den Bergen vorbildlich vorgegangen ist. Wir haben in Osttirol eine Menge von Seilbahnen in den verschiedensten Tälern, die alle vorzüglich arbeiten und ihren Zweck vollkommen erfüllen. Wir haben Seilbahnen im Defereggental, im Villgratental und im Kartitsch, die einerseits den Verkehr aus dem Tal auf die Berge und andererseits den Verkehr unter den einzelnen Höfen bewerkstelligen und vielfach auch dem Bauern die schwierige Arbeit auf seinen Äckern und Wiesen erleichtern. Ich habe zu diesem Zwecke schon im Ausschusse, damit die Bauern eine Subvention für die Errichtung solcher Seilbahnen bekommen können, den Antrag gestellt, die Post Güterwege im Kapitel Land- und Forstwirtschaft von dem bisher nicht nennenswerten Betrage von 320.000 S., der für diese Zwecke ausgeworfen wird, auf 1 Million Schilling zu erhöhen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Herrn Minister für Land- und Forstwirtschaft bitten, daß er allen seinen Einfluß geltend macht, damit diese für die

Gebirgsbauernschaft so wichtige Post tatsächlich auf diesen Betrag erhöht wird.

Ich habe schon gesagt, daß ich das, was heute für die Landwirtschaft gemacht wird, mehr als einen moralischen Erfolg werte. Es ist ja recht schön, zu sehen und zu hören, daß auch die sozialdemokratische Partei endlich einsieht, daß man der Landwirtschaft helfen muß. Ich hoffe, daß wir recht bald diesen Notmaßnahmen dauernde Maßnahmen folgen lassen können, die geeignet sind, der Landwirtschaft endlich aus ihrer großen Notlage zu helfen. *(Lebhafter Beifall.)*

Berichterstatler Buchinger: Hohes Haus! Sämtliche Redner haben sich für die Einführung von Einfuhrscheiden für Getreide und Rindvieh ausgesprochen, ebenso für die vorübergehende Unterstützung von 6 Millionen Schilling für den österreichischen Getreidebau, und ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß die hohe Regierung im Bundesvoranschlag für 1930 für weitere dementsprechende Beträge Vorsorge treffen wird, um eine wirkliche Hilfsaktion durchführen zu können. Der Abg. Manhalter u. Gen. haben einen Antrag eingebracht, welcher in Verhandlung steht. Im Einvernehmen der Parteien spreche ich mich für die Annahme dieses Antrages aus und empfehle dem

hohen Hause die Annahme der Gesetzesvorlage samt den Resolutionsanträgen.

Damit ist die Aussprache beendet. Das Gesetz wird in der vom Ausschuss vorgeschlagenen Fassung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die drei vom Ausschuss vorgeschlagenen Entschliessungen sowie der Zusatzantrag Manhalter zur Entschliessung 1 (S. —) werden angenommen.

Die Verhandlungen werden abgebrochen.

An Stelle Mayrhofer als Ersatzmann des Finanz- und Budgetausschusses, an Stelle Buchinger als Mitglied des Ausschusses für Handel und an Stelle Kollmann als Mitglied des Verkehrsausschusses wird Streeruwitz, an Stelle Ammann als Mitglied des Verfassungsausschusses Dr. Schönbauer gewählt.

Zugewiesen werden die Regierungsvorlagen B. 366 dem Ausschuss für soziale Verwaltung, B. 367 dem Ausschuss für Handel, B. 368 und 369 dem Ausschuss für Erziehung und Unterricht und B. 370 dem Verfassungsausschuss.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen werden.

Schluss der Sitzung: 6 Uhr 30 Min. abends